



Landtag von Baden-Württemberg

10. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 20. Juli 2016 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 14:06 bis 15:33 Uhr

Schluss: 17:51 Uhr

INHALT

Eröffnung	317	3. Regierungsbefragung	
Gedenkworte zum Terroranschlag in Nizza vom 14. Juli 2016, zum versuchten Militärputsch in der Türkei vom 15. Juli 2016 sowie zum Angriff in einem Zug bei Würzburg vom 18. Juli 2016	317	3.1 Ausbildungssituation in Baden-Württemberg	365
Mitteilungen der Präsidentin	317	Abg. Thomas Dörflinger CDU	365
1. Aktuelle Debatte – Integration gescheitert? – Lehren für Baden-Württemberg aus Nizza und aus dem Türkei-Putschversuch? – beantragt von der Fraktion der AfD	317	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	366, 367, 368, 369
Abg. Dr. Heiner Merz AfD	318, 326	Abg. Claus Paal CDU	367
Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE	319, 327	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	367, 369
Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU	320, 329	Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP	368, 369
Abg. Rainer Hinderer SPD	321, 328	Abg. Stefan Räßle AfD	369
Abg. Jürgen Keck FDP/DVP	322, 329	3.2 Zukunft des Konzepts „sicherer Herkunftsländer“ unter Grün-Schwarz (vgl. auch Drucksache 16/151)	370
Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos)	323	Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	370, 371
Minister Manfred Lucha	325	Minister Thomas Strobl	370, 371, 372, 373
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	330	Abg. Dr. Heiner Merz AfD	371, 372
Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	331	Abg. Lars Patrick Berg (fraktionslos)	372
2. Aktuelle Debatte – Missachtung des Parlaments beenden – grün-schwarze Geheimabreden zum Haushalt müssen auf den Tisch des Hauses – beantragt von der Fraktion der SPD	331	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	372, 373
Abg. Andreas Stoch SPD	331, 345, 361	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	373
Abg. Thekla Walker GRÜNE	333	4. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (BzG BW) – Drucksache 16/54	
Abg. Winfried Mack CDU	336	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/226	374
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	337, 346, 361	Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	374
Abg. Dr. Heiner Merz AfD	339, 348, 362	Abg. Claus Paal CDU	375
Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos)	340, 358, 365	Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD	375
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	341, 358	Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP	376
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	348, 363	Abg. Rüdiger Klos AfD	377
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	350, 364	Abg. Carola Wolle (fraktionslos)	378
Abg. Stefan Räßle AfD	357	Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut	379
Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP	364	Beschluss	379

5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13 – Drucksache 16/167	Abg. Dr. Christina Baum AfD	385
	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	386
	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	387
	Beschluss	387
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/301.	Abg. Reinhold Gall SPD (zur Geschäftsordnung)	388
	Abg. Wolfgang Drexler SPD	388
Beschluss	Abg. Petra Häffner GRÜNE	388
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 16/275	Nächste Sitzung	388
	Anlage 1	
Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/297.	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP/DVP und der Fraktion der AfD – Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“	389
Beschluss		380
7. a) Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“ – Drucksache 16/311	Anlage 2	
	Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE – Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“	390
b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses	Anlage 3	
	Wahlvorschlag der Fraktion der SPD – Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“	391
Abg. Jürgen Filius GRÜNE		381
Abg. Dr. Boris Weirauch SPD		382
Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU		383
Abg. Nico Weinmann FDP/DVP		384

Protokoll

über die 10. Sitzung vom 20. Juli 2016

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 10. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

In Anbetracht der Ereignisse der letzten Tage möchte ich mit einigen Gedenkworten beginnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir stehen immer noch unter dem Eindruck des Terroranschlags in Nizza am vergangenen Donnerstag, des versuchten Militärputschs in der Türkei letzten Freitag und des Angriffs in einem Zug bei Würzburg.

Uns einen die Trauer um die Opfer, das Mitgefühl mit deren Angehörigen, die Hoffnung für die vielen Verletzten, aber auch der Wille, unbeirrbar an unseren Grundwerten und Verfassungsgrundsätzen festzuhalten.

Wir leben in einer Phase wachsender Verunsicherung. Umso wichtiger ist es deshalb gerade jetzt, dass wir die Ängste und Nöte der Menschen ernst nehmen und ganz offen und unvoreingenommen darüber sprechen, zugleich aber auch klar sagen: Wir lassen uns von Terroristen und Fundamentalisten weder spalten noch einschüchtern. Wir geben die Werte unserer offenen Gesellschaft unter keinen Umständen auf. Radikalisierung ist nie eine Lösung. Rechtsstaatlichkeit ist eine der wichtigsten Errungenschaften. Dialogbereitschaft von allen Seiten und Besonnenheit sind das Gebot der Stunde.

Deshalb: Zu unserer politischen Verantwortung gerade hier im Parlament gehört in dieser Zeit zwingend auch, gemeinsam am Zusammenhalt der Gesellschaft zu arbeiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir dies am besten erreichen können durch die Substanz unserer Debattenbeiträge, die Art, wie wir argumentieren und miteinander umgehen, sowie die eindeutige Haltung, die wir einnehmen.

In diesem Sinn wünsche ich der anschließenden Debatte einen guten Verlauf.

Ich bitte Sie jetzt, sich in Trauer um die Todesopfer und im Mitgefühl für alle Betroffenen von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich zu einer Schweigeminute von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Krankgemeldet ist heute Herr Abg. Dr. Rainer Balzer.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztätig Frau Staatssekretärin Dr. Gisela Splett, ab 15:30 Uhr Herr Ministerpräsident Winfried Kretschmann und von 12:30 bis 17:00 Uhr Herr Staatssekretär Dr. Andre Baumann.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 14. Juli 2016 – Denkschrift 2016 zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Drucksachen 16/100 bis 16/127

Überweisung an den Ausschuss für Finanzen

2. Mitteilung des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) vom 14. Juli 2016 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF – Drucksache 16/313

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Mitteilung des Deutschlandradios vom 6. Juli 2016 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios – Drucksache 16/330

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten nun in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Integration gescheitert? – Lehren für Baden-Württemberg aus Nizza und aus dem Türkei-Putschversuch? – beantragt von der Fraktion der AfD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Das Wort erhält für die Fraktion der AfD Fraktionsvorsitzender Dr. Merz.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich danke für Ihre einleitenden Worte, die jetzt auch gut zum Thema passen.

Werte Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, sehr geehrte Damen und Herren! „Deutschland steht in diesen schweren Stunden an der Seite Frankreichs.“ Solche und ähnliche Sätze mussten wir dieses und letztes Jahr leider schon viel zu oft hören, und nun auch wieder nach dem Massaker von Nizza. Es ist gut, dass sich Deutschland solidarisiert. Doch irgendwann verkommt auch dies zur Farce, nämlich dann, wenn im Nachgang nicht politische und wirkliche Konsequenzen aus den Geschehnissen folgen. Mindestens 84 Tote nun in Nizza sollten Anlass genug sein, dass sich auch dieses Haus endlich fragt, welche Lehren wir für uns daraus ziehen.

Vor vier Tagen war sogar die Schlagzeile zu lesen: „Wir müssen lernen, mit dem Terror zu leben.“

Müssen wir das? Müssen wir das wirklich? Ist nach all diesen islamistischen Anschlägen nicht endlich der längst überfällige Zeitpunkt gekommen, zu reagieren, der Zeitpunkt, einzugestehen, dass etwas grundsätzlich und gewaltig schief läuft in diesem Land, in Frankreich und in auch so vielen anderen Ländern der Integrationsillusion? Wie viele Massaker an Unschuldigen sind noch nötig, dass wir endlich erkennen, dass die Appeasement-Politik gegenüber Islamismus und radikalem Islam nur immer und immer wieder zu weiteren und womöglich immer noch schlimmeren Massakern an Unschuldigen führt?

Wir müssen endlich den Weg erkennen, der Terror verhindert und bekämpft. Wir müssen erkennen und eingestehen, dass Integration oft scheitert, und erkennen, dass eine erfolgreiche Integration in allererster Linie auf dem Willen des Betroffenen zur Integration basiert.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Der Attentäter von Nizza war ein Mann, der 2005 nach Frankreich einwanderte und dort weitestgehend unauffällig lebte. Doch war dieser Mann in Frankreich integriert? Hat dieser Mann die Werte und die Gesellschaft seines Gastlands akzeptiert? Vorgeblich ja. Und in Wirklichkeit? Beantworten Sie sich diese Frage selbst.

Wir müssen in diesem Fall wieder einmal erkennen und unterstreichen, dass der Attentäter ein radikalisierte, fanatische Moslem war. Er suchte die Propaganda des IS, er fand sie, er nahm sie an, und er setzte sie schließlich um. 84 Tote, zig Verletzte, Verstümmelte fürs Leben, zerstörte Familien, Leben, Kindheiten, Hoffnungen.

Selbstverständlich sind nur sehr, sehr wenige, einzelne Moslems gewalttätig oder gar Terroristen. Doch fast alle Terroranschläge und Massaker der jüngsten Vergangenheit wurden von Moslems verübt. Ich weiß, dass es vielen von Ihnen, auch hier im Landtag, schwerfällt, dies zu akzeptieren. Ich weiß, dass sich sogar hier manche weigern, diese Tatsache überhaupt

zur Kenntnis zu nehmen. Es hilft jedoch nichts, die Augen vor der Wahrheit zu verschließen.

Die allermeisten Muslime wollen auch bei uns nur in Ruhe und Frieden leben, ihre Kinder großziehen und nach ihrem persönlichen Glück streben.

(Beifall bei der AfD)

Selbst auch nicht jeder radikalisierte und fanatische Moslem begeht einen Anschlag. Aber wir können und dürfen auch nicht die Augen vor denen verschließen, die nichts mit unserer Gesellschaftsordnung anfangen können oder wollen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es in unserem Land Parallelgesellschaften gibt, welche die Herausbildung von potenziellen Attentätern nicht nur begünstigen, sondern diese Herausbildung von potenziellen Attentätern sogar noch fördern.

Ich sage es noch einmal deutlich: Wir reden hier und heute nicht über importierten Terrorismus, sondern über hausgemachten. Wir reden über gescheiterte Integration.

Wir fordern von den Islamverbänden und von den muslimischen Gemeinden in Deutschland ein klares Bekenntnis zu unserem Grundgesetz. Es gibt für uns hier keinerlei Ausnahme. Nicht der Koran bestimmt in unserem Land Recht, Regeln und Gesetz, sondern das Grundgesetz. Wer dies in Zweifel zieht, der hat in unserer Gesellschaft nichts verloren.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Beschäftigen wir uns mit den Ergebnissen einer Entwicklung, deren Anfänge bereits mehr als 50 Jahre zurückreichen. Vieles deutet darauf hin, dass viele der dritten Generation der Deutschtürken islamisch denken und sich auch mit radikalem Gedankengut beschäftigen. Feindselige Parallelgesellschaften sind entstanden, die auch nach zig Jahren in Deutschland weit davon entfernt sind, sich in unsere Lebensart zu integrieren. Im Gegenteil: Es entstehen immer mehr gewaltbereite Randgruppen.

In der Nacht des Putschversuchs in der Türkei konnten wir in ganz Deutschland, auch in Baden-Württemberg, Demonstrationen von türkischen oder türkischstämmigen Mitbürgern beobachten, besonders in Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe. Unbenommen der Versammlungsfreiheit wenden wir uns entschieden gegen die Austragung innertürkischer Konflikte bei uns,

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

nicht nur weil diese Konflikte nichts, aber auch gar nichts in unserer Gesellschaft zu suchen haben – sie betreffen auch unsere innere Sicherheit.

Es ist mehr als bedenklich, wenn Tausende Menschen auf die Straße gehen, um einen Herrscher zu bejubeln, der wie selbstverständlich sein Land islamisiert und Grundrechte abbaut, nur um seine eigene Position zu sichern. Wenn Tausende Türken bei uns spontan bereit sind, dem Ruf Erdogans zu folgen, dann zeigt uns das, dass die Integration hier in weiten Teilen gescheitert ist. Dann müssen wir uns fragen, ob diese Leute überhaupt zu Deutschland gehören wollen.

(Beifall bei der AfD)

(Dr. Heiner Merz)

Wir müssen uns sogar fragen, ob eine solche Hörigkeit gegenüber einem ausländischen Herrscher und eine solche Mobilisierbarkeit einer großen Bevölkerungsgruppe durch ihn hier bei uns nicht ein sehr großes Risiko für unsere innere Sicherheit darstellen.

(Beifall bei der AfD)

Wir, die AfD-Fraktion, fordern, Integration nicht nur zu fördern, sondern auch klar und deutlich einzufordern. Integration ist kein freundliches Entgegenkommen, sondern eine Bringschuld derer, die hier in unserem Land leben wollen.

Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erlaube ich Herrn Abg. Lede Abal das Wort.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst möchte ich im Namen meiner Fraktion Ihnen, Frau Präsidentin Aras, für Ihre Worte zu Beginn danken. Unsere Gedanken und unser Mitgefühl sind bei den Opfern von Nizza und Würzburg und auch bei ihren Familien und Angehörigen.

Unsere Gedanken sind aber auch bei all denjenigen, die sich für Demokratie, Pluralismus und Freiheit einsetzen, und deshalb auch ganz besonders bei denjenigen, die in der Türkei die Demokratie erst gegen den Putsch der Militärs verteidigt haben und jetzt erleben müssen, wie die Verfolgung der Verantwortlichen für den Militärputsch den Deckmantel abgibt für eine Generalabrechnung mit dem politischen Gegner, wie Willkür um sich greift und wie der Rechtsstaat auf breiter Linie missachtet wird, wenn beispielsweise 20 000 Lehrerinnen und Lehrern an Schulen und Hochschulen auf einen Schlag die Lehrerlaubnis entzogen wird oder wenn ein Buch im Regal ausreicht, um aus dem Staatsdienst entlassen zu werden.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD, der FDP/DVP und der AfD)

So droht in der Türkei die absurde Situation, dass die Niederschlagung eines Militärputschs nicht etwa die Demokratie stärkt, sondern die Demokratie droht in ein autoritäres Regime umzukippen – eine Entwicklung, die sich allerdings auch vorher schon gezeigt hat. Es ist auch unsere Verantwortung, über den Zustand der Demokratie in der Türkei zu sprechen, gerade weil auch hier Menschen mit türkischen Wurzeln leben und die Ereignisse diese Menschen und auch uns beschäftigen.

Ich bin überzeugt, dass von diesem Landtag klare Signale für Demokratie und Pluralismus ausgehen müssen und die Werte unserer Verfassung, unseres Grundgesetzes, auch unserer Landesverfassung gezeigt haben, dass sie als Grundlage für das friedliche Zusammenleben in einer pluralistischen Demokratie geeignet sind. Es ist unsere Aufgabe, gerade für uns als Mitglieder des Landtags von Baden-Württemberg, dies auch in die Bevölkerung hinein zu vermitteln.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Ich bin auch überzeugt, dass ausnahmslos alle gut beraten sind, bei laufenden Ermittlungen – ich meine den Anschlag in Würzburg – nicht über Teilergebnisse zu spekulieren, sondern den Ermittlungsbericht der bayerischen Polizei abzuwarten

(Zuruf von der AfD: Richtig! Das gilt für vieles!)

und dann genau zu analysieren, welche Lehren wir aus diesen Anschlüssen ziehen müssen. Aber dazu später mehr.

(Zurufe von der AfD)

Ich glaube, dass es falsch ist, die Integration in Baden-Württemberg für gescheitert zu erklären, wie Sie in der Fragestellung suggerieren. Wir werden dies auch auf keinen Fall akzeptieren. Ein Viertel der Menschen dieses Landes hat internationale Wurzeln, und wir haben diesen Menschen viel zu verdanken. Sie gehören hierher, und wir arbeiten an einer gemeinsamen Zukunft mit ihnen.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir werden diesen Prozess des Einbeziehens und des Hineinwachsens in unsere Gesellschaft, den Weg der Integration in Baden-Württemberg, auch in den nächsten Jahren konsequent fortführen. Wir werden dies in einer gemeinsamen Anstrengung mit der Wirtschaft, den Betrieben und den Kommunen in Baden-Württemberg anpacken. Deshalb setzen wir weiter auf den konsequenten Ausbau von Vorbereitungsklassen und VABO-Klassen. Wir setzen weiter auf landesweite Programme wie „Chancen gestalten“ und auf eine engmaschige Betreuung auf kommunaler Ebene, damit die Integration in Baden-Württemberg auch weiter gelingt. Dafür streben wir in den nächsten Monaten einen Pakt mit den Kommunen in Baden-Württemberg an.

Wir wollen auch Menschen mit internationalen Wurzeln, mit Migrationshintergrund dazu motivieren, Verantwortung in unserer Gesellschaft zu übernehmen, sich in Kirchengemeinden, Vereinen und Organisationen auf der kommunalen Ebene zu engagieren, sei es in kommunalen Gremien wie den Integrationsbeiräten oder in Verbänden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zu dem Ganzen gehört auch, die Sicherheit im Blick zu behalten. Es ist schon starker Tobak, wenn von einer Appeasement-Politik gegenüber Islamisten gesprochen wird. Die gibt es in Baden-Württemberg entschiedenermaßen nicht, und die hat es in Baden-Württemberg entschiedenermaßen auch noch nie gegeben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Wir stehen hier auf der Grundlage der Landesverfassung und des Grundgesetzes sowie unseres Rechtsstaats. Das ist die Maßgabe für uns, für unser Handeln, für unser politisches Handeln und auch für die Gesetze und für das Zusammenleben in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

(Daniel Andreas Lede Abal)

Dennoch stellen sich natürlich auch Fragen, die die Sicherheit betreffen; diese beschäftigen die Menschen in diesem Land. Ich meine, dass die Sicherheitsbehörden hier im Land dieser Frage immer verantwortungsvoll nachgekommen sind. Beispielsweise tragen sie auch dazu bei, Menschen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, zu informieren und zu schulen, um Extremismus und Radikalisierungsprozesse besser verstehen zu können. Dies geschieht z. B. mit dieser Broschüre,

(Der Redner hält eine Broschüre hoch.)

die sich explizit an Menschen richtet, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das bringt natürlich was!)

Baden-Württemberg steht seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs für eine offene Gesellschaft, die sehr verschiedene Menschen über viele Generationen aufgenommen hat. Das geschah ausgesprochen erfolgreich. Wir werden die Errungenschaften Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Toleranz verteidigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der CDU erlaube ich das Wort Herrn Abg. Dr. Lasotta.

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Liebe Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen, werte Kollegen! Frau Aras, herzlichen Dank für Ihre einführenden Worte. Ich empfand diese als sehr würdig und möchte mich im Namen der CDU-Landtagsfraktion diesem Gedenken besonders anschließen.

Es sind jeweils Menschen, Familien betroffen. Die Anschläge in Nizza und jetzt in Würzburg, die zu Toten und Verletzten geführt haben, haben uns alle getroffen, verunsichern uns. Sie verunsichern auch die Bevölkerung und die Gesellschaft. Deswegen gelten unsere ersten Gedanken den Menschen – den Verletzten, den Toten, den Familien, aber auch unseren Sicherheitskräften und Rettungskräften, die eine sehr gute Arbeit geleistet haben, um Schlimmeres zu verhindern.

(Beifall bei allen Fraktionen und bei fraktionslosen Abgeordneten)

Gerade weil unsere Gedanken bei den Opfern und den Familien sind, ist es wichtig, in einer solchen Debatte verantwortungsvoll mit diesem Thema umzugehen. Wir müssen aufpassen – schon den Titel der von Ihnen beantragten Debatte fand ich etwas zweifelhaft –, dass man nicht irgendwelche Feindbilder kreiert, irgendwelche Gruppen in der Gesellschaft identifiziert, die man als die Schuldigen bezeichnet, und alle unter einen Generalverdacht stellt.

(Zuruf von der AfD)

Vielmehr ist ganz entscheidend, in dieser Debatte zu differenzieren. Natürlich gibt es in Europa eine Terrorlage, und natürlich gibt es auch Probleme mit Integration. Aber es wäre das Falscheste, jetzt eine Gruppe herauszugreifen und sie als die Schuldigen zu bezeichnen. Sie, Herr Dr. Merz, haben politi-

sche Konsequenzen und Antworten eingefordert, sind dabei in Ihren Vorschlägen aber wenig konkret geworden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Gar kein Vorschlag!)

Sie haben nur gesagt, Integration müsse auch von denjenigen ausgehen, die zu uns gekommen sind. Eine Antwort gibt unser Koalitionsvertrag; er beschreibt, was Baden-Württemberg macht.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ist der geheim oder veröffentlicht? Ist der geheim?)

Lesen Sie einmal nach, was darin alles zum Thema Sicherheit steht: Wir rüsten bei der Polizei auf, wir statten die Polizei besser aus. Wir werden den Verfassungsschutz stärken. Wir werden im Bereich der Justiz – bei Richtern und Staatsanwälten – nachsteuern. Genau das ist die Antwort auf diese neue Sicherheitslage. Wir werden auch beim Thema Integration viel mehr machen. Lesen Sie sich das Kapitel zum Thema Integration durch.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Wir werden im Bereich der Sprachkurse viel mehr tun, die Menschen schnell in Arbeit bringen und in die Gesellschaft integrieren sowie die Ehrenamtlichen unterstützen, die ihnen einen Weg eröffnen.

Sie zeigen immer nur eine Seite der Medaille. Integration ist aber beides. Auf der einen Seite ist es die Bereitschaft, sich in eine offene Gesellschaft zu integrieren. Auf der anderen Seite müssen dafür die Angebote stimmen. Das werden wir mit diesem Koalitionsvertrag in Baden-Württemberg umsetzen.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Vor allem ist entscheidend, was für ein Menschenbild man hat. Das Menschenbild, das Sie haben, kommt in Ihren Debattenbeiträgen immer durch. Wir haben ein positives Menschenbild, weil wir wissen, welche Integrationsleistungen Baden-Württemberg nach dem Zweiten Weltkrieg vollbracht hat: die Eingliederung der Flüchtlinge und derjenigen, die aus Arbeitsgründen oder im Zuge der deutschen Wiedervereinigung zu uns gekommen sind, der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien, der EU-Zuwanderer im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit und die Aufnahme vieler Flüchtlinge. Diese fliehen genau aus diesen Gründen – sie werden unterdrückt und sind Terror ausgesetzt –, um hier Frieden und Freiheit zu finden.

(Zuruf des Abg. Anton Baron [fraktionslos])

Wir haben das geschafft, weil wir eine klare Werteordnung haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Abg. Stefan Räßle AfD: Fahren Sie einmal nach Pforzheim!)

Bei uns gelten das Grundgesetz und die Landesverfassung. Das ist der Maßstab dafür, dass Menschen in dieser Gesellschaft leben können. Von all denjenigen, die sich nicht an diesen Maßstab halten, werden wir das konsequent einfordern. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos])

(Dr. Bernhard Lasotta)

Ich glaube, dass der Bund mit dem neuen Integrationsgesetz, das wir hier in Baden-Württemberg umsetzen werden, eine gute Grundlage gegeben hat. Fordern und Fördern sind die beiden Seiten der Medaille. Damit kann Integration gelingen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

27 % der Menschen in Baden-Württemberg haben internationale Wurzeln. Viele Muslime bei uns leben völlig staatstreu, normal in diesem Land. Deswegen muss man in der Diskussion aufpassen und darf nicht alle in einen Topf werfen.

Trotzdem kann man Punkte identifizieren, bei denen es auch Probleme gibt. Aber Sie müssen auch die positiven Punkte benennen, die unsere Gesellschaft weitergebracht haben, die unsere Gesellschaft zu dem gemacht haben, was sie ist: offen, pluralistisch, trotzdem heimatverbunden, geerdet und gleichzeitig international ausgerichtet. Das macht doch den Charme unserer Gesellschaft aus. Diese Gesellschaft auch zukünftig offen zu halten ist entscheidend für unsere Kinder und für die zukünftigen Generationen. Ich habe immer ein bisschen Zweifel daran, ob Sie das als Rechtspopulisten im Grunde genommen überhaupt haben wollen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Was für ein Schwachsinn!
– Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das ist ja eine europäische Bewegung, der Sie letzten Endes angehören.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Eine Verantwortungsgemeinschaft gelingt nur, wenn man sich an diese Werte hält. Deswegen liegt der klare Fokus für uns in der baden-württembergischen Landespolitik auf diesen Werten.

Ich wäre froh, wenn Sie in der zweiten Runde konkrete Vorschläge bringen würden. Ich glaube, wir haben schon viele der Punkte abgearbeitet, die Sie an angeblichen Versäumnissen aufgedeckt zu haben glauben. Ich bin gespannt, was da von Ihnen noch kommt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der SPD erlaube ich Herrn Abg. Hinderer das Wort.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Dem Dank meiner Vorredner schließe ich mich an. Frau Präsidentin, Sie haben mit Ihren Worten die Aktuelle Debatte heute Vormittag auf die richtige Spur gebracht.

Wenn Menschen auf dieser Welt durch Gewalt, Terror, Krieg oder anderes verletzt werden und ihr Leben verlieren, ist unsere erste Reaktion Mitgefühl. Mitgefühl ist auch unsere erste Reaktion auf den brutalen Amoklauf in Würzburg, auf den schrecklichen Gewaltakt in Nizza, auf den Putschversuch in der Türkei und auf andere Gewalttaten in dieser Welt.

Wir sind entsetzt über die vielen Berichte von Exzessen der Gewalt, die uns in den letzten Wochen über die Medien und die sozialen Netzwerke fast täglich erreichen.

Wir denken an die Opfer – Kinder, Frauen und Männer –, die ihr Leben verloren haben oder die verletzt wurden. Wir denken an die Angehörigen, an Familien, die zerrissen wurden, an Eltern, die ihre Kinder, und Kinder, die ihre Eltern verloren haben.

Wir denken aber nicht zuerst daran, wie aus diesen Akten des Terrors und der Gewalt politisches Kapital geschlagen werden kann. Der Verdacht liegt nahe, wenn man den Titel der heutigen Aktuellen Debatte anschaut, dass erneut versucht wird, Zusammenhänge zu konstruieren, die es nicht gibt.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Was hat der Terrorakt eines offensichtlich psychisch kranken Täters in Nizza mit der Integration der Flüchtlinge bei uns in Baden-Württemberg zu tun?

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede
Abal GRÜNE: Sehr richtig!)

Was haben ein Militärputsch in der Türkei und die zugegebenermaßen völlig unverhältnismäßige Reaktion der Erdogan-Regierung damit zu tun, dass Deutschland seit Langem ein Zuwanderungsland ist, dass fremde, ausländische Menschen, die hier bei uns leben, gut integriert sind und dass dann, wenn sie noch nicht integriert sind, kluge Antworten auf diese Herausforderungen gefunden werden müssen?

Ich sagen Ihnen: Auf den ersten Blick hat das überhaupt nichts miteinander zu tun. Und auf den zweiten Blick muss die Antwort, wenn man einen Zusammenhang herstellen möchte, lauten: Wir brauchen nicht weniger, sondern wir brauchen mehr Integration. Wir brauchen größere Anstrengungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wenn ich den Titel der Aktuellen Debatte lese und mir anschau, wann der Antrag gestellt wurde, diese Debatte auf die heutige Tagesordnung zu setzen – nämlich vorgestern –, dann muss ich sagen: Während die Welt noch rätselt, was die Motive des Täters in Nizza waren – die Zeitungsüberschriften waren da noch ganz indifferent –, scheint bei Ihnen die Antwort bereits festzustehen, weil sie in Ihre vorgefertigten Schablonen passt.

Der Islam – Herr Dr. Merz, das haben Sie gesagt – ist radikal und – das füge ich hinzu – aus Ihrer Sicht wahrscheinlich auch böse, Zuwanderung und Flucht seien die Ursachen allen Übels. Sie rücken sich die Ereignisse so zurecht, wie sie in Ihr Konzept passen, um weiter gegen Fremde zu propagieren.

Ja, in der Tat: Die Gewalt hat eine neue Qualität. Die blitzschnelle Radikalisierung junger Menschen – egal, ob in Nizza oder bei dem Täter in Würzburg – bereitet uns Sorgen.

Heute Morgen hat im „Morgenmagazin“ der Chef des Verfassungsschutzes, Maaßen, genau diese Einzeltäterstrategie des IS dahin gehend interpretiert, dass sie das Ziel hat, Angst und Schrecken zu verbreiten. Wir müssen die Sorgen der Menschen ernst nehmen; das ist richtig. Wir müssen aber nach Lö-

(Rainer Hinderer)

sungen suchen und dürfen diese Ängste und Sorgen nicht noch zusätzlich schüren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Denn wenn wir Schrecken und Angst noch schüren, dann machen wir uns diese kranke Ideologie der IS-Terrormiliz zu eigen, und das darf nicht passieren.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Zu unseren Lösungen gehört natürlich, durch eine gute personelle und sächliche Ausstattung der Polizei, des Verfassungsschutzes und anderer Verfassungs- und Sicherheitsorgane für die größtmögliche Sicherheit der Menschen in unserem Land zu sorgen. Die innere Sicherheit war schon immer ein Kernanliegen von uns Sozialdemokraten.

Dazu gehört auch – das ist richtig –, dass der Bundestag noch vor der parlamentarischen Sommerpause das Antiterrorgesetz verabschiedet hat, um den Gefahren des internationalen Terrorismus besser begegnen zu können. Dazu gehören auch eine Nulltoleranzstrategie und die Repression, was den Terrorismus betrifft.

Dazu gehört aber auch die Prävention. Dazu gehört, dass wir für eine gelingende Integration sorgen, anstatt sie infrage zu stellen, dass wir die Menschen, die zu uns kommen, mit Wohnraum versorgen, dass wir für Spracherwerb, für Bildung und Ausbildung sorgen und dass wir berufliche Perspektiven fördern. So gelingt Integration.

Insbesondere mit Blick auf den Täter, der in Würzburg dieses Unheil angerichtet hat, gehört auch dazu, dass wir den Blick auf die jungen, unbegleiteten Ausländer richten und auch erkennen, mit welchem schwerem seelischen Gepäck diese oft Minderjährigen bei uns anlanden.

8 367 unbegleitete Kinder und Jugendliche sind im letzten Jahr nach Baden-Württemberg gekommen. Oft sind sie selbst Opfer von Krieg, Terror, Vertreibung und Armut. Die Fluchterfahrungen wirken oft lange nach und belasten diese Kinder und Jugendlichen.

Es liegt mir fern, Täter zu Opfern zu machen. Aber bei dem jungen Mann, der bei Würzburg in einem Zug diese schreckliche Gewalttat verübt und dabei Menschen schwer verletzt hat, handelt es sich um einen psychisch kranken Jugendlichen, der auf die Propaganda des IS und die schnelle Radikalisierung hereingefallen ist. Deshalb brauchen diese jungen Menschen auch ganz konkrete Hilfen. Sie brauchen Beratung, Seelsorge, psychologische Beratung und Therapie.

(Zuruf von der AfD: So einfach kann man das nicht machen! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Dies zu erkennen ist wichtig, und darum müssen wir uns bemühen. Die einzige Lösung ist, statt einem Scheitern der Integration Vorschub zu leisten und wirre Zusammenhänge herzustellen: Wir sollten uns nach Kräften bemühen, dass die Integration gelingt. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Keck. Er hält seine erste Rede. Ich bitte Sie daher, von Zwischenrufen und Zwischenfragen möglichst abzusehen. Dies war bisher die Regel und ein guter Brauch.

(Oh-Rufe – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Und wenn es ein lieber, ein unterstützender Zwischenruf ist? – Weitere Zurufe)

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Sehr verehrte Frau Präsidentin! Vielen herzlichen Dank für die Unterstützung zu meiner jungfräulichen, ersten Rede.

Vielen Dank für Ihre einfühlsamen und einführenden Worte zu den tragischen Anschlägen der letzten Tage. Auch wir möchten uns dafür bei Ihnen bedanken. Herzlichen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Abgeordnete der AfD, die Integration in Deutschland und Baden-Württemberg wird seit vielen Jahrzehnten gelebt. Diese infrage zu stellen und mit den schrecklichen Ereignissen von Nizza und dem Putschversuch in der Türkei in Zusammenhang zu bringen ist populistisch und typisch für die AfD.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Sie sind bei den Grünen?)

– Nein, ich bin schon richtig aufgehoben. – Wie geschmacklos ist es eigentlich, einen Terroranschlag mit 84 Toten, der offenkundig auch in keinerlei Beziehung zum Putschversuch in der Türkei steht, für die Profilierung im Landtag zu nutzen? Ausgerechnet die Fraktion, die sich selbst nicht in einer Fraktion integrieren kann,

(Heiterkeit)

fabuliert von Integration. Das ist schon von besonderer Güte.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Mit Scheitern kennen die sich aus!)

Integration ist keine Erfindung seit Beginn der Flüchtlingswelle im letzten Jahr. Menschen vieler Kulturen und Nationalitäten sind fester Bestandteil unserer Gesellschaft und gar nicht mehr wegzudenken. Integration ist nicht erst in der jüngsten Vergangenheit ein Thema. Vielmehr findet diese seit den Sechziger- und Siebzigerjahren mit der Gastarbeiterwelle statt.

Seit 1998 sind etwa zweieinhalb Millionen Menschen aus Europa und der ganzen Welt zu uns gekommen. Sie alle haben erfolgreich die Sprache erlernt und konnten sich am Arbeitsmarkt integrieren. Auch in unserer Gesellschaft sind sie fester Bestandteil geworden. Gehen Sie abends zum Essen durch die Königstraße, bekommen Sie Linsen mit Spätzle von einem freundlichen kroatischen Kellner, die Pizza um die Ecke vom Scherze machenden Italiener. Undenkbar, wenn all diese Menschen hier fehlen würden.

Zugegeben: Eine unkontrollierte Zuwanderung, die uns Frau Merkel beschert hat, kann in der Kürze der Zeit und angesichts dieser Menschenmenge nicht bewältigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

(Jürgen Keck)

Was die FDP seit Langem fordert, ist zumindest in Teilen am 7. Juli durch das Integrationsgesetz im Bundestag beschlossen worden. Ein schnellerer Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Verbesserungen des Angebots an Integrations- und Sprachkursen helfen bei der Förderung. Das Gesetz fordert aber auch, diese Angebote anzunehmen.

Unsere Positionen: Der Stand der Integration ist in Baden-Württemberg ungleich besser als in anderen Regionen. Das liegt zum einen an den zahlreichen freiwilligen Helfern, zum anderen aber auch an der wirtschaftlichen Stärke unseres Bundeslands. Integration erfolgt über Spracherwerb, Schule, Ausbildung und vor allem den Beruf. Das heißt nicht, dass das von heute auf morgen geschehen könnte, aber der erste Schritt ist der Anfang vom Weg.

Erforderlich ist eine schnelle und unbürokratische Arbeitserlaubnis für Kriegsflüchtlinge und Asylsuchende. Jeder, der in unserem Land lebt, muss auch die Möglichkeit haben, für seinen Lebensunterhalt selbst sorgen zu können. Wir brauchen, wie auch von uns gefordert, ein modernes Einwanderungsgesetz, das auch Kriegsflüchtlingen und Zuwanderern bei entsprechenden Voraussetzungen die Eingliederung in den deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht und durch das sie sich in unser Leben und unsere Kultur eingliedern können.

Ein konsequentes Vorgehen der Vollzugsbehörden bei Straftaten ist genauso unumgänglich. Wir fordern von den zugewanderten Menschen, sich an unsere Gepflogenheiten anzupassen und sich zu unserem Rechtssystem zu bekennen. Wir fordern aber auch eine rasche Rückführung dann, wenn ein Bleiberecht und ein Aufenthaltstitel nicht möglich sind.

Wir alle lieben unsere Freiheit und Demokratie. Diese wird durch rechten und linken Extremismus gefährdet. Islamistischer Terror ist in aller Welt und leider auch bei uns angekommen.

Extreme sind aber nicht angeboren, sondern werden – auch bei uns – durch Hassprediger verbreitet. Islamunterricht in deutscher Sprache hilft, den Hinterhofimamen endlich das Handwerk zu legen.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Stefan Rapp-
le AfD)

Den Menschen muslimischen Glaubens allerdings die Einreise zu verweigern, wie von der AfD gefordert, trägt nicht zu unserer Sicherheit bei.

Islamistischer Terror findet in der ganzen Welt statt. Diesen gilt es zu bekämpfen. Der Islam ist nicht Vater des Terrors. Wir sollten uns hüten, den Terror einer Religion anzulasten. Idiotie hat keine Herkunft – außer Unvernunft. Hüten wir uns also vor Pauschalierungen. Diese sind der Anfang von Ausgrenzung und Diskriminierung.

Natürlich leben in unserer Gesellschaft auch kranke Menschen, die unsägliches Leid und Not bringen. Sie nahmen bei ihrem Suizid mit einem Flugzeug oder bei den Amokläufen in Winnenden und Erfurt viele Menschen mit in den Tod. Auch dies hatte nichts mit Religion zu tun. Wir Freien Demokraten wollen aber die Freiheit des Menschen, und diese verteidigen wir mit allem Nachdruck und aller Kraft.

Es ist bei den bisher von der AfD beantragten Aktuellen Debatten immer offensichtlich erkennbar, in welche Kerbe Sie schlagen wollen. Es geht Ihnen nicht um eine sachliche Diskussion, sondern einzig und allein um die Bedienung rechter Ressentiments. Herr Merz, das war ganz deutlich zu hören.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Den Rechtsstaat sicherstellen, unsere Freiheit und Demokratie gewährleisten, Mut machen, statt Ängste zu schüren!

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für den Zusammenschluss der fraktionslosen Abgeordneten erteile ich Herrn Abg. Dr. Meuthen das Wort.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine Damen und Herren! Es ist bezeichnend, dass wir selbst nach solch grauenhaften Vorfällen, wie sie sich in Nizza, aber auch – mit nicht ganz so schrecklichen Folgen – in Würzburg ereignet haben, offenbar nicht in der Lage sind, wirklich zusammenzustehen und gemeinsam geschlossen gegen einen Feind anzutreten, der gegen die Menschlichkeit und alle unsere Werte kämpft,

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

einen Feind, der angesichts seiner vollkommenen Skrupellosigkeit und Hinterhältigkeit immer häufiger so übermächtig erscheint wie die griechische Hydra. Denn kaum hat man eine Terrorzelle zerschlagen, entstehen irgendwo zwei weitere.

Während wir hier im kleingeistigen politischen Tagesgeschäft die Zeit – jedenfalls zu Teilen – dazu nutzen, mit dem Finger aufeinander zu zeigen, planen woanders Terroristen den nächsten Anschlag.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Wir alle können diese wenigen Redeminuten damit verbringen, uns in dieser Situation wechselseitig Vorwürfe zu machen. Aber was würde es bringen, wenn ich hier etwa die Zeit dafür nutzen würde, Herrn Schmid vorzuwerfen, dass er mit seiner türkischen Wahlwerbung aktiv für Parallelgesellschaften wirbt oder dass seine Frau im vorherigen Wahlkampf bei den nationalistischen Grauen Wölfen auftrat? Nichts würde es ändern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber Sie haben das jetzt schön gemacht!)

– Ich erwähne es. Ich sage aber auch: Ich halte nichts davon.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

– Ich will es exemplarisch machen. Sie verstehen mich schon. Sie wollen mich vielleicht nicht verstehen.

(Dr. Jörg Meuthen)

Stattdessen würden wir uns weiter wie kleine Kinder mit irgendwelchen verbalen Steinchen bewerfen, während da draußen – das ist das Schlimme – Menschen sterben, so viele arme Menschen tieftraurig um ihre Angehörigen trauern, die einen sinnlosen, frühen Tod sterben mussten, oder noch mehr Menschen zunehmend in Angst leben müssen, wo immer es zu größeren Menschenansammlungen kommt – Menschen, für deren Sicherheit wir doch alle als gewählte Volksvertreter eine entscheidende, selbst gemeinsam nur sehr schwer zu bewältigende Verantwortung tragen.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur das Thema Integration, dessen Bewältigung uns besser gelingen muss als bislang, um Terror zu verhindern, aber es ist neben der polizeilichen und geheimdienstlichen Terrorprävention, über die der Innenminister in der vergangenen Woche berichtet hat, ein elementarer Punkt im präventiven Kampf gegen die Entstehung von Terrorzellen. Wir müssen uns hier den realen Gegebenheiten stellen, ohne dabei eine falsche Rücksicht in Form politischer Korrektheit zu nehmen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Die Erfahrung zeigt – auch wenn Sie das nicht gern hören –, dass sich in der Vergangenheit Muslime in Deutschland mit der Integration deutlich schwerer taten als andere Migrantengruppen. Zugleich ist offenkundig, dass der weitaus größte Teil des Terrors jüngeren Datums in Europa einen eindeutig islamistischen Hintergrund hat.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Das hat sehr wohl und sehr viel mit nicht vollzogener oder misslungener Integration zu tun. 50 Jahre nach Ankunft der ersten Gastarbeiter lebt ein Drittel der türkischstämmigen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze. Obwohl sie mittlerweile oft in zweiter oder dritter Generation hier sind, liegen sie sowohl beim Einkommen als auch bei den Schul- und Berufsabschlüssen hinter allen anderen großen Migrantengruppen zurück. Das ist eine Tatsache.

Nicht nur in Deutschland tun sich Muslime schwer. Auch in anderen europäischen Ländern beobachten wir das gleiche Phänomen. Muslimische Migranten zählen zu den Schlusslichtern auf dem Arbeitsmarkt. Ob nun die Türken in Deutschland und Österreich, die Maghrébins in Frankreich oder Belgien oder die Pakistani und Bangladeschi in Großbritannien, sie alle zählen zu den Schlusslichtern der Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft. Es ist offensichtlich nicht die Diskriminierung, sondern eben auch und sogar viel mehr die fehlende Bereitschaft, sich an die Kultur der Wahlheimat anzupassen.

Insofern sind Ihre Vorstellungen, Herr Dr. Lasotta und Herr Hinderer – verzeihen Sie –, ein wenig naiv – wohlmeinend, aber eben auch naiv. Das funktioniert leider mit vielen nicht. Sie können das exemplarisch an dem afghanischen Flüchtling sehen, der die Tat in Würzburg begangen hat. Bei ihm hat es an Integrationsbemühungen nicht gefehlt. Er hat maximale

Zuwendung erfahren, und es hat dennoch nicht funktioniert. Davor dürfen wir die Augen nicht verschließen.

Das wird auch in Studien belegt. Es gibt den Migrationsforscher Ruud Koopmans. Seine Studie zeigt auf, dass Muslime häufiger als andere Zuwanderer dazu neigen, unter sich zu bleiben. Man zieht in bestimmte Bezirke, in denen sich Gettos bilden. Sprachliche Verständigungsprobleme prägen den Alltag, zumal oft auch Zeitungen und Fernsehsendungen weiter in der Muttersprache konsumiert werden.

Muslime, die es schaffen, sich in Deutschland zu integrieren und erfolgreich zu werden, gibt es glücklicherweise auch in nicht ganz kleiner Zahl. Aber die haben den Problembezirken entweder frühzeitig den Rücken gekehrt, oder sie haben dort erst gar nicht gelebt. Doch zu viele sind in ihren Milieus gefangen. Kindergärten und Schulen mit hohem Migrantenanteil haben oft zur Folge, dass die Sprache nie richtig erlernt wird. Das ist fatal. Denn mehr noch als der Arbeitsmarkt ist das Bildungssystem – das ist eine Binsenweisheit – der Schlüssel für gelingende Integration.

Das ist auch der Grund dafür, dass die Alternative für Deutschland ein Einwanderungsgesetz nach dem kanadischen Modell fordert. Nicht nur hier können wir von den Erfahrungen Kanadas profitieren. Kanada lässt Neuzuwanderer erst nach einer hoch konzentrierten Sprachförderung, die sofort nach der Ankunft verpflichtend beginnt, in die Regelschulen.

Das haben wir auch in unserem Wahlprogramm gefordert. Sie machen das ansatzweise; aber es ist nicht genug. Die korrekte Beherrschung der deutschen Sprache muss ein Unterrichtsziel an allen Schulen sein. Für Schüler mit Migrationshintergrund fordern wir dort, wo nötig – das gilt für die meisten –, intensivsten Förderunterricht. Wir müssen das nicht nur fördern. Wir müssen das auch fordern – ja, als Voraussetzung für eine Bleibeberechtigung sogar ultimativ verlangen. Andernfalls werden wir dieses Problems nie und nimmer Herr.

Der Attentäter von Nizza scheint nach allem, was wir bis heute über ihn wissen können, ein Paradebeispiel für eine gescheiterte Existenz, für eine nie gelungene Integration in die Werte und Normen der französischen Gesellschaft zu sein, obwohl er sein ganzes Leben dort verbracht hat.

Natürlich werden nicht alle, bei denen Integration nie gelungen ist, gleich zu Mördern und Terroristen. Aber man verschließe doch bitte nicht die Augen davor, dass damit die Wahrscheinlichkeit, zu Gewalttätern zu mutieren, massiv steigt.

Deshalb müssen wir hier in Baden-Württemberg aus diesen Erkenntnissen die gleichen Schlüsse ziehen wie im Grunde alle anderen auch. Wir müssen die Zuwanderung in unser Bundesland strikt auf eine Zahl reduzieren, die eine gelingende Integration möglich erscheinen lässt. Wir müssen unsere Priorität auf Zuwanderer setzen, die integrationswillig und -fähig sind, und wir müssen uns von solchen Zuwanderern, die die geforderte Integration verweigern, schnellstmöglich wieder trennen. Nur wenn wir das entschlossen tun, kann dosierte Zuwanderung eine Bereicherung für unsere Gesellschaft sein.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

(Dr. Jörg Meuthen)

Beherzigen wir das nicht, endet das mit Gewissheit in einer Katastrophe auch für unser Gemeinwesen. Lassen Sie uns das gemeinsam verhindern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Lucha.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] begibt sich zum Redepult.)

Herr Abg. Dr. Gedeon, setzen Sie sich bitte. Sie haben sich jetzt nicht gemeldet.

(Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Ich hatte mich schon am Anfang gemeldet!)

– Setzen Sie sich bitte. Jetzt redet der Herr Minister, und danach können Sie gern zwei Minuten reden. Die Regierung kann jederzeit das Wort ergreifen, wenn sie sich meldet.

Bitte, Herr Minister.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Auch von meiner Seite – ich glaube, das kann ich auch für das gesamte Kabinett sagen – herzlichen Dank für die klugen, einfühlsamen Worte, die genau das Richtige ausdrücken, was uns alle bewegt, wenn wir fassungslos sind, trauern und darüber nachdenken, wie das geschehen konnte. Aber unsere Aufgabe ist ja, uns die Frage zu stellen: Was leisten wir seitens der Politik, damit so etwas nicht mehr geschieht, und was können wir hier im Land Baden-Württemberg tun, damit die Menschen, die hier leben, gut leben können?

(Beifall des Abg. Klaus-Günther Voigtmann [fraktionslos])

Denn nur mit gerechter Politik, die alle Teile der Bevölkerung im Blick hat, sichern wir gesellschaftliche Stabilität und innere Sicherheit.

Baden-Württemberg ist ein starkes Land, weil es eine starke Wirtschaft hat, weil wir Vorreiter im ökologischen Handeln sind und weil für uns Solidarität kein Fremdwort ist. Dieses Dreieck aus starker Ökonomie, Ökologie und Solidarität hat auch zu dieser Weltoffenheit geführt, dazu, dass Baden-Württemberg weltweit wirtschaftlich eines der aktivsten und erfolgreichsten Länder ist und Menschen gern zu uns kommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es ist unsere Aufgabe, den Menschen, die zu uns kommen, und den Bürgern, die bereits hier sind, zu zeigen, dass wir dieses Dreieck stabil halten. Wir werden den Menschen, die jetzt zu uns geflüchtet sind, Solidarität entgegenbringen und sie integrieren, damit sie später zu unserem gemeinsamen Wohlstand beitragen.

(Beifall der Abg. Andrea Bogner-Unden GRÜNE – Zuruf: Wir integrieren!)

Denn Integration heißt, Menschen Teilhabechancen in allen Lebensbereichen zu ermöglichen – unabhängig von ethnischer und sozialer Herkunft. Integration heißt Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, Teilhabe an Bildung und Arbeit, Teilhabe am Wohlstand. Denn Teilhabe fördert gesellschaftlichen Frieden und Zusammenhalt, und Ausgrenzung gefährdet beides.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wir sind aber nicht blind. Natürlich gibt es Probleme, wie die Radikalisierung des jungen Mannes kürzlich in Würzburg zeigt. Attacken, wie sie in Nizza erfolgten, und Gewaltexzesse, wie sie in Istanbul oder Paris stattgefunden haben, besorgen uns natürlich, lassen uns auch über die Ursachen von Gewalt nachdenken. Es geht darum: Wie können wir Ursachen von Gewalt im Kleinteiligen wie im Großen tatsächlich verhindern?

Diese Vorgänge lösen natürlich auch Ängste aus. Wir wissen nicht nur aus der Filmliteratur: „Angst essen Seele auf“. Diese Ängste ernst zu nehmen und eine Politik mit dem Ziel zu machen, dass sie nicht nötig sind, das ist unsere Aufgabe.

Aber diese Ängste werden mit Pauschal- und Globalvorurteilen von politischen Gruppierungen geschürt, z. B. von der, die die heutige Aktuelle Debatte beantragt hat. Sie haben eine Mitverantwortung für Unsicherheit, für Angst

(Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos]: Was?)

und für erzeugten Hass gegen Fremde und andere.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Denn durch Ihre auch in der jetzigen Debatte wieder formulierte Kategorisierung und Generalisierung in „die Flüchtlinge“, „der Islam“, „die Muslime“ und deren Ablehnung, die Sie hier ganz deutlich zum Ausdruck gebracht haben, schüren Sie Diskriminierung und Gewalt gegenüber den und dem scheinbar Fremden in diesem Land.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos]: Wen meinen Sie?)

Sie sind die Spalter dieser Gesellschaft; Sie spalten ja sogar sich selbst. Eines haben Sie gezeigt: Menschen wie Sie können diese Gesellschaft nicht zusammenhalten.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos]: Alle!)

Teilhabe ist die Voraussetzung für das Gelingen von Integration. Der Ausschluss ist ein Hindernis dafür. Wir, die grün-schwarze Regierung – Kollege Lasotta hat den Koalitionsvertrag angesprochen – –

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Welchen?)

– Ihr seid ja lustig.

(Heiterkeit)

(Minister Manfred Lucha)

Im Übrigen darf ich sagen: Oft haben wir in den letzten fünf Jahren gemeinsam – auch damals Regierung und Opposition; ich schließe ausdrücklich die Kolleginnen und Kollegen der Vorgängerregierung ein – an diesen Punkten gearbeitet. Das ist ein mehrjähriger Prozess. Herr Lasotta, Sie waren viele Jahre als fachpolitischer Sprecher sehr aktiv auch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen daran beteiligt. Wir, die Regierung, steuern der Kategorisierung und dem Vorurteil entgegen, indem wir z. B. den Wind der enormen Hilfsbereitschaft der Bevölkerung für die Flüchtlinge nutzen, indem wir zwischen Flüchtlingen und Einheimischen Kontakte auf Augenhöhe fördern und Begegnungen initiieren.

Wir tun dies gegen Rechtspopulisten und „Pegida“, die fremdenfeindliche Gewalt fördern, indem sie z. B. Flüchtlinge als Bedrohung bezeichnen, indem sie negative Emotionen schüren und die Konflikte um Ressourcen betonen. Wir informieren objektiv.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Stefan Herre [fraktionslos]: Das glauben Sie selbst nicht!)

Wir geben den Flüchtlingen in den Kommunen durch die Organisation von Dialogen ein Forum. Wir reduzieren mit dem Flüchtlingsaufnahmegesetz und der Begünstigung schneller Verfahren den langen Aufenthalt in großen Gemeinschaftsunterkünften. Wir werden mit dem Pakt mit den Kommunen sowie unserer Wohnungsbauförderung die Integration fördern, und wir steigern die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung. Wir installieren Flüchtlings- und Integrationsbeauftragte sowie Streetworker, und – jawohl, lieber Kollege Lasotta – wir haben von Baden-Württemberg aus das Integrationsgesetz mitgestaltet, haben wichtige Punkte im Zugang zum Arbeitsmarkt für junge Menschen deutlich mitbilden können, weil wir uns dieser Aufgabe bewusst sind.

Aber wir sind nicht naiv. Wir fordern von den Flüchtlingen die Akzeptanz der deutschen Gesetze und unserer Werte, und wir sanktionieren Übertretungen. Aber wir fördern Migrantinnen und Migranten bei der Bildung. Wir beziehen sie in Polizei, Feuerwehr und Vereine ein. Wir wollen keine Assimilation, sondern versetzen sie mit unserer Politik der gesellschaftlichen Stabilität in die Lage, gemeinsam neue Kulturstandards zu entwickeln. Wir bieten klare Lösungen an und keine Angst. Wir bieten Hilfe an bei Spracherwerb, Bildung und Arbeit und sind gegen Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wir machen mit unserer Haushaltspolitik klar, dass die Aufnahme von Menschen in Not nicht mit Einschränkungen für andere verbunden ist. Im Gegenteil: Wir wissen, dass uns vor allem auch die jungen Menschen, die zu uns kommen, hinsichtlich der Rentenstabilität, bei der Beseitigung des Arbeitskräfte- und Fachkräftemangels sowie der Aufrechterhaltung der dörflichen Infrastruktur helfen können und helfen werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos])

Die Spaltung von rechts schadet unserem Land. Wenn z. B. der „Meuthen-Freund“ Gauland die Flüchtlingskrise als Geschenk ansieht, weil diese einen Keil in die Gesellschaft trei-

ben könnte, dann wissen wir, wes Geistes Kind solche Menschen sind.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist ja Verleumdung, was Sie machen!)

Wer Hass sät, wer Sündenböcke sucht, wer verbale Aggression auslebt und Aggression toleriert,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das tun Sie gerade! Das tun Sie gerade!)

wer Gewalt kleinredet und wer spaltet und ausgrenzt, der erzeugt Gegenaggression und Gegengewalt. Seit Wochen schon sind wir an diesem Platz Zeugen Ihrer unterirdischen, meines Erachtens häufig strafbewehrten Zwischenrufe, die vollständig frei von Respekt und Akzeptanz dem Hohen Haus gegenüber sind.

(Beifall bei den Grünen sowie Abgeordneten der CDU, der SPD und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Stefan Rappke AfD)

Wir folgen der Erkenntnis, dass wir präventiv viel vermeiden können, indem wir eben nicht scharfmachen, wie Rechtspopulisten es tun, indem wir z. B. die Teilhabe an Bildung fördern. Im letzten Jahr haben 30 000 Menschen Kurse des Landes Baden-Württemberg und Kurse, die zusammen mit dem BAMF angeboten wurden, besucht und ein enorm gutes Sprachniveau erreicht.

Wir haben die Teilhabe am Arbeitsleben mit dem Programm „Chancen gestalten“ gefördert, und wir fördern die Teilhabe am konkreten Lebensumfeld z. B. durch Flüchtlings- und Integrationsbeauftragte, indem wir die Teilhabe an öffentlicher Verwaltung und in Vereinen fördern. Wir haben Fortbildungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz für über 5 000 Beschäftigte der öffentlichen Verwaltung angeboten, die gern und intensiv wahrgenommen werden.

Indem wir jetzt gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt für Integration schließen und wir alle Kenntnisse der Gemeinwesenarbeit, der Beteiligungspolitik einfließen lassen, zeigen wir, dass Baden-Württemberg ein modernes, humanistisches, solidarisches Land ist, in dem Hass, Ausgrenzung und die Suche nach Sündenböcken keinen Platz haben. Ich denke, mit dieser Politik werden wir gemeinsam die nächsten fünf Jahre Gutes leisten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: In der zweiten Runde erteile ich das Wort für die Fraktion der AfD Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Danke schön. – Ja, Herr Minister, ich danke wieder einmal für die Märchenstunde – wieder einmal.

(Zurufe: Lauter! – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Leiser!)

(Dr. Heiner Merz)

Herr Minister, ich danke für die Märchenstunde, die Sie uns wieder einmal erteilt haben.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Zu den Fragen und den Punkten der Kollegen hier: Die linke Ecke vereinfacht mal wieder grob. Die ganze Problematik auf einfache Schlagworte zu reduzieren ist polemisch. Das Problem ist vielfältiger und differenzierter, und es gibt nicht nur Gut und Böse. Man muss das Ganze differenziert betrachten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Dann mal zu den Vorschlägen!)

Das Nächste ist die Unverschämtheit, die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg – all diese Menschen, die vertrieben wurden, die zigtausend Menschen, die dabei ihr Leben verloren oder zu uns hier nach Westdeutschland flüchteten – mit diesen Migranten, die aus den vielfältigsten Gründen hier in unser Land streben, komplett zu vergleichen.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Es wird immer wieder dieser Vergleich gezogen, und es wird nicht differenziert. Viele der Migranten, die zu uns streben, sind auch Kriegsflüchtlinge – das ist klar –, die Mehrzahl kommt jedoch aus wirtschaftlichen Gründen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Weiter: Wenn Attentate oder Massaker, die ein zu uns Geflüchteter hier verübt, damit entschuldigt werden, dieser sei traumatisiert, weil er ja vorher Gewalt erlebt hätte, lasse ich das nicht gelten.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Denn was ist mit den Opfern? Viele unserer Eltern gehören zur Nachkriegsgeneration. Viele unserer Eltern haben auch Gewalt erlebt, und sie haben trotzdem keine Massaker verübt.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

80 % der Migranten, die zu uns kommen, sind Männer im besten Alter, und sie sind auch oft nicht in Not. Wir überlegen uns aber nicht: Sind denn in diesen Herkunftsländern die Frauen sicher? Wieso flüchten eigentlich nur die Männer zu uns? Das sollte man sich einmal überlegen, um dann die Frage zu beantworten, wie Integration – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was ist Ihre Antwort darauf? Beantworten Sie es doch!)

– Es sind meist junge Männer, die teilweise zu Hause kein Glück gefunden haben und die dann ihr Glück bei uns suchen, hier ihre Hoffnungen haben – natürlich berechtigt, denn jedes Individuum, jeder sucht sein Glück – und dann eventuell Familien und Freunde nachholen und zusammenführen möchten. Das ist meine Antwort.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Also, es sind nicht Kriegsflüchtlinge. Es sind Menschen, die ihre Motivation haben, was individuell auch nicht zu verurteilen ist, aber es sind nicht Kriegsflüchtlinge.

Und jetzt meine Antwort zur Integration. Die Integration geht am besten über Arbeit, wenn die Leute etwas zu tun haben, wenn sie einen Sinn in ihrem Leben sehen. An der Arbeitsstelle haben sie Kollegen, haben sie hoffentlich ein Erfolgserlebnis. Sie sind beschäftigt, sie sitzen nicht herum. Die Antwort unserer Regierung ist immer wieder: Kurse, Kurse, Kurse. Was nützen denn Kurse, wenn die Leute danach arbeitslos sind?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ich möchte noch kurz sagen: Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Es hat vielleicht keinen Sinn, irgendwelche Migranten auf Kurse zu schicken. Denn wenn man ein gewisses Alter hat und dann zuerst die Sprache lernen muss, kann es sein, dass auch eine Berufsausbildung nicht mehr sinnvoll verwendbar ist.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Merz, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Abg. Lede Abal.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wir haben gerade gehört, dass die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg mit den damaligen Flüchtlingen mit der heutigen Situation nicht vergleichbar sei. Also, da erzählen mir Leute, die damals beispielsweise hier in der Region Stuttgart in rein protestantischen Gemeinden gewohnt haben, ganz andere Dinge, als nämlich Flüchtlinge aus dem katholischen Osten kamen und sich dann erstmals Katholiken in diesen Gemeinden befunden haben. Gucken Sie gerade hier in der Region einmal ein bisschen in die Gemeindegeschichte hinein.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie kriegen das nicht zusammen! Das ist mir schon klar! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Da gab es sehr wohl ganz erhebliche Konflikte,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Mord und Totschlag!)

und es ist auch damals genauso eine Frage der Integration gewesen.

(Beifall bei den Grünen)

Darüber hinaus haben wir gehört, dass 80 % der Flüchtlinge Männer seien. Ich meine, da schauen Sie besser noch einmal nach. Denn ich glaube, Sie meinen damit eine bestimmte Altersgruppe. Das Verhältnis ist ungefähr 2 : 1. Das können Sie gern noch einmal nachschauen.

(Daniel Andreas Lede Abal)

Das, was Sie meinen, ist die Altersgruppe – ich habe es gerade nochmals nachgeschaut – der 16- bis 18-jährigen minderjährigen Flüchtlinge. Da beträgt der Anteil der männlichen Flüchtlinge tatsächlich ungefähr 80 %; der der weiblichen Flüchtlinge liegt bei 20 %. Aber ansonsten stimmt die Zahl einfach nicht, die Sie hier von sich geben.

Sie haben auch in der ersten Runde noch etwas ganz Interessantes gesagt, nämlich dass die Erdogan-Gefolgschaft hier eine Gefahr für die innere Sicherheit sei. Ich würde in Zweifel ziehen, dass man das in dieser Form sagen kann. Das haben Sie so dargestellt, Herr Merz. Was mich in dieser Frage doch sehr erstaunt hat – das sind Punkte, bei denen ich ganz erhebliche Zweifel an Ihrer Partei bekomme –, war, dass ich z. B. auf Twitter gelesen habe, dass ein Mitglied Ihres Landesvorstands den Militärputsch in der Türkei ausdrücklich begrüßt hat.

Ich finde auch – das zeigt auch, welche Hasardeure Sie auf außenpolitischem Gebiet eigentlich sind –, dass die Freundschaft mit Russland, die explizite Freundschaft mit Putin, die Sie anstreben, neuerdings dadurch gekrönt wird, dass Putin ganz explizit die Nähe zu Erdogan bzw. – andersherum – Erdogan die Nähe zu Putin sucht, den Sie ja massiv kritisieren und für dessen –

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Hetzen Sie jetzt gegen Russland?)

– Nein. Ich bin überhaupt nicht gegen Russland. Ich stelle nur fest, dass das, was Sie hier an außenpolitischen Zielsetzungen „verkaufen“, nämlich einerseits Erdogan zu kritisieren und gleichzeitig die Nähe zu Putin zu suchen, in keiner Weise konsistent ist.

Ich möchte auch noch auf das zurückkommen, was Herr Meuthen angesprochen hat. Herr Meuthen hat hier verschiedene Gruppen verglichen und die angeblich fehlende Bereitschaft dargestellt. Ich glaube, dass man es sich mit einem Parforceritt über verschiedene europäische Gesellschaften nicht so einfach machen kann, weil es für den Integrationserfolg auch ganz erheblich darauf ankommt, wie lange sich diese Gruppen in diesen Gesellschaften befunden haben. Denn das ist natürlich auch entscheidend für den Weg, den die Integration nimmt, und für die Dauer der Integration. Da ist die Dauer des Aufenthalts die ganz wesentliche Frage.

Ich möchte aber auch noch einmal – ich habe es vorhin schon angesprochen – die Frage der Radikalisierung ansprechen, auch weil das jetzt hier in der Diskussion noch einmal vorkam. Die Radikalisierung lässt sich so einfach eben nicht darstellen. Es lohnt sich da schon, die verschiedenen Taten in dieser Hinsicht noch einmal genau anzuschauen, wenn man daraus Schlüsse ziehen möchte.

Jetzt wissen wir in der Tat noch nicht allzu viel über diese Taten. Aber wir wissen z. B. über den Täter von Nizza, dass er beruflich und privat in Schwierigkeiten war, dass er in einem Milieu der Kleinkriminalität verwurzelt war – zumindest legen das die Berichte aus Frankreich nahe –, dass er lange Zeit nicht religiös, auch nicht erkennbar religiös war, aber offensichtlich psychische Probleme hatte.

Warum es dann in der Folge zu einem Amoklauf kommt, der in irgendeiner Form auch noch islamistisch verbrämt wird,

das ist die entscheidende Frage, über die wir uns kundig machen müssen und bei der wir auch wirklich zu Antworten kommen sollten, die uns in der Frage der Sicherheit weiterhelfen.

Ich glaube auch, dass dies die entscheidende Frage ist, wenn wir bei der Tat in Würzburg – die ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling verübt hat, der eigentlich in relativ stabile Verhältnisse eingebunden war, der auch durch soziale Dienste umsorgt wurde, der sogar in eine Pflegefamilie eingebunden war, der auch eine Ausbildungsstelle in Aussicht gestellt bekommen hatte – überlegen, was bei dieser Person diese Handlung ausgelöst hat. Ich glaube, wenn wir da sorgfältig schauen, dann können wir auch entsprechende Antworten darauf finden, wie wir solche Taten vermeiden können.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Herr Abg. Dr. Merz, es ist schon aberwitzig, wenn Sie hier mir oder – wie Sie sagen – der „linken Ecke“ vorwerfen, dass wir die Gewalttaten mit der eigenen Traumatisierung der Täter entschuldigen würden. Genau das Gegenteil habe ich gemacht. Ich habe deutlich gemacht, dass bei uns eine Nulltoleranzstrategie gegen Terror und Gewalt gilt. Ich habe deutlich gemacht, dass wir großen Wert darauf legen, die innere Sicherheit zu verbessern und Risiken zu minimieren. Nichtsdestotrotz können wir die Risiken nicht ganz ausschalten.

Ich habe aber auch darauf aufmerksam gemacht – das mache ich jetzt noch mal –, dass jemand, der mit einem Beil und einem Messer durch ein Zugabteil läuft und Menschen niedermetzelt, oder jemand, der mit einem Lastwagen in eine Menschenmenge rast, oder jemand – ich ergänze –, der ein Flugzeug von Germanwings zum Absturz bringt,

(Zuruf: Ja, genau!)

oder jemand, der mit einer Schusswaffe durch eine Schule läuft und wahllos auf Schülerinnen und Schüler und auf Lehrer schießt, eine kranke Seele hat und psychisch krank ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Offensichtlich ist die IS-Propaganda ein Ventil oder ein Beschleuniger, um solche kranken Menschen in Richtung Gewalt zu steuern.

Deshalb gilt für uns: genau hinschauen, das Problem in seiner Vielschichtigkeit betrachten. Repression und Prävention sind zwei Seiten einer Medaille. Das ist für uns wichtig, und darum geht es.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der Grünen und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt darf ich Herrn Abg. Dr. Lasotta für die CDU-Fraktion ans Rednerpult bitten.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich bitte um Entschuldigung. Nach der vorgesehenen Reihenfolge wäre Herr Abg. Dr. Lasotta schon vorher an der Reihe gewesen, aber Herr Abg. Hinderer stand schon am Rednerpult. Herr Abg. Dr. Lasotta, ich bitte um Verzeihung.

In Zukunft rufe ich die Rednerinnen und Redner auf. Ich bitte Sie, nicht aufzustehen, bevor Sie an der Reihe sind. Das irritiert manchmal. – Danke.

(Abg. Winfried Mack CDU: In kleinen Dingen sind wir großzügig! – Weitere Zurufe)

Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Frau Präsidentin, das ist überhaupt nicht schlimm, weil ich mir auch gar nicht sicher bin, ob die von der AfD beantragte Debatte überhaupt etwas bringt.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Es werden einfach zu viele Punkte miteinander vermischt. Sie von der AfD legen selbst auch kein klares Arbeitsprogramm vor. Es fallen Aussagen, wonach unser Land in einer Katastrophe ende. Das alles wird den Gegebenheiten überhaupt nicht gerecht.

Natürlich gilt: null Toleranz bei Gewalt. Natürlich bekämpfen wir den Hass und die Radikalisierung – das macht uns doch allen Sorgen – in dieser Gesellschaft, und zwar in allen möglichen Gruppen dieser Gesellschaft, nicht nur auf Muslime bezogen. Natürlich gelten bei uns Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Gewaltenteilung.

(Zuruf von der AfD: Gewaltenteilung!)

Deswegen ist doch Baden-Württemberg, ist Deutschland so attraktiv: weil das in anderen Ländern eben nicht geachtet wird.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Unsere Grundsätze sind Humanität und Toleranz. Wir wollen unsere Freiheit erhalten. In diesem Spannungsbogen muss man das Thema Integration diskutieren.

Aber dem wird mit man dem Grundtenor der Debatte, dass im Grunde genommen die Muslime jetzt an der Situation schuld seien und sie die größte Gefahr darstellten, in keinster Weise gerecht.

Schauen Sie sich einmal die Zahlen an, wer alles nach Deutschland und Baden-Württemberg kommt. Selbst ohne die Flüchtlinge haben wir einen Bevölkerungszuwachs von über 100 000. Die Wahrheit ist, die Zuwanderung nach Deutschland und Baden-Württemberg ist katholisch:

(Beifall der Abg. Daniel Andreas Lede Abal und Thekla Walker GRÜNE)

Polen, Italien, Spanien, Kroatien. Schauen Sie sich die Zahlen an. Unser Arbeitsmarkt hungert nach Menschen, die in diesem Land arbeiten, die sich gut integrieren.

(Zuruf von den Grünen: So sieht es aus! – Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das tun sie ja auch!)

Deswegen müssen wir doch die positiven Ansätze der Integration nach vorn stellen. Und wenn es Probleme gibt, müssen wir mehr für die Integration machen und dürfen nicht bestimmte Gruppen ausgrenzen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Im Grunde genommen hat die Debatte nur einen Sinn: Sie offenbart nämlich das Menschenbild von Ihnen. Sie gehen nicht empathisch auf die Menschen zu, die zu uns kommen.

(Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Sie argumentieren nicht mit Vernunft, sondern Sie appellieren an irgendwelche dumpfen Gefühle. Ich will nichts verarmen. Wir alle finden es schlimm, wenn Gewalttaten passieren. Wirklich, hier hat niemand verharmlost. Aber Sie dürfen solche Taten nicht politisch instrumentalisieren, um in der Bevölkerung eine Stimmung zu erzeugen, als ob unsere Gesellschaft aus dem Ruder laufen würde. Das ist unehrlich, und das ist populistisch. So macht man keine Politik in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU, den Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Wir wollen diejenigen, die zu uns kommen, fit machen: Sprache, Ausbildung, Kurse, Arbeitsmarkt. Egal, wie lange sie hierbleiben, wir wollen ihnen Kompetenzen geben, damit sie sich in die Gesellschaft integrieren oder damit diejenigen, die wieder in ihre Heimatländer zurückgehen, wenn ein Krieg beendet ist, Kompetenzen haben, um ihre Länder aufzubauen. Wir hatten da auch mit den Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien eine Blaupause.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen glaube ich, dass wir diese positiven Punkte in den Vordergrund stellen sollten. Deswegen haben Sie mit Ihren Debattenbeiträgen leider versagt, weil Sie keine positiven Ansatzpunkte für die Weitergestaltung in unserer Gesellschaft geliefert haben.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erlaube ich Herrn Abg. Keck das Wort.

Abg. Jürgen Keck FDP/DVP: Ich kann den Worten des Herrn Lasotta eigentlich nur noch hinzufügen: Er hat recht.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Sie nutzen die begründeten Sorgen, Ängste und Nöte aufgrund der furchtbaren Anschläge, die von furchtbaren Menschen, aber nicht von gläubigen Menschen verübt werden, deren Religion der Islam oder eine andere Religion ist, sondern die Hasspredigern zum Opfer gefallen sind und sich ihnen angeschlossen haben. Genauso sind Sie als Rattenfänger für Ihre Dinge unterwegs, und das finde ich furchtbar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Schämen Sie sich für solche Ausdrücke!)

(Jürgen Keck)

Bringen Sie tatsächlich konstruktive Vorschläge, wie die Integration gelingen kann, statt mit dem Finger auf andere zu zeigen und nur Ängste und Sorgen zu verbreiten.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für den Zusammenschluss der fraktionslosen Abgeordneten erteile ich Herrn Abg. Dr. Fiechtner das Wort.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Schöne Reden am Anfang nach einem solchen Ereignis, und die Sequenz dieser Reden häuft sich und wird immer kürzer. Ich bin fasziniert über die Augenwischerei und über das Wegdrehen von den eigentlichen Fakten.

Ich möchte auch daran erinnern, dass heute vor 72 Jahren die „Operation Walküre“ stattfand. Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Mannen, ein Held hier aus Stuttgart, Eugen Bolz, haben sich gegen ein totalitäres Regime gestellt, weil sie sich gegen jede Form von Extremismus wehren wollten. Und das ist auch unsere Aufgabe.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Der Terror verändert sich. Gerade das Attentat in Nizza hat gezeigt, dass der Prozess der Radikalisierung immer schneller voranschreitet.

Es benötigt mittlerweile nur wenige Tage, um Menschen zu rekrutieren und zu solchen Tötungsmaschinen zu machen. Ist es die gescheiterte Integration? Nicht nur. Schließlich waren unter den Attentätern auch hoch gebildete Menschen, die mitten im Leben standen und erfolgreich waren. Auch die Anzahl der Konvertiten unter den Attentätern nimmt in den letzten Jahren immer weiter zu.

Hier ist es ein Versagen von Herrn Lucha, Frau Merkel und Herrn Hinderer, die mittelbar an solchen Aktionen ja mitbeteiligt waren.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Geht's eigentlich noch?)

Cem Özdemir kündigte in einem Gespräch mit dem SWR bereits eine neue Flüchtlingswelle von verfolgten Türken an. Interessant ist der Beitrag des SPD-Kollegen, der von einem „misslungenen Putsch“ sprach, von angeblichen Demokraten, die diesen Putsch verhindert hätten. Was für einen Blick haben Sie denn eigentlich? Es war ein Großputsch des Diktators Erdogan.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD)

Ich bin hier in Stuttgart oft auf der Uhlandshöhe nahe dem türkischen Konsulat. Wissen Sie, was für Unruhen dort am vergangenen Sonntag stattgefunden haben? Auch an anderen Orten eskalierte die Situation.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Die Vergangenheit hat gezeigt, welche inneren Konflikte selbst hier in Deutschland brodeln.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Denken wir zurück an die Ausschreitungen im April und Mai bei kurdischen und türkischen Demonstrationen. Es ist wichtig, dass wir diese Konflikte aus der Türkei nicht nach Deutschland importieren.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Spannend finde ich auch den von der CDU vorgetragenen Gedanken: Innertürkische Konflikte haben keinen Platz auf deutschen Straßen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

So schnell wird die AfD also rechts überholt. Respekt!

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: A wa! Es kommt doch nicht von der AfD!)

Bezeichnend finde ich aber auch die Ehrlichkeit, mit der Kinderfreund Cohn-Bendit

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Ah nee!)

klar aufzeigt, dass er 1 % der Flüchtlinge für Terroristen hält. Bei über 1 Million Flüchtlingen allein im Jahr 2015 ergibt sich daraus eine erschreckende Zahl. Ich rechne es Ihnen einmal vor – mit Mathe haben Sie es ja nicht so –: Das wären über 10 000 Terroristen.

(Heiterkeit und Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist unglaublich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade den gut integrierten Migranten in unserem Land gegenüber ...

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... sind wir es schuldig, dass wir die Menschen in Deutschland schnell und gut integrieren.

(Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss. Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja. – Und wenn wir über die Unruhen in der Türkei sprechen – –

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die Mikrofone sind gut eingestellt! Man muss nicht schreien!)

Präsidentin Muhterem Aras: Letzter Satz, bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja. – Wenn wir über die Unruhen in der Türkei sprechen, muss auch eines ganz klar gesagt werden: Wir müssen unsere Bundeswehrosoldaten aus diesem Krisengebiet holen, und zwar sofort.

(Dr. Heinrich Fiechter)

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Aber Sie sind nicht im Bundestag, dass Sie das mitentscheiden könnten! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechter [fraktionslos]: Wir können etwas dazu beitragen, Herr Lasotta!)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Gedeon. – Sie haben zwei Minuten Redezeit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Der geistige Führer!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Dass Sie selbst islamistische Terrorakte in Attacken gegen die AfD ummünzen, ist nicht nur trostlos, das ist verantwortungslos.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was ist das?)

Der Islam als Ursache für die Terroranschläge? Ich sage Nein. Ich präzisiere: Es sind zwar alle Terror Täter Moslems, aber dennoch ist die Ursache bei uns nicht der Islam, sondern die islamische Parallelgesellschaft. Die islamische Parallelgesellschaft ist das trübe Gewässer, in dem die terroristischen Fische schwimmen können.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Es ist die verantwortungslose Politik der schwarz-rot-grünen Einheitspartei der letzten Jahrzehnte,

(Vereinzelt Lachen – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Jetzt sind Sie wieder beim Maoismus! – Gegenruf des Abg. Winfried Mack CDU: Da kennt er sich aus!)

die dafür verantwortlich ist, dass diese Parallelgesellschaften in derart üppiger Weise gediehen sind und jetzt als drohendes Potenzial, als Damoklesschwert über uns hängen.

Es ist also das Gebot der Stunde, diese trüben Gewässer, diese Parallelgesellschaften trocken zulegen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Trübe Gewässer sind Ihre Besonderheit!)

Das ist unsere Aufgabe, meine Damen und Herren. Und das geschieht nicht in erster Linie durch Integration, durch Sprachkurse und diverse Sonntagsreden.

Das wichtige Wort „Abschiebung“ ist heute viel zu kurz gekommen. Ein ganz großer Teil der Leute sind hier nicht bleiberechtigt. Es geht darum, diese endlich abzuschicken. Das Gebot der Stunde ist für uns alle hier und nicht zuletzt für die Regierung, ein konkretes Abschiebungsprogramm vorzulegen und darin festzulegen, wie viele Leute wir in welcher Zeit – möglichst schnell – nach Hause schicken können, um die terroristische Gefahr auch damit einzugrenzen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das ist das, was ich jetzt von der Regierung fordere.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD – Abg. Beate Böhlen und Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Beifall bei der AfD! – Gegenruf von der AfD: Von euch ist ja keiner mehr da!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Missachtung des Parlaments beenden – grün-schwarze Geheimabsprachen zum Haushalt müssen auf den Tisch des Hauses – beantragt von der Fraktion der SPD

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 60 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion und zehn Minuten für den Zusammenschluss der fraktionslosen Abgeordneten zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Schließlich darf ich auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Stoch das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Heute Morgen debattieren wir im Landtag über Fragen der demokratischen Kultur und des Miteinanders.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich kann es Ihnen nicht ersparen. Ich möchte mit zwei Zitaten aus dem Koalitionsvertrag beginnen. Wir finden darin Formulierungen wie die auf Seite 7: Sie wollen – Zitat –

... staatliches Handeln so bürgernah und transparent wie möglich gestalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Das stimmt!)

Oder ich zitiere von Seite 67 des Koalitionsvertrags:

Bürgerinnen und Bürger sollen früh, offen, umfassend und verständlich informiert und in die Willensbildung mit einbezogen werden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Seit Samstag wissen wir, dass die Worte, die hier geschrieben sind, das Papier nicht wert sind, auf dem sie stehen.

(Beifall bei der SPD, der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Winfried Mack CDU: Beifall bei der AfD!)

(Andreas Stoch)

Wir haben in den vergangenen Wochen und Monaten hier in Baden-Württemberg eine Regierungsbildung zwischen zwei Partnern miterlebt, die in der Vergangenheit zugegebenermaßen politische Gegner waren. Wir haben auch mitbekommen, dass die Regierungsbildung nicht ganz reibungsfrei verlaufen ist. Das hat damit zu tun, dass teilweise bei den Partnern der derzeitigen Regierung Türen geknallt haben und manche Menschen nach Hause gefahren sind und sich von diesem Projekt verabschieden wollten. Das hat aber insbesondere auch damit zu tun, dass Inhalte offensichtlich nicht sehr konkretisiert werden können, wenn die Partner inhaltlich so viel trennt. Deswegen haben wir alle den Koalitionsvertrag – mit fast 140 Seiten ist das der längste in der Geschichte Baden-Württembergs – gelesen und haben uns gewundert: viele Seiten, viele Worte, wenig Inhalt.

Seit letztem Samstag wissen wir, warum das so ist.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das Ganze wird dann zu einem Problem, wenn bestimmte Projekte, die sich die Partner möglicherweise vorgenommen haben – das lässt wenigstens der Koalitionsvertrag erwarten –, nicht mit Beträgen konkretisiert sind.

Wir wissen nun, dass es neben dem Koalitionsvertrag ein Papier gibt, das in der Aufmachung und hinsichtlich der Unterzeichner dem Koalitionsvertrag entspricht, nämlich eine Vereinbarung, die offensichtlich nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Das ist das Gegenteil von Offenheit und Transparenz. Das ist das Gegenteil von demokratischer Kultur, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD, Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben überhaupt nicht über das Geld geredet!)

Dann fragt man sich natürlich – auch Sie, Herr Kollege Röhm, sollten sich das fragen –: Warum tut man so etwas?

(Unruhe)

Wir alle haben erwartet, dass möglicherweise Nebenabreden bestehen, die z. B. – ich zitiere Herrn Kollegen Strobl – eine „Liste der Grausamkeiten“ oder „Folterwerkzeuge“ darstellen. Was sind die Pläne, wenn es um Streichungen geht?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Aber nein, wenn wir uns die Nebenabrede, die Geheimabsprache anschauen, stellen wir fest: Genau das Gegenteil ist der Fall. In der Nebenabrede sind 43 Projekte aufgelistet, die mit einem Betrag unterlegt sind. Offensichtlich haben sich die Unterzeichner dieser Vereinbarung darauf verständigt, bestimmte Projekte umzusetzen. Das, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist nicht verwerflich.

Problematisch wird das Ganze dann, wenn man der Öffentlichkeit und den eigenen Parteien etwas anderes vortäuscht.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau!)

Dann ist das eine Täuschung des Wählers und der eigenen Parteimitglieder.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Worin besteht nun die Täuschung? Die Täuschung besteht darin, dass man sich im Koalitionsvertrag das Mäntelchen des Haushaltskonsolidierers anzieht, dass man sich das Mäntelchen derer anzieht, die darauf achten müssen, dass der Haushalt in Ordnung kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU – bei den Grünen fällt es ohnehin schwer, dass sie das glaubwürdig tun –, wenn Sie zukünftig über die angeblich schwierige Finanzlage sprechen, sich aber gleichzeitig einen Forderungskatalog im Umfang von 2 Milliarden € genehmigen, dann sind auch Sie in den kommenden Aussagen unglaubwürdig, wenn Sie von einer schlechten Haushaltslage reden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn Sie oben über diese „Wünsch dir was“-Liste ganz dick schreiben: „Für diese Projekte gilt der Haushaltsvorbehalt nicht“, dann ist das exakt das Gegenteil von dem, was Sie im Koalitionsvertrag schreiben.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Eben!)

Dort steht nämlich explizit:

Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Das ist ein Witz!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor allem Herr Ministerpräsident, das ist eine Täuschung der Öffentlichkeit. Die können wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Wenn wir uns dann einmal das Schauspiel, das uns die Regierung in den letzten Wochen geboten hat, betrachten – es war ja wenig Inhalt –, dann stellen wir fest, dass z. B. der Justizminister kraftvolle Reden hält, er werde um zusätzliches Personal für die Justiz kämpfen.

(Zuruf von der SPD: Ringen!)

Er will 200 zusätzliche Stellen für die Justiz. Lieber Herr Wolf, da können Sie die Ärmel wieder herunterkrepeln. Wenn Sie sich die 200 Stellen schon selbst genehmigt haben, dann brauchen Sie uns nicht ein solch unwürdiges Schauspiel zu liefern, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Oder gehen wir einmal von den finanziellen Leistungen weg. Gehen wir in die Inhalte. Da steht auch etwas zum Bildungszeitgesetz, und zwar nicht etwas, was nur eine Konkretisie-

(Andreas Stoch)

rung darstellt, Herr Ministerpräsident. Denn Nebenabreden, die gewisse Konkretisierungen darstellen, sind aus meiner Sicht durchaus legitim. Wenn Sie aber beim Bildungszeitgesetz etwas vorgaukeln, was nicht der Realität entspricht, dann werden Sie unglaubwürdig.

Beim Thema Bildungszeitgesetz geht es nicht darum, dass dieses Gesetz, wie im Koalitionsvertrag geschrieben, nach zwei Jahren evaluiert wird – völlig nachvollziehbar. Wenn Sie aber Ihre Wirtschaftsministerin durch das Land schicken und sie in ihrem ersten Interview – übrigens im Widerspruch zu dem, was sie bei der IG Metall erzählt hat – verlautbaren lässt, dass das Bildungszeitgesetz so, wie es ist, auf gar keinen Fall bleiben kann, dann werden Sie unglaubwürdig, wenn Sie in den Nebenabreden schon eine Regelung getroffen haben, in der Sie klar und deutlich sagen, wie Sie gedenken, mit dem Bildungszeitgesetz umzugehen.

So geht man nicht mit den Menschen in Baden-Württemberg um. So geht man nicht mit den Gewerkschaften in Baden-Württemberg um.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Nur um einer gewissen Legendenbildung keinen Vorschub zu leisten: Nebenabreden gibt es immer. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn in einem Koalitionsvertrag bestimmte Dinge nicht im Detail durchgeregelt werden können, wenn es um Detailregelungen geht, die inhaltlich aber nicht im Widerspruch zum Koalitionsvertrag stehen, dann wird Ihnen daraus niemand einen Vorwurf machen.

Wenn Sie aber die Öffentlichkeit täuschen, wenn Sie auch die eigenen Parteimitglieder, die über diesen Koalitionsvertrag abgestimmt haben, täuschen,

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Völlig richtig! –
Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

dann täuschen Sie sie über die Grundlagen dieser Regierung, dann haben Sie sich die Zustimmung zu dieser Koalition – mit Verlaub – erschlichen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten –
Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr gut!)

Jetzt seien wir einmal offen zueinander. Wenn Sie in den nächsten Wochen und Monaten mit den Landesbediensteten – egal, ob mit dem DGB oder dem Beamtenbund – über Einsparbeiträge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst reden,

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist ein Witz!)

wenn Sie mit den Kommunen reden – Sie wollen ja für den nächsten Haushalt einen Einsparbetrag von 800 Millionen € erbringen und dazu auch die Kommunen, die Beamten, den öffentlichen Dienst heranziehen –, glauben Sie denn ernsthaft, dass Sie vor diesen Menschen noch glaubwürdig sind, wenn Sie sich selbst eine Liste über Mehrausgaben von 2 Milliarden € genehmigen, die ausdrücklich vom Haushaltsvorbehalt ausgenommen sind? Glauben Sie ehrlich, dass Sie die Interessen des Landes vertreten können, wenn es um Verhandlungen mit diesen Personen geht?

Ich würde es sehr gut verstehen, wenn sowohl die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als auch die Kommunen sagen: „Das ist kein ehrlicher Verhandlungspartner. So geht man nicht mit uns um.“ Glaubwürdigkeit ist etwas anderes als das, wofür diese Landesregierung steht, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Ich möchte diesen ersten Teil schließen mit einem Zitat – Herr Ministerpräsident, ich kann es Ihnen nicht ersparen – von Hannah Arendt

(Vereinzelte Heiterkeit)

aus ihrem Essay „Wahrheit und Politik“:

Bei näherem Zusehen jedoch zeigt sich erstaunlicherweise, dass man der Staatsräson jedes Prinzip und jede Tugend eher opfern kann als gerade Wahrheit und Wahrhaftigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Kollegin Walker.

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zusatzvereinbarungen zwischen Koalitionspartnern zu einem Koalitionsvertrag konkretisieren und priorisieren vereinbarte Projekte.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Täuschen!)

Sie sichern Verhandeltes ab und regeln die Zusammenarbeit so, dass die vereinbarten Ziele auch möglichst konfliktfrei erreicht werden können.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das ist schlicht und ergreifend der Grund für solche Vereinbarungen, und jeder, der schon einmal etwas verhandelt hat, weiß dies auch.

(Zurufe von der SPD)

Gerade in einer völlig neuen Regierungskonstellation, in der die Partner – und das haben Sie auch richtig gesagt – vorher erkennbar politische Gegner waren und so auch in den Wahlkampf gezogen sind, gerade für diese ist es sinnvoll, dies noch einmal entsprechend zu regeln. Voraussetzung ist natürlich, dass die ergänzenden Vereinbarungen nicht den Inhalten und dem Geist des Koalitionsvertrags widersprechen

(Zurufe von der SPD)

oder das Gegenteil von dem beinhalten, was im Koalitionsvertrag beschlossen wurde. Das tun die vereinbarten Nebenabreden nicht.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Andreas Stoch:
Nein!)

(Thekla Walker)

Auch das von Ihnen zitierte Beispiel kann dazu herangezogen werden, denn auch dort gilt der Evaluationsvorbehalt genauso in der Nebenabrede, so wie es auch im Vertrag besprochen wurde.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der SPD, u. a.
Abg. Andreas Stoch: Ganz schwach!)

Wir sprechen somit über ein internes Arbeitsdokument der Koalition, das den Koalitionsvertrag und die Zusammenarbeit dort konkretisiert, wo uns dies sinnvoll und notwendig erschien.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Wo sind die Ansprüche der Grünen geblieben? – Abg. Reinhold Gall SPD: Und von denen niemand weiß, wer es geschrieben hat!)

Es werden Kosten genauer geschätzt und Vorhaben als vorrangig definiert. Das ist schlicht sinnvoll und schafft Vertrauen und Verlässlichkeit

(Lachen bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD:
„Das schafft Vertrauen“! Genau!)

zwischen den Koalitionspartnern, da so verhindert wird, dass später unterschiedliche Interpretationen und Konflikte im Regierungshandeln entstehen können. Sie wissen alle, dass wir genügend Beispiele für Koalitionen haben, die sich die ganze Zeit nur streiten. Ob das gutes Regieren ist, möchte ich einmal dahingestellt sein lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Deshalb stehen diese Vereinbarungen auch nicht im Koalitionsvertrag.

Die Diskussion der vergangenen Tage um die angebliche Geheimniskrämerei

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

suggeriert eben Geheimnisse, wo keine sind, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bedaure dies ausdrücklich, denn darum geht es schlicht nicht.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so!)

Das kann man schon daran erkennen, dass wir nie bestritten haben, dass es solche Nebenabreden gibt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir, die Parteien von CDU und Grünen, haben schon – ich habe es extra noch einmal recherchiert – am 4. und am 10. Mai offen dargelegt: „Ja, es gibt diese Nebenabreden.“ Es wurde auch schon in verschiedenen Zeitungen ganz offen darüber berichtet.

(Zuruf: Ja, ja!)

Da habe ich noch nicht so viel Aufregung bei Ihnen gehört.

Auch inhaltlich sind viele der Konkretisierungen und Priorisierungen längst offen kommuniziert worden. Sie wurden beispielsweise in der Regierungserklärung unseres Ministerprä-

sidenten konkret angesprochen. Ich möchte hier nur einige nennen, die Sie da auch hören konnten: Wir wollen 500 Millionen € in Straße, Schiene, Hochschule und Hochbau investieren, über 300 Millionen € wollen wir in die Digitalisierung investieren, wir wollen Sprachbegleitung, Sprachförderung in Kitas, Schulen, Familienzentren und Bildungshäusern weiterführen. Dies wurde hier alles offen genannt. Zum Teil wurden auch die Summen genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD)

Wenn Sie die Liste anschauen, Herr Stoch, finden Sie insbesondere auch Punkte in der Bildungspolitik, die längst bekannt und angekündigt worden sind.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Diese sollen jetzt auch finanziert werden: die Erhöhung der Stundentafel für die Grundschulen, die Vertiefungsstunden oder die von Ihnen auch zu Recht geforderte Weiter- und Fortbildung für die Werkrealschullehrer. Von Geheimnissen kann also überhaupt keine Rede sein.

Natürlich kann man sich als Opposition über die Nebenabreden trefflich ärgern, vor allem wenn man kein Interesse hat, dass diese Regierung konflikt- und reibungsarm regiert.

Koalitionsverhandlungen und die dort verwendeten Dokumente sind nicht öffentlich. Das hat nichts mit Intransparenz zu tun, sondern ist die Voraussetzung dafür, dass verhandelt werden kann, dass gute Kompromisse eingegangen werden können und dass ein fairer Interessenausgleich stattfindet. Damit der Vorwurf der angeblich so geheimen Absprachen aber nicht weiter verfangt, haben wir uns Anfang dieser Woche entschlossen, diese Nebenabreden zu veröffentlichen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ganz freiwillig! – Heiterkeit)

Denn uns ging es nicht um politische Geheimniskrämerei, sondern um eine ergänzende Absicherung des Vereinbarten,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Dann haben wir es jetzt verstanden!)

um Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit auf Koalitionsebene.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Nun zum Vorwurf der SPD, das Parlament werde missachtet. Da würde ich uns allen raten, einmal die Kirche im Dorf zu lassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gehen Sie lieber nicht mehr in die Kirche!)

Ein Koalitionsvertrag und ergänzende Vereinbarungen sind Verträge zwischen Parteien. Das wissen Sie alle.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie werden nicht im Parlament von Fraktionen, sondern zwischen Parteien geschlossen. Erst nach Abschluss dieses Vertrags beginnt die parlamentarische Arbeit und die Arbeit der

(Thekla Walker)

vom Parlament bestätigten Regierung. Nichts, was im Koalitionsvertrag den Kompetenzbereich des Parlaments betrifft, kann am Parlament vorbei beschlossen oder umgesetzt werden. Das gilt natürlich auch und zuallererst für den Haushalt. Weder ein Koalitionsvertrag noch irgendwelche Nebenabreden nehmen Haushaltsberatungen vorweg oder hebeln das Haushaltsrecht des Parlaments oder normale demokratische Verfahren aus.

(Zurufe der Abg. Reinhold Gall und Sascha Binder SPD)

Die finden selbstverständlich statt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Es handelt sich, liebe Kolleginnen und Kollegen, um politische Willensbekundungen und politische Ziele, deren Umsetzung wir uns vorgenommen haben und die so auch alle im Koalitionsvertrag benannt sind. Wir kümmern uns eben zu Recht darum, dass wir sie angemessen priorisieren und dazu unsere Pläne vereinbaren.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wo ist die Priorisierung?)

Dazu gehören natürlich auch die Kosten, die dargelegt worden sind.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Abg. Thekla Walker GRÜNE: Nein. Ich würde jetzt gern meine Ausführungen fortsetzen. Ich gehe davon aus, dass sich dann die Fragen eventuell beantworten werden.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eventuell!)

Weder ein Koalitionsvertrag noch irgendwelche Nebenabreden – das habe ich gerade gesagt – können das vorwegnehmen. Es sind politische Willensbekundungen. Sie selbst wissen ganz genau – das haben wir in den letzten fünf Jahren auch erlebt –, dass sich die Verhältnisse jedes Jahr insgesamt ändern, man immer wieder auch Anpassungen vornehmen muss und vieles, was man sich vielleicht vorgenommen hat, politisch auch gar nicht umsetzen kann.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Aber keine Pläne zu machen wäre doch reichlich verfehlt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Deswegen steht ja der Haushaltsvorbehalt im Koalitionsvertrag!)

– Ja, wir wollen diese Projekte auch prioritär angehen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

– Ja, so ist es. Das sind Schwerpunkte, die bekannt sind, und es sind Schwerpunkte – zumindest habe ich das bislang so wahrgenommen –, die auch Ihre Zustimmung finden. Ich habe zumindest bis jetzt zu keinem einzigen inhaltlichen Punkt von Ihnen gehört, dass Sie diesen falsch finden oder nicht umsetzen wollen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Um das geht es nicht!)

Allerdings wollen wir diese Umsetzung, ohne dabei eine Politik auf Pump zu machen. Denn weder der Koalitionsvertrag noch die Nebenabreden noch Sonstiges kann quasi die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse außer Kraft setzen. Das ist völlig klar.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Selbstverständlich gilt auch für unsere Prioritäten, dass dafür Spielräume vorhanden sein oder geschaffen werden müssen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch auf ein Thema eingehen, das mir persönlich sehr wichtig ist

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Transparenz! – Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP/DVP und der SPD)

– ja, es gibt noch anderes –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, das haben wir gemerkt! – Zurufe von der SPD)

und das im Zusammenhang mit der aktuellen Berichterstattung von verschiedenen Seiten kritisch aufgegriffen wurde. Mir geht es jetzt ganz besonders um das Thema Wahlrechtsreform. Hierzu steht auf Seite 68 des Koalitionsvertrags, dass wir „ein personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen“ wollen. Sie wissen, wir Grünen kämpfen seit vielen Jahren dafür, die Repräsentanz von Frauen, aber auch von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund, von Menschen mit Behinderungen zu steigern.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ja, ja! Aber Sie haben etwas anderes unterschrieben!)

– Genau. – Wir haben in einer Nebenabrede präzisiert, dass wir dabei ein Einstimmenwahlrecht beibehalten wollen. Was heißt das? Wer hier jetzt nämlich wieder einen angeblichen Widerspruch zum Koalitionsvertrag konstruieren möchte, dem rate ich, sich einmal inhaltlich mit Wahlrechtsfragen zu beschäftigen. Wir verbinden nämlich die Vorteile einer Landesliste – es geht ja um die Landesliste;

(Abg. Reinhold Gall SPD: Auf jeden Fall ist es eine Abkehr vom Wahlversprechen!)

das ist das Instrument für die paritätische Besetzung – mit dem Vorteil, dass das Einstimmenwahlrecht für die Wählerinnen und Wähler in Baden-Württemberg das, was sie bisher kennen, fortsetzen würde.

Ein Einstimmenwahlrecht mit Landesliste würde also diesen Systemfehler, den wir gegenwärtig haben, der im Vergleich mit den anderen Bundesländern verhindert, dass wir hier diese angemessene Repräsentanz erreichen können,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist doch Quatsch!)

korrigieren können. – Das ist so. – Selbstverständlich ist aber auch das ein Thema – so wie alle anderen auch –, das wir beraten und mit den anderen Fraktionen besprechen müssen,

(Zuruf von der SPD: Ergebnisoffen!)

(Thekla Walker)

um zu sehen, wie wir in der nächsten Legislaturperiode eine Wahlrechtsreform auf den Weg bringen können. Ich habe mir noch mal sehr genau die Wahlprogramme von FDP/DVP und SPD angeschaut. Sie treten für ein Listenwahlrecht ein. Ich hoffe, Sie halten sich an das, was Sie in Ihren Programmen versprochen haben,

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

und hoffe, dass wir Sie an unserer Seite finden, wenn wir das Landtagswahlrecht reformieren wollen oder weitere sinnvolle Projekte für das Land Baden-Württemberg umsetzen wollen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Mack das Wort.

Abg. Winfried Mack CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die CDU wird in dieser Legislaturperiode zusammen mit den Grünen die Zukunft unseres Landes verlässlich und erfolgreich gestalten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen
– Lachen bei Abgeordneten der SPD und der FDP/
DVP)

Baden-Württemberg hat sich seit seiner Gründung unbestritten zu einem Erfolgsmodell entwickelt. Wenn wir vorn bleiben wollen, müssen wir immer wieder neue politische Antworten auf große Veränderungen geben. Wir, die CDU-Fraktion, stellen uns dieser Aufgabe. Deswegen sorgen wir dafür, dass wir in diesem Haus eine stabile und handlungsfähige Regierungsmehrheit haben.

Nach den Landtagswahlen haben wir, Herr Kollege Stoch, einen wirklich ungewöhnlich umfangreichen Koalitionsvertrag

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ungewöhnlich! Mit ungewöhnlichen Inhalten! Ja!)

mit insgesamt 137 Seiten ausgehandelt. Wenn zwei Partner zusammenkommen, die bei einzelnen Themen deutlich unterschiedliche Auffassungen vertreten, ist es doch gut, wenn die Verhandlungen genutzt werden, um auch in die Tiefe zu gehen.

(Zuruf von der CDU: Richtig!)

Wer in einer solchen Situation nur eine Fassade nach außen errichten würde, würde geradezu Potemkinsche Dörfer bauen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Im Koalitionsvertrag werden beispielsweise alle finanzwirksamen Maßnahmen, die den Koalitionsparteien wichtig sind, genannt. Um aber nicht im Blindflug unterwegs zu sein,

(Zuruf: Aha!)

wurde diesen Maßnahmen in den Verhandlungen ein Preisschild umgehängt.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Das stärkt die Vorstellungskraft und den Realitätssinn der Koalitionäre. Denn alle kennen dann nicht nur das Gute und Schöne, das den beabsichtigten Maßnahmen innewohnt, sondern auch die finanziellen Mittel, die hierfür benötigt werden.

Niemand, Herr Kollege Stoch, wird den Regierungsparteien einen solchen Erkenntnisprozess verwehren wollen.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Bemerkenswert ist: Im Wesentlichen gibt es keine Kritik an dieser Maßnahmenliste selbst.

Wir wollen Baden-Württemberg zukunftsfest machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Deshalb brauchen wir Investitionen in Bildung und Forschung, in Digitalisierung und Wohnungsbau, in leistungsfähige Verkehrswege und auch und gerade in die innere Sicherheit. So sorgen wir für die Zukunft unseres Landes vor. Zukunftsinvestitionen sind genauso unerlässlich wie die Haushaltskonsolidierung, nachdem uns die Vorgängerregierung trotz bester Steuereinnahmen eine Nachhaltigkeitslücke von über 2 Milliarden € hinterlassen hat.

(Unruhe bei der SPD)

Wir wollen dauerhaft keine neuen Schulden aufnehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, dieser koalitionäre Erkenntnisprozess wurde nicht nur in einem Protokoll festgehalten, wie man es auch hätte machen können, sondern zu einer Extravereinbarung geformt.

Die grundsätzliche Zulässigkeit von Koalitionsverhandlungen ergibt sich aus Artikel 21 des Grundgesetzes, da die Mitwirkung einer Partei an der politischen Willensbildung auch die Regierungsbildung betrifft. Nach Artikel 46 der Landesverfassung wird der Ministerpräsident ohne Aussprache gewählt.

(Zuruf: Nein!)

Dieses Ausspracheverbot ist nur sinnvoll, wenn bereits im Vorfeld Abreden getroffen werden dürfen. Selbstverständlich endet der Einfluss von Koalitionsvereinbarungen an den von der Landesverfassung vorgegebenen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten. Ein imperatives Mandat ist ausgeschlossen. Insbesondere das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes und nicht an Weisungen und Aufträge gebunden. Ebenso wenig kann durch den Koalitionsvertrag die Richtlinienkompetenz des Ministerpräsidenten eingeschränkt werden, die ihrerseits nur für die Regierung im Binnenverhältnis gilt.

Die CDU-Fraktion wird zusammen mit ihrem Koalitionspartner gemeinsam mit dem Ministerpräsidenten und der Regierung im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern und auch im fairen Austausch mit der demokratischen Opposition da-

(Winfried Mack)

für sorgen, dass unser Land zukunftsfähig bleibt. Wir wollen die Gesellschaft zusammenführen – sozial und kulturell – und kämpfen für ein friedliches und freiheitliches Europa.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sagen, das höre sich an wie ein Allgemeinplatz,

(Zuruf von der FDP/DVP: Ja!)

dann muss ich einmal fragen: In wie vielen Ländern Europas gibt es für diese Aussage noch eine ehrliche, stabile und verlässliche Regierungsmehrheit? Wir haben diese im Landtag von Baden-Württemberg.

Am 69. Tag nach der Ministerpräsidentenwahl steht diese Koalition

(Zuruf: Jetzt zählen die schon die Tage! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

auf sicherem Fundament.

(Beifall bei der CDU und den Grünen – Lachen bei der SPD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, es würde mir schon zu denken geben, dass Ihr Koalitionspartner die Tage zählt.

(Heiterkeit)

Schauen wir einmal, wie weit wir bei dieser Zählung kommen.

Sie planen 2 Milliarden € Zusatzausgaben, wovon mehr als 700 Millionen € struktureller Art sind, und wir haben in der Debatte gehört: Wir reden nicht nur über das Gute und Schöne, sondern auch über die Finanzierung.

Meine Damen und Herren, die Nebenabrede, wie Sie das Ganze finanzieren wollen, haben Sie aber noch nicht auf den Tisch gelegt. Vielleicht kommt das ja noch im Lauf des heutigen Tages.

Jedenfalls kann ich, was dieses Wunschkpaket und die Finanzierung anlangt, nur den Präsidenten des Gemeindetags, Herrn Kehle, zitieren, der gemäß der heutigen Ausgabe der „Südwest Presse“ gesagt hat – Herr Präsident, ich zitiere mit Ihrer Erlaubnis –:

Die einzige eigene Sparleistung, die die Regierung bisher vorweise, sei „das Sparen an der Transparenz“.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Das ist die Situation.

Mich würde auch interessieren, was Sie, Frau Erler, zu dieser ganzen Geschichte sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie sind ja im Staatsministerium zuständig für Bürgerbeteiligung. Sind Sie Staatsrätin für Bürgerbeteiligung, oder sind Sie in einem Staatsministerium dafür zuständig, die Bürger hinter das Licht zu führen? Eines von beiden sollte man konkretisieren. Mit Bürgerbeteiligung und vor allem mit einer Politik des Gehörtwerdens hat das Ganze nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kretschmann und Herr Strobl, Sie hätten sich Ihr ganzes Koalitionsbrimborium sparen können, wo Sie dann mit Kiwi-Früchten Ihren Koalitionsvertrag präsentiert haben. Herr Strobl, wissen Sie noch?: „Viel schwarze Tinte.“ Ich habe schon damals in der Aussprache zur Regierungserklärung gesagt, da müsse Geheimtinte

(Heiterkeit bei fraktionslosen Abgeordneten)

im Spiel sein. Das Ganze erhält jetzt, nach der jüngsten Entwicklung, einen ganz neuen Sinn.

Meine Damen und Herren, dieser Koalitionsvertrag ist das Papier nicht wert, auf dem er steht.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist aber jetzt wirklich allerhand! Das ist ja sogar ein Angriff aufs Papier!)

Herr Ministerpräsident, ich mache Ihnen einen Vorschlag. Wir haben ja vor einigen Wochen die Regierungserklärung gehört und haben über diese Regierungserklärung diskutiert. Jetzt stellt sich heraus, dass es wahrscheinlich besser wäre, Herr Ministerpräsident, wenn Sie nach der Sommerpause die Wiederholung Ihrer Regierungserklärung beantragten, und zwar diesmal auf der Basis des eigentlichen Koalitionsvertrags, nämlich dieser Geheimabsprache.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Das wäre ein Beitrag zur Transparenz.

Sie haben mit dem, was Sie da angestellt haben, die Öffentlichkeit hinters Licht geführt, Sie haben die Medien hinters Licht geführt, Sie haben das Parlament als Haushaltssouverän hinters Licht geführt, und Sie haben auch die eigenen Parteien hinters Licht geführt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Genau!)

Sie haben Ihren Parteien, Herr Strobl und Frau Walker, einen Koalitionsvertrag vorgelegt und haben auf Parteitag darüber abstimmen lassen. Jetzt stellt sich heraus, dass das, worüber Ihre Parteien abgestimmt haben, gar nicht das ist, was Sie eigentlich im Sinn hatten. Was wäre denn auf diesen Parteitagen herausgekommen, wenn Sie wirklich das vorgelegt hätten, was Sie im Sinn haben? Das weiß ja niemand. Entweder ist Ihnen egal, was Ihre Parteien dazu sagen, oder Sie sagen: „Es interessiert uns nicht. Was juckt uns die Partei? Wir machen eh, was wir wollen.“

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Dann behaupten Sie, Frau Walker, hier ebenso wie der Ministerpräsident bei der gestrigen Regierungspressekonferenz, der Koalitionsvertrag widerspreche nicht dem, was in den Geheimvereinbarungen stehe, sondern das seien nur Konkretisierungen. Dafür nenne ich Ihnen einmal ein Beispiel und zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Koalitionsvertrag:

Die Zahl der Amtsgerichte und Landgerichte soll beibehalten werden, ...

Und was steht in Ihrem Geheimpapier?

Wir wollen ... mehrere Gerichte an einem Standort zu einem Justizzentrum zusammenfassen, ...

Ja, wenn das nicht ein Hinters-Licht-Führen der Öffentlichkeit ist, wenn das kein Widerspruch zwischen Koalitionsvertrag und Geheimabrede ist, was denn sonst, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Herr Ministerpräsident, es ist schon bemerkenswert, wie Sie das Ganze rechtfertigen. Sie sind ja ein großer Zitatefreund, und der Kollege Stoch hat am heutigen Tag bereits Hannah Arendt zitiert. Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten zwei Zitate ergänzen. Das erste lautet: „Jede Transparenz hat ihre Grenzen“, und das zweite: „Ich mauschle schon immer.“

(Heiterkeit bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört! – Zuruf: Typisch Kretschmann!)

Stammen diese beiden Zitate auch von Hannah Arendt, Herr Kretschmann? Ich würde Ihnen wirklich raten, künftig auf Hannah-Arendt-Zitate zu verzichten, denn die dreht sich künftig bei jedem Hannah-Arendt-Zitat im Grab herum – nach dem, was Sie hier veranstalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Was gilt jetzt? Gilt der Koalitionsvertrag, oder gilt die Nebenabrede?

(Abg. Sascha Binder SPD: Oder, wie Mack sagt, gar nichts?)

In den „Stuttgarter Nachrichten“ lasen wir am gestrigen Tag, dass der Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand darauf hinweist, dies bedeute nicht, dass die Haushaltsberatungen des Parlaments vorweggenommen würden. Gleichzeitig steht aber in Ihrem Geheimpapier, dass diese Zusatzvereinbarungen ausdrücklich nicht vom Haushaltsvorbehalt betroffen sind.

Ja, was gilt jetzt? Gilt der Koalitionsvertrag, in dem steht, alles stehe unter Haushaltsvorbehalt? Oder gilt das, was in der Nebenabrede steht, wonach diese Dinge vom Haushaltsvorbehalt ausgenommen seien?

In der Nebenabrede stehen auch eine ganze Reihe interessanter Dinge, beispielsweise dass Sie die zweite Startbahn nicht wollen. Dazu würde mich schon interessieren, wie Sie begründen, dass das nicht im Koalitionsvertrag steht. Wahrscheinlich wollen Sie den Ruf der Wirtschaftsfreundlichkeit behalten und der Wirtschaft signalisieren: „Eine zweite Startbahn ist mit uns möglich.“ Aber hintenherum schließen Sie sie aus.

Das Bildungszeitgesetz wurde erwähnt. Es ist schön, dass wir wissen, was Sie vorgeschlagen haben, und dass Sie jetzt auch schon wissen, was bei der Evaluierung herauskommt. Das ist interessant, denn wir haben diese Evaluierung auch vorgenommen, und es kam etwas ganz Ähnliches heraus. Das wird dann der nächste Tagesordnungspunkt sein, und Sie brauchen nur noch zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Dann haben Sie genau das, was in Ihrem geheimen Zusatzprotokoll steht.

Es ist auch interessant, dass Sie, Frau Walker, sich nicht getraut haben, der Öffentlichkeit zu sagen, dass Sie am Einstimmigenwahlrecht festhalten wollen. Sie haben nämlich nicht begründet, warum dies nur im geheimen Zusatzprotokoll steht. Ich nehme an, dafür hatten Sie irgendwelche Gründe.

(Abg. Thekla Walker GRÜNE: Ja!)

Vielleicht können Sie in der zweiten Runde noch darüber Auskunft geben.

Herr Ministerpräsident, wie haben Sie so schön im Wahlkampf gesagt?: „Regieren ist eine Stilfrage.“ Gestern hat sich die „Stuttgarter Zeitung“ mit Vertrauen als Kapital in der Politik auseinandergesetzt. Wohlgermerkt: Das war noch, bevor Sie zugegeben haben, dass Sie schon Ihr Leben lang mauscheln.

(Heiterkeit)

Die „Stuttgarter Zeitung“ schreibt:

Doch dieses Bild erhält nun Kratzer. Die Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag lassen den Verdacht aufkommen, dass Grün-Schwarz die Formel vom „Haushaltsvorbehalt“ nur erfunden hat, um absolute Sparsamkeit und Finanzdisziplin vorzugaukeln; dass die Partner aber in Wirklichkeit die Spenderhosen anhaben.

Das sage nicht ich, das schreibt die „Stuttgarter Zeitung“. Weiter geht es:

Grüne und Schwarze dürfen sich jedenfalls nicht wundern, wenn sich Beamte noch heftiger als bisher gegen Sparmaßnahmen bei der Besoldung auflehnen; und wenn niemand mehr glaubt, dass Grün-Schwarz eine Politik der Klarheit und Wahrheit macht.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Nun mögen Sie sagen: Das ist die „Stuttgarter Zeitung“, die ist ja gelegentlich kritisch. Aber es gibt andere Zeitungen wie die „taz“. Die „taz“ hat am gestrigen Tag geschrieben:

Für Winfried Kretschmann ist die Debatte misslich. „Politik ist eine Stilfrage“, war sein Wahlkampfslogan. Immer wieder weist er darauf hin, dass Trickereien die Demokratie beschädigen.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Jetzt scheint Kretschmanns politische Etikette zum Etikettenschwindel zu werden, und das nicht zum ersten Mal.

(Beifall des Abg. Klaus Hoher FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Herr Ministerpräsident, die „taz“! Die „taz“ schreibt das über Sie.

(Heiterkeit)

Also, es würde mir schon zu denken geben, wenn meine Freunde so über mich reden, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Unglaublich ist das!

All diese Phrasen von Transparenz, Bürgerbeteiligung, Politik des Gehörtwerdens haben Sie in den letzten Tagen in Trümmer gelegt. Bekennen Sie sich wenigstens dazu, und fangen Sie vor allem ab sofort an, mit offenen Karten zu spielen, so wie Sie es der Bevölkerung im Wahlkampf versprochen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Aus der letzten Debatte ist noch die Frage übrig, wie denn Politik gemacht werden soll. Ich biete Ihnen an, dass wir uns treffen und wir Ihnen sagen, wie es geht.

(Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Wie man Politik nicht macht, zeigen Ihnen Ihre Wahlergebnisse und auch dieses Ereignis.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

„Verlässlich“ – ironischerweise prägt dieses Wort als erstes Schlagwort die Titelseite des Koalitionsvertrags der grün-schwarzen Regierung. Das Wort soll Vertrauen heraufbeschwören – sicherlich ein notwendiges Lebenszeichen einer Regierungskoalition, die alles andere als gewollt war oder die irgendwie passen würde. Es ist also durchaus verständlich, dass man hier um einen gewissen Vertrauensvorschuss gebuhlt hat.

Der 140 Seiten lange Koalitionsvertrag heuchelt den Willen zur Transparenz, und das gerade auch deshalb, weil er in weiten Teilen nicht konkret wird. Fortwährend beschwört der vorgelegte Koalitionsvertrag aber, staatliches Handeln so bürgernah und transparent wie möglich zu gestalten, oder Bürgerbeteiligung. Aha. Unter dem Schlagwort „Transparenz erhöhen“ findet sich gar die Forderung nach einem Lobbyregister – was wir, die AfD-Fraktion, nebenbei bemerkt, durchaus positiv beurteilen würden. Vielleicht wäre es aber auch erst einmal ein guter Anfang gewesen, den Koalitionsvertrag transparent zu machen.

All diese Schlagworte sind – wie man nun feststellen muss – keine Versprechungen, sondern nur leere Phrasen aus dem Koalitionsvertrag. Leider.

(Beifall bei der AfD)

Denn nicht wenige Bürger hatten bei allem politischen Vorbehalt einen gewissen Stil erwartet, wie es Ministerpräsident Kretschmann und seine Grünen in der Wahlpropaganda vorge täuscht hatten.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Propaganda“!)

Es ist kein Geheimnis, dass die grün-schwarze Ehe nicht aus einer Liebesheirat hervorging. Gerade deshalb waren wir doch gespannt, was diese Zusammenkunft denn hervorbringt – wie wir nun wissen, einen Koalitionsvertrag, der so vollmundig und so surreal ist, dass selbst dessen Verfasser noch ein paar Klarstellungen intern und geheim niederschreiben mussten.

Welcher Stil ist das, einem großen Publikum medienwirksam einen Koalitionsvertrag zu präsentieren, nur um dann zugeben zu müssen, dass diesem zentrale, äußerst wichtige Vereinbarungen vorenthalten wurden? Warum taucht dort dauernd das Wort „Finanzierungsvorbehalt“ auf, wenn gleichzeitig die Ausgaben in Milliardenhöhe im Geheimen bereits beschlossen wurden? Der Wähler und Bürger freut sich über ein solches Maß an Transparenz und demokratischer Wertschätzung.

Wer in Zeiten der ohnehin schon vorhandenen Politikverdrossenheit meint, geheime Absprachen treffen zu müssen, um die Bürger von politischen Entscheidungen auszuschließen, erweist dem Bestreben, dieser Politikverdrossenheit in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken, einen Bärendienst.

(Beifall bei der AfD)

Von einer bürgernahen Politik unter dem Schlagwort „Stil“ hatten wir und die Bürger eigentlich erwartet, dass man nicht versucht, seine wirklichen und realen Vorhaben vor den Wählern zu verbergen. Genauso wenig gehört es sich, solche Vorhaben vor den gewählten Volksvertretern im Landtag von Baden-Württemberg zu verheimlichen.

Noch in der letzten Woche haben wir uns über die Kontrollfunktion des Parlaments unterhalten. Diese wurde breit gelobt und hervorgehoben. Doch nun müssen wir feststellen, dass sich die Regierung der Kontrolle – wenigstens der parlamentarischen Kontrolle durch die Opposition – zu entziehen gedachte.

(Zuruf: Was?)

Bei Verbergen und Heimlichtuerei ist auch die Lüge nicht weit. Das Vertrauen ist verspielt, es gibt eine Stil- und Anstandslosigkeit sondergleichen, welche manchen Abgeordneten der Koalitionsparteien zu denken geben sollte, ob sie ihren guten Namen weiterhin für eine solche Blendertruppe hergeben.

(Beifall bei der AfD)

Durch Absprachen dieser Art, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, treten Sie die parlamentarische Kultur mit Füßen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Von parlamentarischer Kultur sind Sie meilenweit entfernt!)

Nun ist offensichtlich, wieso Sie in der vergangenen Woche beim Thema „Parlamentarismus der Verantwortung“ so verschämt geschwiegen haben.

(Dr. Heiner Merz)

Wir fragen uns, warum wir uns am Anfang dieser Legislaturperiode überhaupt mit dem Koalitionsvertrag beschäftigt haben, wenn dieser, wie wir nun wissen, nur den prosaischen Teil der Abmachungen darstellt. Wir werfen Ihnen dabei nicht einmal vor, dass Sie in Ihrem Geheimpapier den Koalitionsvertrag konkretisiert haben und dies auch niederschreiben mussten; denn diese Notwendigkeit mag ja gegeben gewesen sein. Aber wir werfen Ihnen vor, dass Sie das im Geheimen machen wollten. Die Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, was die Regierung denn nun konkret vorhat und was sie, die Bürger, in den kommenden Jahren zu erwarten haben. Auch wir hier im Parlament sind nicht nur deshalb hier, um uns unsere Zeit zu vertreiben. Also sparen Sie sich doch bitte zukünftig derlei Taschenspielertricks. Sie schaden mit einem solchen Tun dem Ansehen unseres gesamten Hauses.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Reinhold Gall SPD: Das sagen die Richtigen!)

Wir bitten Sie, ausdrücklich auszuschließen, dass es Sparpläne oder Steuererhöhungen gibt, die in weiteren Neben- und Geheimabreden festgelegt wurden,

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

nämlich Sparpläne oder Steuererhöhungen, die zur Finanzierung der Kosten aus Ihren Neben- und Geheimabreden entstehen.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Wir sollten an dieser Stelle nun eigentlich abschließend wissen, ob das alles war oder ob wir uns darauf einstellen können, dass in zwei, drei Monaten die nächsten Geheimabkommen auftauchen;

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Jesses!)

denn das ist ja durchaus zu erwarten.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für den Zusammenschluss fraktionsloser Kollegen erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Parlamentarismus der Verantwortung“ – die CDU hat letzte Woche diesen Begriff eingebracht, und heute erscheint dieser Begriff in einem ganz anderen Licht. Ein wichtiges Thema.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Oh!)

Nein, ich möchte nicht auf das neue Transparenzverständnis der Grünen hinaus, und auch die Geheimniskrämerei der CDU ist nun wirklich kein gänzlich neues Thema. Vielmehr möchte ich die Gelegenheit nutzen, im Ablauf der Plenarsitzung eine kritische Frage zu stellen. Ich frage mich ein wenig, ob es wirklich notwendig ist, dass wir zu jedem Thema die volle Redezeit ausnutzen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Ja! – Unruhe)

– Ja, es ist schon klar, dass Sie darauf so antworten. Das ist auch okay. Das würde ich auch tun. – Ist es wirklich notwendig, dass wir bei jedem Thema versuchen, die anderen Parteien in die Pfanne zu hauen

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das sagt der Richtige! – Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

und das bereits Gesagte x-fach zu wiederholen getreu der Devise: „Es ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem“? Sind wir denn dafür gewählt worden?

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sehr selbstkritisch!)

Ich meine, nein, und darum will ich mich zu diesem Thema – das ist es, als letzter Redner fragt man sich das –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sind gewählt worden zum Spalten!)

bewusst ganz kurz fassen, denn nahezu alles, was kritisch zu sagen war, haben meine Vorredner bereits gesagt.

Ich will es hier deshalb bewusst bei dem kurzen, aber entschiedenen Tadel belassen, den Vertretern der Regierungsparteien auch von der Seite meiner Gruppierung zu sagen: So geht es nicht.

(Vereinzelt Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Es gibt ein Haushaltsrecht, und es gibt auch ein Haushaltsgrundsatzgesetz. Das fordert u. a. strikt, die Haushaltsgrundsätze der Vollständigkeit, der Wahrheit, der Klarheit und der Öffentlichkeit zu respektieren.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten)

Gegen all diese Grundsätze verstoßen Sie mit Nebenabreden zum Koalitionsvertrag eindeutig, und das wissen Sie selbst sehr genau.

Damit vorgeblich Vertrauen und Verlässlichkeit zu schaffen, wie Sie hier dreist behaupten, Frau Walker, ist schlicht lächerlich.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Mit Nebenabreden und Geheimpapieren Vertrauen und Verlässlichkeit schaffen zu wollen ist doch nun wirklich ein Treppenwitz. Das kann doch wohl nicht sein, und das wissen Sie.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Keine Opposition der Welt darf Ihnen das durchgehen lassen. Darum kann ich mich hier dem bereits ausgesprochenen Tadel nur anschließen. Sie verletzen damit das Königsrecht des Parlaments.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wieso?)

Herr Mack, Sie weisen ja zu Recht darauf hin, dass das Budgetrecht das Königsrecht des Parlaments ist. Jawohl, so ist es.

(Dr. Jörg Meuthen)

Dann respektieren Sie es bitte auch, und zwar samt aller seiner Regeln.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Denn genau das tun Sie bedauerlicherweise mit dieser Nebenabrede nicht.

(Abg. Josef Frey GRÜNE: An welcher Hochschule waren Sie noch mal? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich fordere Sie auf, dies in Zukunft vollständig zu unterlassen und dem Parlament sein vollständiges und uneingeschränktes Haushaltsrecht zu belassen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Ein bisschen Jurastudium hätte Ihnen auch gutgetan!)

Mehr ist dazu gar nicht zu sagen.

Danke schön.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Das Bedürfnis nach Transparenz ist natürlich berechtigt. Deswegen kann man jetzt natürlich nicht mit großem Applaus rechnen, wenn man

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Erwischt wird!)

nicht öffentliche Dokumente hat; das ist ganz klar. Das wird eine kritische Öffentlichkeit immer kritisch sehen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen sollten wir, glaube ich, mal einen etwas nüchteren Blick auf das Ganze werfen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir sind ganz nüchtern!)

Worüber reden wir überhaupt? Wir sprechen über Nebenabreden, die meine Partei mit unserem Koalitionspartner als Anhang zum Koalitionsvertrag vereinbart hat. Auch im letzten Koalitionsvertrag wurden Nebenabreden getätigt.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nicht im Widerspruch! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Meines Wissens gab es auch in der schwarz-gelben Regierung Nebenabreden.

(Zuruf von der AfD: Untersuchungsausschuss! – Weitere Zurufe)

– Wenn es nicht stimmt, ist es auch okay. Das kann ich letztlich nicht wissen. Die Papiere sind ja nicht öffentlich geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte, Herr Abg. Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, mich erreicht soeben eine Pressemitteilung der Hessischen Staatskanzlei. Darin äußert sich Regierungssprecher Michael Bußer zu den Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann wie folgt: Aufgrund zahlreicher Anfragen zu den Äußerungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann, auch die schwarz-grüne Koalition in Hessen habe gute Erfahrungen mit Nebenabreden gemacht, erklärt Regierungssprecher Michael Bußer – Zitat –:

In Hessen sind alle Vereinbarungen zwischen den Koalitionspartnern detailliert im Koalitionsvertrag festgehalten. Nebenabreden existieren nicht.

Meine Frage an Sie: Was sagen Sie dazu?

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Ich habe mich geirrt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ach, wieder mal?)

– Ganz offensichtlich.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was hat er gesagt? – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Er hat sich geirrt!)

Ich muss das in Zukunft wirklich sorgfältiger machen; da haben Sie recht, Kollege Rülke.

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Nebenabreden sind grundsätzlich nichts Verwerfliches. Wo es notwendig ist, konkretisieren sie das, was bereits im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. So soll gewährleistet werden, dass später keine Konflikte zwischen den Koalitionspartnern aufgrund unterschiedlicher Interpretationen entstehen.

Nebenabreden haben also einen Zweck: Sie dienen dem Zusammenhalt einer Koalition. Das ist ihr Sinn. Darum macht man sie.

(Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Martin Rivoir SPD: Koalitionsvertrag!)

Das gilt umso mehr, wenn wir uns die besondere Entstehungsgeschichte dieser Koalition anschauen. CDU und Grüne haben jahrelang politisch hart gestritten. Wenn wir nun aus ge-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

meinsamer Verantwortung für das Land eine Koalition gebildet haben, die zuvor keiner der Partner angestrebt hat, sind klare und präzise Verabredungen unabdingbar. Sie dienen dem Aufbau des notwendigen Vertrauens und dem Zusammenhalt der Koalition. Beides ist wichtig; denn die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass wir dieses Land fünf Jahre lang ordentlich, gut und verlässlich regieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abg. Dr. Schweickert?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein, jetzt führe ich erst einmal etwas aus.

Deswegen haben wir in unserem Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir den Haushalt konsolidieren, den Sanierungsstau weiter abbauen und in Zukunftsbereiche investieren wollen. Ich habe in meiner Regierungserklärung dargelegt, dass das ein überragendes Ziel ist. Deswegen haben wir bereits während der Koalitionsverhandlungen abgeschätzt, was uns in den kommenden fünf Jahren für einmalige und für strukturelle Investitionen voraussichtlich zur Verfügung steht. Anschließend haben wir dann eine Priorisierung vorgenommen, weil wir uns darüber im Klaren waren, dass wir nach Maßgabe der Dinge bei der gegenwärtigen Haushaltslage nicht alle Projekte werden umsetzen können. Also, wenn es schlechter läuft, muss sowieso noch einmal alles auf den Prüfstand, wenn es besser kommt, kann man mehr umsetzen, wie in diesen Priorisierungen festgeschrieben.

Ich will noch einmal sagen: Das sind reine innerkoalitionäre Orientierungen, um die es da geht. Sonst hätte man sie ja in den Koalitionsvertrag geschrieben.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Eben!)

Es ist genau der Sinn dieser Abreden, dass die Koalitionäre abschätzen können – wir haben unterschiedliche Gewichtungen in dem, was wir tun –: Was steht für die jeweiligen Projekte zur Verfügung? Das ist der ganze Sinn der Abreden. Das muss man natürlich, verehrte Sozialdemokraten, nicht machen.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Das haben wir nicht gemacht. Das Ergebnis ist: Wenn man diese Verabredung vorausschaubar auf die folgenden fünf Jahre nicht macht, dann hat man die Konflikte eben bei jeder Haushaltsberatung.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schon jetzt!)

Jetzt muss man entscheiden – das kann jeder so machen, wie er es möchte –: Welchen Weg wählt man?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Ein Weltbild ist das!)

Wir haben den zweiten Weg gewählt, und zwar aus gutem Grund, den ich genannt habe. Hier haben sich zwei zusammengefunden, die sich erst einmal nicht gesucht haben. Die müssen erst Vertrauen ausbilden. Es ist ganz wichtig, dass man das absehbar, soweit man das überhaupt abschätzen kann, ein-

fach vereinbarend macht, damit man nicht dauernd in Konflikte gerät. Denn wir waren uns einig: Wir wollen keine Konfliktkoalition.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Nicht mehr und nicht weniger steht darin, und daran ist überhaupt nichts skandalös.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD: Oh, doch!)

Es ist schon auffällig: Sie haben so gut wie keine einzige Maßnahme nennen können – Sie haben eine Maßnahme mit den Amtsgerichten und den Landgerichten genannt –, die Sie für falsch halten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nicht falsch! Widersprüchlich! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Zum Beispiel! – Abg. Sascha Binder SPD: Der Zweck heiligt die Mittel!)

Sie sagen, im Koalitionsvertrag stehe etwas ganz anderes. Das ist alles nicht der Fall.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen die Gerichte auch nicht!)

Wir haben diese Nebenabreden gar nicht bestritten.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Es ist vollkommen klar: Alles, was im Koalitionsvertrag steht, muss erst einmal umgesetzt werden,

(Zuruf: Haushaltsvorbehalt!)

etwa in einem Haushaltsgesetz, in Anträgen, und dann kommen diese ins Parlament.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Es ist also ein ganz normales Verfahren, das dadurch in keiner Weise infrage gestellt wird. Insofern geht die Kritik, Herr Meuthen, die Sie gebracht haben, vollständig ins Leere.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Das sind alles Vorentscheidungen, die wir da fällen. Entschieden wird hier im Parlament und sonst nirgendwo.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das bleibt auch so!)

Ich will Ihnen noch einmal sagen, Herr Stoch: Wenn wir es anders gemacht hätten, solche Vorfestlegungen gar nicht getroffen hätten, dann wüssten Sie es schon gar nicht. Dann erfüllen Sie es genau dann, wenn die Haushaltsberatungen anstehen.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist normal!)

Also, das bleibt so. Daran ändert sich überhaupt nichts. Das, was wir in einem Haushalt einbringen, gilt – und gar nichts anderes.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das ist reine Show!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Insofern haben die Koalitionsvereinbarungen nur eine provisorische Verbindlichkeit.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Noch niemals ist alles, was im Koalitionsvertrag stand – schon gar nicht, was die Größenordnung der Ausgaben betrifft –, so umgesetzt worden, wie man es sich am Anfang vorgestellt hat. Das ist auch klar.

Wir heben also 43 Projekte hervor, die für unser Land besonders wichtig sind und die wir deswegen von der Ausstattung mit Finanzmitteln her bevorzugt angehen wollen: von der Digitalisierung über die Stärkung der Grundschulen, Realschulen und Gymnasien, über ein Klimaschutzprogramm bis hin zur Schaffung von 1 500 Polizeistellen.

Insgesamt habe ich zwei Drittel dieser 43 Projekte in meiner Regierungserklärung angesprochen und sie dadurch in ihrer Bedeutung für unsere Koalition schon hervorgehoben.

(Zuruf: Und der Rest?)

Die großen Blöcke habe ich darüber hinaus auch beziffert. Auch weitere Projekte haben wir in der Folgezeit beziffert: von der Verbesserung der technischen Ausstattung der Polizei über den KinderBildungsPass bis hin zur Erhöhung der Naturschutzmittel. Das ist also alles überhaupt kein Geheimnis.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Zugleich habe ich in der Regierungserklärung angekündigt, dass wir einen ehrgeizigen Konsolidierungspfad einschlagen werden. Wir werden die Schuldenbremse einhalten, und wir werden die Deckungslücke in den kommenden Jahren Schritt für Schritt schließen. Alles ist dem klar untergeordnet. Für all das gilt selbstverständlich ein Haushaltsvorbehalt. All das, was die Einhaltung der Schuldenbremse gefährden könnte, wird diese Koalition nicht machen. Das ist ganz sonnenklar.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Bitte.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Glück, bitte.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Ministerpräsident, danke, dass Sie die Frage zulassen. – Sie sagen: „Alles steht unter Haushaltsvorbehalt.“ Ich möchte mich jetzt auf die erste Seite der Nebenabreden beziehen. Unter Punkt I steht:

Es wird in der Nebenabrede eine Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen Mehrbedarfen beigelegt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! Das ist der Punkt! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wie stehen Sie dazu? Das passt doch gar nicht zu dem, was Sie gerade gesagt haben.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Das ist ganz klar so gemeint.

(Vereinzelt Lachen bei der SPD)

Das sind die prioritären Projekte, um die es geht, sodass die Finanzministerin bei der Haushaltseinbringung weiß – das sind sozusagen die Vorentscheidungen, die die Koalition getroffen hat –: Diese haben Priorität.

(Zuruf von der SPD: Das steht so nicht drin! – Abg. Sascha Binder SPD: Das steht aber so nicht drin!)

So ist das gemeint und zu interpretieren.

(Zurufe)

– Ich habe es ja jetzt interpretiert.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

So müssen Sie es jetzt halt annehmen oder auch nicht; das bleibt Ihnen überlassen.

Deswegen gibt es daran nichts zu skandalisieren. Wenn wir dabei bleiben und es umgesetzt wird, kommt alles, was dort steht, sukzessive, ganz normal ins Parlament; hier wird darüber entschieden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist logisch! – Abg. Sascha Binder SPD: Wie viele von Ihren Abgeordneten haben die Nebenabreden gekannt?)

Ich habe einer absoluten Transparenz noch gar nie das Wort geredet – noch gar nie.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Denn ich kann mich an die Anfangsphasen meiner Partei wohl erinnern, als wir das radikal gemacht haben. Das mussten wir aufgeben, weil das politisch überhaupt nicht erfolgreich war. Die Piraten haben dasselbe probiert; die gibt es heute gar nicht mehr.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Auch Sie haben Fraktionssitzungen, Vorstandssitzungen, Sitzungen verschiedenster Art, die nicht öffentlich sind.

(Zurufe von der SPD und der FDP/DVP)

Die Öffentlichkeit weiß nicht, was Sie da besprechen und was Sie vorhaben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Was ist das für ein Argument? – Unruhe)

Sie fragen in Ihren Anfragen nach Gesprächen am Rande von Kabinettsitzungen. Das muss man sich auch einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das interessiert uns!)

Zu all dem nehmen wir keine Journalisten mit. Ich nehme an, Sie machen das auch nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein! Zur Kabinettsitzung nicht!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Oder irre ich mich da?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Das heißt, Demokratie braucht Transparenz. Wir werden Transparenz schaffen und haben sie immer geschaffen –

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

so viel wie möglich und so viel, wie sinnvoll geht. So ist das, und so machen wir das. Darauf kann sich jeder verlassen. Das ist eine tragende Säule unserer Verfassungsordnung. An diese werden wir uns selbstverständlich halten.

Aber nicht alle Vorberatungen kann man auf dem öffentlichen Tableau machen. Auch das weiß jeder, der nicht völlig naiv an die Politik herangeht. Deswegen ist das notwendig.

Ich nenne Ihnen einmal ein wichtiges Organ als Beispiel: Der Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat tagt nicht öffentlich. Er ist ein ganz entscheidendes Organ, um Kompromisse überhaupt erst zu finden. Das ist nämlich der Grund, warum das so ist.

(Abg. Sascha Binder SPD: Das bestreitet doch niemand!)

So ähnlich müssen Sie solche Nebenabsprachen sehen.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Weit hergeholt! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU zu Abg. Andreas Stoch SPD: Kollege Stoch, Sie waren nicht im Vermittlungsausschuss! – Unruhe)

Diese dienen der innerkoalitionären Kompromissfindung. Ich wundere mich: Diese Erfahrung haben doch Sie alle selbst in Regierungen gemacht. Es geht also gar nicht um Heimlichtuerei, sondern es geht darum – das ist das Entscheidende –: Wir werden auch daran gemessen, dass die Demokratie mit ihren komplizierten Verfahren Ergebnisse liefert. Sie muss Entscheidungen durchsetzen, und sie muss die Probleme lösen.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Schließlich wird eine Regierung auch daran gemessen, ob sie in der Lage ist, das, was sie in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hat, umzusetzen. Dem dienen solche Verfahren, wie wir sie hier vorgeschlagen haben.

Das muss man nicht so machen. Jede Koalition kann das auch anders handhaben. Dann tauchen die Probleme eben an anderer Stelle auf. Diese Erfahrung habe ich nun fünf Jahre lang gemacht.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir auch!)

Deswegen haben wir diesen Weg bestritten. Er ist gut.

Ich denke, es kommt darauf an, dass wir die richtige Balance finden; und diese Balance ist gesichert.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Diese Regierung wird das weiterhin betreiben und

(Der Plenarsaal verdunkelt sich. – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Da geht sogar die Sonne unter! – Abg. Anton Baron [fraktionslos]: Sparmaßnahmen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ihre Agenden entschieden, mit Entschlusskraft umsetzen. Das wird öffentlich geschehen. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Dafür sind die parlamentarischen Verfahren vorgegeben. An diese halten wir uns selbstverständlich. Das ist, glaube ich, der Raum, um den es geht. Da werden letztlich die Entscheidungen getroffen.

Aber ich will auch dafür plädieren, dass wir bei diesen Debatten die Kirche im Dorf lassen und nicht so tun, als hätten wir etwas Unrechtes getan.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das ist nämlich überhaupt nicht der Fall.

Im Koalitionsvertrag steht das, was wir machen wollen. Das wird priorisiert. Das wird erläutert. Auch das, was darin zum Bildungszeitgesetz steht, ist völlig korrekt. Wir werden es evaluieren und novellieren.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Wir werden schauen, was die Evaluierung ergibt. Für den Fall, dass sie ergibt, dass das Bildungszeitgesetz novelliert werden muss, haben wir uns auf den Weg geeinigt. Das steht darin.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wenn die Evaluierung etwas anderes ergibt – das steht sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der Nebenabrede –, dann werden wir das nicht machen. Insofern ist das, finde ich, sehr klar.

Aber wir, die Koalition, müssen auch wissen, was wir selbst wollen. Damit müssen wir später ja in die Verhandlungen mit den Partnern gehen. Deshalb ist es wichtig, dass Offenheit herrscht. Diese ist hier klar formuliert. Aber es ist auch geregelt, was wir im entsprechenden Fall der Fälle machen. Auch das ist, glaube ich, der richtige Weg.

Auch den Punkt, den Sie ansprachen, kann ich sicher noch aufklären: Es geht nur um eine Zusammenfassung von Gerichten in Gebäuden, um damit Synergieeffekte zu erzielen. Zwischen uns wird sicher keine große Differenz bestehen, so dass das keine große Betrügerei oder ein Hinter-das-Licht-Führen der Öffentlichkeit ist.

(Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das nicht!)

Ansonsten steht in den Nebenabreden nichts, was dem Koalitionsvertrag widersprechen würde. Sie haben an den einzelnen Positionen auch keine Kritik geübt. Das will ich nur einmal feststellen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Jetzt ist leider meine Stimme weg. Darum höre ich auf.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stelly. Präsident Wilfried Klenk: Nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, ich glaube Ihnen nicht. Ich glaube Ihnen nicht, dass diese Ergebnisoffenheit – Sie haben zuletzt das Beispiel Bildungszeitgesetz genannt – tatsächlich gewahrt ist.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie haben mit keinem einzigen Satz hier vorn an diesem Pult – ich habe Sie hier schon überzeugender gesehen – eine Rechtfertigung dafür gebracht, weshalb das, was in den Nebenabreden steht, was wichtig ist, was finanzielle Größenordnungen wiedergibt, nicht auch im Koalitionsvertrag drin war.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es! – Abg. Sascha Binder SPD: Genau!)

Denn das ist die eigentliche Frage, auf die Sie keine Antwort gegeben haben, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD, der FDP/DVP und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Denn wenn es Ihnen darum geht – ich zitiere Sie –, den „Zusammenhalt der Koalition“ zu gewährleisten – Sie haben in Bezug auf Nebenabreden sogar den Satz gesagt: „Sie dienen dem Zusammenhalt der Koalition“ –, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann frage ich mich: Wenn ich nichts zu verbergen habe, wenn ich Konfliktlinien sehe und Konfliktlinien bereits löse, also Kompromisse suche, warum schreibe ich diese Kompromisse dann nicht in das Papier,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

das der Öffentlichkeit und auch meiner eigenen Partei zugänglich ist, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen? Darauf haben Sie keine Antwort gegeben.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP)

Dann haben Sie noch gesagt, diese Art des Vorgehens diene dem Aufbau von Vertrauen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das verstehe ich auch nicht!)

Darin, dass, bitte schön, das Wort „Vertrauen“ in dieser Debatte von Vertretern der Regierungsfractionen nicht in den Mund genommen werden sollte, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Das Wort „Vertrauen“ konterkarieren Sie genau durch Ihr Vorgehen. Denn wenn Sie für Punkte, die aus unserer Sicht auch öffentlich regelungsfähig sind, im Versteckten, im verborgenen Lösungen und Kompromisslinien andeuten, wenn Sie im Staatsministerium zusätzliches Personal brauchen, um die Ministerien besser überwachen zu können, wenn der stellvertretende Ministerpräsident, der Innenminister, im Innenministerium quasi ein Gegenstaatsministerium aufbaut, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dann ist das kein Ausdruck von Vertrauen. Das ist ein Ausdruck von purem Misstrauen zwischen den Partnern dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Stefan Rappke AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wenn, dann hat das Nils Schmid getan!)

– Herr Kollege Sckerl, Sie werden auch erst seit Montag wissen, was in den Nebenabreden steht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Zuruf von der SPD: Genau! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Von wegen! Beim Gegenstaatsministerium seid ihr doch die Spezialisten gewesen!)

Herr Ministerpräsident, Sie haben ausdrücklich gesagt – da stimme ich Ihnen zu –: „Wir wollen weitergehen auf unserem Kurs des Investierens, des Sanierens und des Konsolidierens.“ Da sind wir vollkommen bei Ihnen. Dass wir alle in diesem Land das Landeseigentum – Straßen, Hochbau – tatsächlich intensiv in den Blick nehmen müssen, wie wir das in unserer gemeinsamen Regierungszeit auch getan haben, ist überhaupt keine Frage. Ich frage mich nur: Warum muss man solche Punkte in einer verborgenen Liste verstecken?

(Zuruf: So ist es!)

Wenn Sie 43 Punkte auflisten und dann von einer Priorisierung sprechen, Herr Ministerpräsident, dann kann ich die Priorisierung zwischen diesen 43 Positionen nicht erkennen. Denn Sie fangen mit dem – auch wichtigen – Programm PEBB\$Y an, also einem Justizprogramm, mit strukturell 10 Millionen € zusätzlich. Mir scheint es so zu sein, dass innerhalb der 43 Punkte keine Priorisierung stattgefunden hat.

Wenn wir uns die Liste insgesamt einmal anschauen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen vor allem in den Regierungsfractionen, dann möchte ich Ihnen eines sagen: Das, was hier als Nebenabrede, als Geheimpapier vorliegt, ist so etwas wie das Drehbuch, das man sich für die nächsten fünf Jahre gegeben hat. Dieses Drehbuch haben nur einige Wenige ausgearbeitet. Diese einigen Wenigen setzen voraus, dass Sie sich zu Statistiken in dieser Inszenierung machen. Das kann nicht Ihr Anspruch als Parlamentarier in Baden-Württemberg sein, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Denn wie laufen Haushaltsberatungen ab? Die Regierung bringt aufgrund ihrer Sachkenntnis Vorschläge ein. Was die Ministerien angeht, ist das auch logisch und richtig. Die Regierung nimmt in der Haushaltsaufstellung jeweils auch gewisse Priorisierungen vor. Herr Ministerpräsident, Sie haben es zu Recht gesagt: Eine solche Liste gab es mit uns nicht. Man hat jeweils im Kontext der Haushaltsberatungen, und zwar auch im Hinblick auf die Frage der Verfügbarkeit des Geldes, Entscheidungen getroffen. Das ist parlamentarisches Handeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer ein Drehbuch für fünf Jahre schreibt, verabschiedet sich offensichtlich von diesem offenen Prozess, der verabschiedet sich vor allem davon, dass auch die Regierungsfractionen Willensbildungen im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung einbringen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

(Andreas Stoch)

Sie haben auch die Frage angesprochen: Was ist denn falsch an diesen Maßnahmen? Ich glaube, allein an dieser Frage habe ich und haben viele erkannt, dass Sie nicht verstanden haben, worum es uns hier geht.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! Nicht verstanden!)

Es geht hier nicht um diese Maßnahmen im Detail. Wir werden über all diese Maßnahmen, soweit sie von der Regierung ins Parlament gebracht werden, im Einzelnen sprechen, werden die Vor- und Nachteile abwägen und hierüber Entscheidungen treffen. Das Problem daran ist, Herr Ministerpräsident, dass Sie hier Vorentscheidungen treffen und damit auch voraussetzen – und zwar im Widerspruch zum Koalitionsvertrag –,

(Zuruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE)

dass das, was hier im Parlament passiert, Ihrem Willen entspricht. Doch ich glaube, dass es der Respekt gegenüber dem Parlament gebietet, dass man hier keine Entscheidungen am Parlament vorbei trifft, sondern Entscheidungen mit dem und im Parlament trifft, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Deswegen glaube ich, dass der gestrige Tag schon ein Stück weit eine Zäsur darstellt; eine Zäsur insoweit, als der Ministerpräsident – dies haben wir alle in den letzten Monaten gespürt, gerade auch im Zusammenhang mit der Landtagswahl – als Person, gerade auch was das Thema Glaubwürdigkeit betrifft, von den Menschen einen großen Vertrauensvorsprung bekommen hat.

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, wer dann in einer Pressekonzferenz lapidar antwortet: „Ich mauschle schon immer“, der tritt dieses Ansehen, das er bei den Menschen genießt – mit Verlaub –, mit Füßen. Das ist ein schlechtes Signal für die Regierung.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich appelliere hier vor allem an die Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfractionen. Ich habe hier im Parlament im Jahr 2010 etwas erlebt, was ich so nie wieder erleben möchte. Wir hatten damals die Entscheidung über den Ankauf der EnBW-Anteile zu treffen, und wir haben als Oppositionsvertreter, und zwar Grüne und SPD, das Gefühl gehabt, dass hier eine Regierung – und zwar nur ganz wenige in dieser Regierung – Herrschaftswissen hatte und dass die Abgeordneten – so wurde es vorausgesetzt – wie die Lemminge hinterherlaufen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen, ich habe an Sie zu appellieren: Der Auftrag Ihrer Wählerinnen und Wähler ist, dass Sie Ihre Verantwortung wahrnehmen. Das heißt nicht, dass Sie die Geheimniskrämerei aufseiten der Regierung gutheißen, sondern das heißt, dass Sie die Rechte des Parlaments einfordern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der FDP/DVP, der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unterirdischer Vergleich! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Ministerpräsident, Sie haben hier am heutigen Tag gesagt, dass Sie Transparenz üben wollen, soweit sinnvoll. Das muss man einmal für einen Augenblick im Raum stehen lassen und sich überlegen, was damit gemeint ist: „Transparenz, soweit sinnvoll“. Das kann doch nur heißen: Transparenz ist gut für die Sonntagsreden.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Wenn man irgendwo im Land unterwegs ist, wenn man wohlklingende Regierungserklärungen ohne inhaltliche Substanz hält, dann wird von Transparenz geredet. Wenn es aber um Macht geht, wenn es um Regierungshandeln geht, dann ist Transparenz hinderlich und lästig, und dann beginnt die Geheimniskrämerei.

(Beifall bei der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Das ist offensichtlich Ihr Politikbild, Herr Ministerpräsident. Nicht alles, Herr Ministerpräsident Kretschmann, was hinkt, ist ein Vergleich.

Der Vermittlungsausschuss, haben Sie gesagt, berät auch nicht öffentlich – so wie unsere geheimen Nebenabsprachen. Herr Ministerpräsident, ich habe aber noch nie etwas von einer geheimen Absprache des Vermittlungsausschusses gehört, davon gehört, dass der Vermittlungsausschuss irgendetwas beschlossen hätte und dies dann geheim gehalten worden wäre und zu dem der Öffentlichkeit etwas anderes erzählt worden wäre. Also hören Sie doch auf, der Öffentlichkeit und auch den eigenen Fraktionen mit solchen Vergleichen Sand in die Augen zu streuen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Sie, Herr Ministerpräsident, sprachen von Konfliktvermeidung. Sie machen diese geheimen Nebenabsprachen, von denen die Regierungsfractionen nichts wissen, von denen Ihre Parteien nichts wissen, von denen die Öffentlichkeit nichts weiß, von denen die Medien nichts wissen, um Konflikte zu vermeiden. Wenn Sie Konflikte vermeiden wollen, warum machen Sie es dann geheim? Oder gehen Sie davon aus, wie es der Kollege Stoch formuliert hat, dass diese Regierungsfractionen alles absegnen, was Sie im Geheimen besprochen haben, dass die Konflikte, wenn das Ganze dann an die Öffentlichkeit kommt, nicht doch irgendwie ausgetragen werden müssen?

Vor allem – wenn Sie von Konfliktvermeidung sprechen –: Es hat ja am gestrigen Tag Sitzungen der Regierungsfractionen gegeben. Herr Ministerpräsident, wurden Sie von allen Abgeordneten für das gelobt, was da gelaufen ist? Oder, Herr

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Strobl, wie war es denn in der CDU-Fraktion? Haben da alle gesagt: „Super, Thomas, so muss man es machen“?

(Heiterkeit – Zurufe)

– Ja, genau so war es. Wunderbar.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Wolfgang Reinhardt CDU: Wir haben sogar gefeiert, Herr Kollege!)

– Gefeierte wurde sogar. Das ist ja wunderbar. Also, wir halten fest:

(Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU ist wieder da, wo sie war!)

Wenn die CDU-Fraktion etwas nicht weiß und wenn der stellvertretende Ministerpräsident und Parteivorsitzende erklärt: „Das mache ich ohne euch, das geht euch nichts an, das braucht ihr nicht zu wissen“, dann wird er bei der nächsten Fraktionssitzung gefeiert.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Das ist das Selbstverständnis der CDU-Fraktion.

Herr Schwarz, haben Sie den Ministerpräsidenten auch gefeiert? Wie war es bei den Grünen? Haben Sie gesagt: „Super, Winfried, so macht man Politik; das ist Transparenz; da kriegen wir von der Basis nur Lob, nachdem das Ganze jetzt öffentlich geworden ist“? Sie können dazu ja nachher Ausführungen machen. Auch in der grünen Fraktion herrschte wahrscheinlich große Begeisterung und haben alle gesagt: „Genau dafür haben unsere Wählerinnen und Wähler uns gewählt.“

(Beifall bei der FDP/DVP)

Oder war es vielleicht so, Herr Ministerpräsident und Herr Strobl, dass Sie irgendwann am Wochenende gesagt haben: „Jetzt müssen wir doch einmal die Fraktionen mit einbeziehen“, dann gemeinsam zur „Südwest Presse“ gegangen sind und dem Herrn Muschel das Blatt in die Hand gedrückt und gesagt haben: „Das kannst du jetzt veröffentlichen, denn wir müssen endlich Transparenz schaffen“? Das ist „professionelles“ Regierungshandeln. Ich gratuliere, meine Herren!

(Beifall bei der FDP/DVP und den fraktionslosen Abgeordneten)

Herr Ministerpräsident, Sie haben erklärt, sonst habe man die Konflikte bei jeder Haushaltsberatung. Auch dieses Verständnis vom Parlament und von den Regierungsfractionen muss man sich auf der Zunge zergehen lassen.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Wenn also der Haushalt auf der Tagesordnung steht, wenn man sich die Frage stellen muss, welche Projekte man in den anstehenden ein oder zwei Jahren vorhat, wie die Haushaltslage ist, beispielsweise die Steuereinnahmen, was möglich und was nicht möglich ist, dann ist man in der Tat im Konflikt. Dann muss man darum ringen, einen Haushalt aufzustellen. Das ist Ihnen aber lästig. Vor allem ist es lästig, wenn dann möglicherweise noch Menschen mitreden, die sich Parlamentarier nennen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: „Die sich Parlamentarier nennen“! Was meinen Sie mit Ihrem Satz? Was soll denn das?)

Deren Mitspracherecht kann man ja dadurch ausschalten, dass man eine Geheimabsprache trifft. Anschließend kann man den Fraktionen im Wege der Konfliktvermeidung sagen: „Freunde, freut euch, ihr seid ohne jeden Konflikt. Denn wir haben bereits geheim abgesprochen, was ihr zu beschließen habt.“ Das nennen Sie „Konfliktvermeidung“, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Von „reinen innerkoalitionären Überlegungen“ haben Sie, Herr Ministerpräsident Kretschmann, gesprochen.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Betrifft das nur Ihre Koalition, was Sie da abgesprochen haben? 700 Millionen € zusätzliche strukturelle Ausgaben, 2 Milliarden € Gesamtausgaben, ist das rein innerkoalitionär? Was ist denn das für ein Verständnis vom Land Baden-Württemberg? Dieses Land ist doch nicht Ihr Eigentum! Da können Sie doch nicht sagen: „Es ist ein rein innerkoalitionäres Thema, wie der Haushalt aussieht.“ Was für ein Verständnis haben Sie denn von unserem Bundesland Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der SPD und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Der Gipfel war ja das, was Sie sich im Zusammenhang mit dem Land Hessen geleistet haben.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

Das ist schon toll. Denn Sie haben ja nicht nur am gestrigen Tag behauptet, in Hessen gebe es auch Absprachen. Das hat heute der schwarz-grüne, hessische Regierungssprecher dementiert – Ihre Partner. Sie haben sich vielmehr dazu verstiegen, noch zu sagen: „Die haben noch sehr viel mehr abgesprochen, noch sehr viel länger.“ Und dann stellen Sie sich einfach hier hin und sagen: „Ich habe mich geirrt. ... Ich muss das in Zukunft wirklich sorgfältiger machen.“

Wie kommt man denn zu einer solchen Aussage: „Wir haben 14 oder 17 Seiten Geheimabsprachen, und die Hessen haben noch mehr“, und hinterher haben Sie sich einfach geirrt? So etwas kann man doch als seriöser Politiker nicht einfach in den Raum stellen. So kann man auch nicht zwischen Bundesländern zusammenarbeiten, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP, der SPD und den fraktionslosen Abgeordneten sowie Abgeordneten der AfD)

Nein, Herr Ministerpräsident, Ihr heutiger Auftritt war alles andere als eine Sternstunde dieses Parlaments. Das hat man sogar beim Applaus Ihrer eigenen Fraktion gemerkt, Herr Ministerpräsident.

(Abg. Martin Rivoir SPD: Genau!)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Nicht von uns, von der Opposition, sondern in Ihren eigenen Reihen sei – ich habe es irgendwo gelesen – vom Fehlstart dieser Landesregierung die Rede gewesen. Das war nicht nur ein Fehlstart, Herr Ministerpräsident, das waren zwei oder drei. Bei der Leichtathletik wären Sie für das, was Sie sich hier geleistet haben, bereits disqualifiziert und aus dem Rennen genommen worden.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Merz das Wort.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Ihre Botschaft hört' ich wohl, allein, mir fehlt der Glaube. Wie vorher erwähnt, kann es durchaus hilfreich sein, einen Koalitionsvertrag zu konkretisieren. Die Kritik unsererseits bezog sich neben dem Inhalt vor allem auf die Art. Die Geheimhaltung dieses Dokuments belegt, dass man dem Bürger etwas vorenthalten wollte. Da kann die Antwort eben nicht lauten: Das ist durchaus üblich.

Wenn wir die Bürger unseres Landes wieder für die Politik gewinnen wollen, müssen wir uns auch an deren Erwartungen orientieren. Da muss man sich auch einmal stellen und offen und ehrlich sein. Es wäre wirklich schön, wenn es sich hierbei nur um politisch ungeschicktes Verhalten handelte und es nicht Ihre Absicht war, die Bürger zu umgehen, oder – noch schlimmer – wenn das bei Ihnen Methode hätte.

Wir hier in Stuttgart sollten genau wissen, was es verursacht, wenn man meint, Entscheidungen hinter verschlossenen Türen treffen zu können. Denken wir nur an Stuttgart 21. Unabhängig davon, wie man dieses Projekt beurteilt – und ungeachtet dessen, dass es zum Schluss doch noch zu einer Abstimmung kam –: Wer die Studie der Uni Göttingen dazu kennt, weiß, wie viele Menschen sich infolge dieses Entscheidungsprozesses von der Politik – auch heute finden immer noch Proteste gegen Stuttgart 21 statt –, von den Parteien und vom Parlamentarismus abgewandt haben. Nur weil es den damaligen Politikverantwortlichen zu mühsam war, die Bürger in ehrlicher und offener Weise mit einzubeziehen! Lieber hat man im Hinterzimmer geklüngelt und hat die Menschen übergangen.

Die Grünen sind einst angetreten, das zu ändern. Vielleicht erinnern Sie sich einmal wieder daran: Wahrheit, Klarheit und Offenheit haben Sie zumindest noch 2010 skandiert, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Wir hoffen, Sie irgendwann einmal wieder daran messen zu können.

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unseren Koalitionsvertrag und diese Nebenabsprachen, diese gemeinsamen Verständigungen, ha-

ben wir mit dem klaren Bekenntnis abgeschlossen, für Baden-Württemberg Politik zu machen, die dieses Land jeden Tag ein bisschen besser macht, die dieses Land jeden Tag nach vorn bringt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In den Nebenabsprachen finden Konkretisierungen zu unseren gemeinsamen Vorhaben statt – sei es die innere Sicherheit, sei es eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur, sei es eine gesunde Natur, seien es starke Familien, seien es Investitionen in die Digitalisierung. All das ist im Koalitionsvertrag und in den Nebenabsprachen ausgeführt.

Die Nebenabreden sind eine Auslegungshilfe für den Koalitionsvertrag. Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten sehr dankbar, dass er hier im Hohen Hause noch einmal klar und deutlich gesagt hat, dass diese Nebenabsprachen eine Auslegungshilfe – mehr nicht – darstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Nebenabsprachen sind ein Arbeitspapier.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Sie konkretisieren die Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag hinterlegt haben. Sie schaffen für diese Vorhaben die notwendige Klarheit. Sie stellen eine erste Priorisierung dar. Sie stellen das dar, was zum Zeitpunkt der Koalitionsverhandlungen im April und im Mai dieses Jahres nach dem Wunsch der Koalitionsfraktionen als Erstes angegangen werden muss. Daher schaffen diese Nebenabsprachen eine notwendige Orientierung für zielgerichtetes Ausgestalten der Politik.

Dieses Arbeitspapier definiere ich als Leitplanken – Leitplanken, innerhalb derer wir gemeinsam den Koalitionsvertrag hier im Landtag von Baden-Württemberg umsetzen wollen. Mit anderen Worten: Die Nebenabreden ermöglichen ein geordnetes, ein gutes Regieren. Sie sind nicht mehr und auch nicht weniger. Die Skandalisierung, meine Herren Kollegen Stoch und Rülke, die Sie heute an den Tag legen, lohnt nicht.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Widerspruch bei der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Ach so? Haben Sie in den letzten Tagen einmal Zeitung gelesen?)

Ich kann für meine Fraktion ganz klar sagen – da beziehe ich auch meine Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion ein –: Wir sind keine Statisten. Wir sind keine Lemminge.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Bei diesem Vorwurf, den Sie in den Raum stellen, gehen Sie offenbar von Ihrer eigenen Fraktion aus oder blicken etwas zurück.

(Beifall bei den Grünen)

Oder hat Kollege Rülke noch die Zeit im Dezember 2010 im Kopf, wenn von Lemmingen und Statisten die Rede ist? Aber für die grüne Fraktion kann ich sagen: Wir sind ein selbstbewusstes Parlament, eine selbstbewusste Fraktion, und auch

(Andreas Schwarz)

die CDU wird das für sich in Anspruch nehmen. Da bin ich mir sicher.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Machen Sie sich da keine Sorgen, Herr Stoch und Herr Rülke. Ihre Skandalisierung lohnt sich gar nicht. Nehmen wir die zweite Start- und Landebahn. Ich weiß jetzt nicht mehr, ob es Herr Rülke oder Herr Stoch angesprochen hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Beide!)

Wir haben die zweite Start- und Landebahn tatsächlich in den Koalitionsverhandlungen diskutiert und haben dann festgestellt, dass es der Ministerpräsident Oettinger war, der dem Bau einer zweiten Start- und Landebahn eine Absage erteilt hat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben Sie es übernommen?)

Deshalb waren wir uns innerhalb der Grünen und der CDU einig, dass wir an dem, was hier im Landtag stets Konsens war, festhalten.

(Unruhe)

Auch Herr Ministerpräsident Oettinger hat es immer wieder erneuert: keine zweite Start- und Landebahn. Daran wollen wir festhalten.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum haben Sie es dann nicht beraten? – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Dann überlegt man sich: Muss man einen solchen Punkt, der gar nicht wesentlich ist,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

wo wir lediglich das, was hier immer wieder Konsens war, erneuert haben, muss man diesen Punkt in den Koalitionsvertrag schreiben? Wir haben gesagt: Der ist nicht so wesentlich.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also die unwesentlichen Sachen stehen im Koalitionsvertrag?)

Da sind wir uns sowieso einig. Er kommt also in eine Nebenabsprache. Es ist also eine weitere Konkretisierung unseres gemeinsamen Tuns. Es ist nicht mehr, aber auch nicht weniger. Das ist kein Anlass, zu skandalisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Es gibt auch keinen Widerspruch, Herr Rülke. Auch im Bereich der Justiz gibt es keinen solchen Widerspruch. Es ist ja jetzt alles transparent gemacht worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt!)

Sie können es ja nachlesen, Herr Rülke, und zwar auf Seite 76 des Koalitionsvertrags und auf Seite 4 der Nebenabsprachen. Ich will es einfach noch einmal zitieren:

Die Zahl der Amtsgerichte und Landgerichte soll beibehalten werden, um eine bürgernahe, serviceorientierte Justiz auch in ländlichen Regionen sicherzustellen.

Und, Herr Rülke, ich lese auch den folgenden Satz vor:

Wo aus organisatorischen Gründen eine Umstrukturierung zwingend notwendig erscheint, soll die Bürgernähe durch eine regelmäßige Zahl von Gerichtstagen aufrecht erhalten werden.

So weit das Zitat.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Dann lesen Sie mal die Nebenabreden!)

Schauen Sie jetzt nach, was wir in der Nebenabrede dazu formuliert haben – Zitat –:

Wir wollen die Struktur der Justiz bzw. Gerichte einer Prüfung unterziehen

– Haken dran –

und ggf. mehrere Gerichte an einem Standort zu einem Justizzentrum zusammenfassen, ...

Also kein Widerspruch!

(Lachen bei der SPD)

Es geht darum, mehrere Gerichte an einem Standort zusammenzufassen. Das ist kein Widerspruch zwischen der Nebenabsprache und dem Koalitionsvertrag. Das ist alles deckungsgleich, alles im Einklang, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich kann Ihnen das auch erläutern. Ich kann Ihnen erläutern, warum wir die Idee eines Justizzentrums in die Liste der Nebenabsprachen aufgenommen haben: weil es uns darum geht, im Bereich der Justiz die Gesichtspunkte von Effizienz und Wirtschaftlichkeit voranzutreiben. Wenn wir diese Prüfung vornehmen, dann geht es uns nicht darum, die Zahl der Standorte zu reduzieren, sondern darum, zu untersuchen, wie beispielsweise in einem gemeinsam genutzten Gebäude, in einem Justizzentrum, Justizwachtmeister effizienter eingesetzt werden können, wie die Aktenführung wirtschaftlicher ausgestaltet werden kann, und letztendlich geht es um eine wirtschaftlichere Nutzung der Räume. Es besteht also, liebe Kolleginnen und Kollegen, kein Anlass für Skandalisierung in diesem Bereich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Klar ist: Wir stehen für Haushaltskonsolidierung und Einhaltung der Schuldenbremse; der Ministerpräsident hat es noch einmal dargelegt. Jede zusätzliche Ausgabe muss finanziert werden. Das ist kein Lippenbekenntnis. Der Eckdatenbeschluss zum nächsten Haushalt, den das Kabinett dieser Tage gefasst hat, ist doch das beste Indiz dafür, dass sich Grüne und CDU vorgenommen haben, keine Politik auf Pump, sondern eine nachhaltige Finanzpolitik im Landtag von Baden-Württemberg zu machen. Das können Sie daran sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Den Hebel, um dies sicherzustellen, haben wir alle hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lassen Sie mich noch den Gedanken ausführen, dann kann er gern die Zwischenfrage stellen.

Es kann kein Haushalt am Landtag vorbei beschlossen werden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hoffentlich! – Unruhe)

Wir, der Haushaltsgesetzgeber, werden den Staatshaushaltsplan, den die Regierung einbringt, in einer ersten Lesung, in einer zweiten Lesung und in einer umfangreichen Beratung im Haushalts-, also im Finanzausschuss beraten. Kein Haushalt wird am Landtag vorbei beraten, es gibt Transparenz für alle Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Hört, hört! – Zuruf des Abg. Dr. Gerhard Aden FDP/DVP)

Das bedeutet: Alle Maßnahmen, die Sie jetzt gelesen haben, kommen auf den Tisch des Hauses. Sie werden hier diskutiert, und sie werden letztendlich vom Parlament beschlossen. Es gilt nicht nur der Haushaltsvorbehalt, sondern es gilt auch der Parlamentsvorbehalt. Wir im Landtag von Baden-Württemberg entscheiden und sonst niemand, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Jetzt, Kollege Binder, bitte Ihre Frage.

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Kollege Schwarz – ja, nehmen Sie sich ruhig einen Zettel zum Mitschreiben –, Sie haben sich gerade als selbstbewusster Fraktionsvorsitzender einer Regierungsfraktion, der den Parlamentsvorbehalt heraushebt, geriert. Wann hatten Sie denn zum ersten Mal Kenntnis von dieser Nebenabrede, und können Sie dafür Ihre Hand ins Feuer legen, dass alle Abgeordneten Ihrer Fraktion die Nebenabrede kannten, bevor sie veröffentlicht worden ist?

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr gute Frage!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr geehrter Herr Kollege Binder, ich freue mich erst einmal über die anerkennenden Worte: „als selbstbewusster Fraktionsvorsitzender“. Als selbstbewusstem Fraktionsvorsitzendem war mir klar, dass es immer Verständigungen zwischen den Koalitionsfraktionen gibt.

(Zuruf von der SPD: Das ist die Frage!)

Ich war ja selbst an den Koalitionsverhandlungen beteiligt. Ich habe über die zweite Start- und Landebahn gesprochen, und als wir in der Koalitionsarbeitsgruppe gesagt haben, die zweite Start- und Landebahn, die wir nicht wollen, komme auf die Liste der Nebenabreden, war für mich zu diesem Zeitpunkt klar: Es gibt noch eine weitere Verständigung.

(Zuruf von der SPD: Wann jetzt?)

Mir war es ein Anliegen, dass meine Fraktion sehr frühzeitig informiert wird. Es war unser gemeinsames Anliegen, diese Liste transparent zu machen. Deshalb ist sie am Montagabend

veröffentlicht worden, sodass alle Abgeordneten und die gesamte Öffentlichkeit Einblick in die Liste haben.

(Abg. Sascha Binder SPD: Wann hatten Sie Kenntnis? – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke des Präsidenten)

Man kann uns nicht vorwerfen, dass diese Nebenabreden ein komplett neues Bild der grün-schwarzen Regierung zeichnen würden. Vom Vorwurf der Täuschung kann überhaupt keine Rede sein. Erinnern Sie sich einmal an die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten oder an das, was ich in der Erwiderung gesagt habe. Ich kann mich noch gut erinnern, wie die SPD heimlich klatschen wollte, als es darum ging, dass wir 500 Millionen € für ein Infrastruktur- und Investitionsprogramm auflegen wollen.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das geht am Thema vorbei, Herr Schwarz! Thema verfehlt!)

Ich kann mich noch erinnern, dass der Fraktionsvorsitzende Stoch bei den 20 zusätzlichen Poolstunden pro Zug heimlich für die Realschulen klatschen wollte, und viele weitere Kollegen der SPD wollten auch heimlich klatschen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Er wollte wirklich klatschen!)

Insofern waren diese Zahlen hier im Haus schon teilweise bekannt, bevor dann am Montag die ganze Liste veröffentlicht worden ist.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Die CDU wollte gerade auch klatschen!)

Also, um es noch einmal abzuschließen: Die Liste der Nebenabreden ist ein Arbeitspapier.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Es stellt ein Werkzeug dar, um die gemeinsamen Projekte umzusetzen. Wir werden alles dafür tun, dieses Land gut zu regieren, es nach vorn zu bringen, Politik zu entwickeln, die Baden-Württemberg jeden Tag ein bisschen besser macht. Darauf freue ich mich.

Ich bedanke mich für das geschätzte Interesse.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Reinhart.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Wolfgang, du musst nicht! – Heiterkeit des Abg. Sascha Binder SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Seckerl GRÜNE)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst danke ich dem Ministerpräsidenten für seine klaren und offenen Worte.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD, der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Denn er hat, denke ich, den Hintergrund beleuchtet. Denn man muss ja immer wissen: Wo stehen wir, und wie kam es z. B.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

zu einer solchen Nebenabrede, die man jederzeit auch ein Auslegungsmemo, Konkretisierungsmemo oder Protokoll hätte nennen können?

Ich habe eben vom Ministerpräsidenten gehört, Herr Kollege Stoch, dass die Kolleginnen und Kollegen der Grünen dieses Mal einiges verschriftlichen wollten, weil sie in der Koalition mit der SPD schlechte Erfahrungen bei der gemeinsamen Umsetzung von Vereinbarungen gemacht haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Oh! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP zur SPD: Ihr seid schuld! – Abg. Reinhold Gall SPD: Können Sie das mal mit Beispielen belegen? Kretschmann hat dies mit dem Vorschlag der Streichung von 11 000 Lehrerstellen so gewollt! – Weitere Zurufe)

Ich habe das heute realistisch gehört und gehe davon aus, dass das eine grün-rote fünfjährige Bilanz war, die nun zu dem neuen Abspracheverfahren geführt hat. Das war Punkt 1.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Punkt 2: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, um was geht es in dieser Debatte? Es geht um ein Arbeitspapier aus den Koalitionsverhandlungen,

(Zurufe von der SPD – Unruhe)

um nicht mehr und um nicht weniger. Der Inhalt dieses Papiers ist eine Sammlung von Priorisierungen und damit nichts weiter als eine politische Absichtserklärung. Wenn ich mir diese Absichtserklärung einmal vornehme, stelle ich fest – in den ganzen eineinhalb Stunden haben Sie sich gescheut wie der Teufel das Weihwasser, auf die Inhalte einzugehen –:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD: Nein! – Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie verfehlen das Thema! – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Manchmal hilft – Herr Kollege Stoch, Sie sind Jurist – ein Blick in den Text. Das ist kein Gesetzestext, aber ein Text einer Absprache.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Den habe ich gelesen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Lesen Sie doch den Anfang!)

– Ja, Herr Kollege Drexler,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

ich kann Ihnen nur empfehlen:

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was denn?)

Man darf nicht die Hälfte zitieren, man muss vollständig zitieren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ich habe es vor Ihnen gelesen! – Weitere Zurufe)

Sehen Sie?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe)

Kein einziger Redner der Opposition hat z. B. vorgelesen – ich zitiere –:

Diese Liste kann einvernehmlich durch den Koalitionsausschuss geändert werden.

Kein einziges Mal wurde das zitiert. Ich will Ihnen sagen: Der Koalitionsausschuss tagt regelmäßig,

(Zuruf von der SPD: Nein!)

und ich kann Ihnen auch versichern: Darin ist der Geist der jederzeit möglichen Abänderbarkeit enthalten.

(Lachen bei der SPD und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Jetzt will ich Ihnen aber einmal inhaltlich sagen, was dann folgt. Dazu haben Sie nichts gesagt.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege Dr. Reinhart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Glück?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Selbstverständlich.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Herr Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Kollege Dr. Reinhart, vielen Dank, dass Sie die Frage zulassen. – Sie haben jetzt gerade eben gesagt, dass die Nebenabreden gewissermaßen ein unwichtiges Arbeitspapier wären.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sprachhilfe!)

Entspricht es nicht eher der Wahrheit, dass das eigentliche, wichtige Papier das der Nebenabreden ist?

(Zuruf: Genau!)

Denn ganz im Gegensatz zum Koalitionsvertrag, in dem alles unter Finanzierungsvorbehalt steht,

(Zuruf von den Grünen: Das hat er eben schon mal gefragt!)

steht ja hier schon auf der ersten Seite – ich zitiere –:

Es wird in der Nebenabrede eine Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen Mehrbedarfen beigelegt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Noch einmal die Frage: Ist nicht eigentlich das hier das wichtige Papier und Ihr Koalitionsvertrag so etwas Ähnliches wie ein kleines Feigenblatt, das Sie der Öffentlichkeit präsentiert haben?

(Beifall bei der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Glück, der Koalitionsvertrag und auch eine Nebenabrede sind eine erste Stufe, wo sich Parteien verabreden. Was wichtig ist – das soll-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

ten Sie mit Stolz hier verkünden –, ist das, was das Parlament als Gesetz beschließt. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Das ist sozusagen eine Folge dessen, dass der Ministerpräsident völlig zu Recht betont hat, dass die Hoheit des Königsrechts, das Budgetrecht dieses Parlaments, in keiner Weise in Abrede gestellt wird. Im Gegenteil, das sind Stufen. Da will ich jetzt hinzufügen, weil ich hinter Ihnen den Kollegen Goll sehe: Der Kollege Rülke war ja leider nur ganz kurze Zeit am Tisch des Koalitionsausschusses; deshalb fehlt ihm da manche Kenntnis.

(Heiterkeit bei der SPD)

Aber der Kollege Goll hat mehrere Jahre auch Koalitionsausschüsse erlebt.

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Und hat nie eine Nebenabrede gesehen!)

– Das ist wohl wahr.

(Lachen bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich werde diese kurze Zeit nie vergessen!)

Deshalb will ich nur sagen: Es ist auch in der historischen Praxis vieler Koalitionen auf Bundesebene und auch in den 16 Bundesländern

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In Hessen!)

durchaus der Fall, dass mündliche Abreden getroffen wurden. Aber eines will ich jetzt schon sagen: Ein schriftliches Festhalten hat in der Tat einen Vorteil:

(Zuruf: Richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Man kann es nachlesen! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es kann herauskommen!)

Bei mündlichen Abreden gibt es häufig hinterher Streit, was besprochen wurde. Hier hat man schwarz auf weiß, was als Prioritätsabsicht besprochen wurde. Da kann ich nur sagen: Das wirkt Streitvermeidend, konsensbildend und ist damit durchaus konstruktiv für eine Zusammenarbeit einer so neuen, jungen Ehe, wie sie hier von Grün-Schwarz eingegangen worden ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich gestatte auch eine weitere Zwischenfrage.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Glück, bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich gehe davon aus, dass das nicht meine Redezeit beeinträchtigt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Freie Redezeit!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sie haben freie Redezeit, Herr Kollege.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Im Übrigen empfinde ich das als das Salz in der Suppe. – Bitte sehr.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Bitte, Kollege Glück.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Danke, dass Sie diese kleine Zwischenfrage – es ist wirklich eine kleine Zwischenfrage – erlauben.

Sie haben jetzt gerade eben darauf hingewiesen, dass es das Königsrecht des Parlaments ist, den Haushalt zu beschließen. Wie bitte um Himmels willen kommen Sie dann dazu, eine Nebenabrede zu treffen, in der etwas drinsteht, was genau dieses Königsrecht konterkariert,

(Zuruf von den Grünen: Wo denn?)

indem Sie nämlich schreiben, dass das eine Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen Mehrbedarfen ist? Dass der Haushalt natürlich ein Königsrecht des Parlaments ist, ist ja völlig unstrittig. Aber wie kommen Sie bitte dann dazu, Vereinbarungen zu treffen, die genau davon ausgenommen sein sollen? Das verstehe ich nicht. Vielleicht können Sie mir das erklären.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Herr Kollege Glück, ich will zu Ihrem Glück beitragen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Wenn Sie in der Abfolge Probleme haben, es zu verstehen, helfe ich nochmals. Denn im Grunde genommen hat schon der Ministerpräsident Auslegungshilfe gegeben; der Kollege Schwarz hat zu Recht darauf hingewiesen.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Sollen wir es im Protokoll nachlesen?)

Jetzt sage ich es noch einmal: Es ist eine Reihenfolge, die eine klare Priorität hat.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht aber nicht drin!)

Es ist Folgendes: Wir haben hier politische Absichtserklärungen von Parteien. Aber all das gehört immer zum politischen Geschäft. Sie werden, wenn Sie einmal Koalitionsvereinbarungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland analysieren, feststellen, dass bei keiner Koalition zum Schluss alles so herausgekommen ist, wie es hineingegangen ist.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist nicht das Thema!)

Deshalb gibt es gewählte Parlamente mit unabhängigen Parlamentariern, und diese werden in der Gesetzgebung je nach Veränderung zu entscheiden haben, welche Schwerpunkte sie setzen. Prioritäten setzen Posterioritäten voraus. Das wird auch im Rahmen der raschen Veränderungen möglicherweise eintreten. Fragen Sie einmal Ihren Kollegen Goll, wie er 2008

(Dr. Wolfgang Reinhart)

und 2009 plötzlich mit 5 % Rückgang des Bruttoinlandsprodukts konfrontiert war und welche politischen Sparmaßnahmen plötzlich von heute auf morgen nötig wurden, weil die größte Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit eingetreten ist.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist nicht das Thema!)

Da können Sie jede Absichtserklärung plötzlich auf die Seite legen, weil Sie ganz andere Herausforderungen haben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben wir keine gemacht!)

– Bitte?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Deshalb haben wir keine gemacht!)

– Ja, der Punkt ist natürlich der,

(Heiterkeit bei der FDP/DVP)

dass ich überzeugt davon bin – das hat der Ministerpräsident angesprochen –: Das Vertrauen wächst, auch die Koalitionspartner wachsen zusammen. Ich kann hier heute zur Bilanz nur sagen: Das ist wahr. Ich unterstreiche jeden Satz, den der Ministerpräsident hier gesagt hat. Diese Koalition läuft in diesen ersten Monaten reibungslos.

(Lachen des Abg. Andreas Stoch SPD)

Die Kollegen von der AfD sagen nun hier, sie wollten über Verantwortung im Parlamentarismus sprechen. Herr Merz, Sie sagen, Sie wollten uns zeigen, wie Politik geht. Was haben Sie eigentlich in den letzten zwei Monaten hier gezeigt, wie Politik gehe? Sie haben den ganzen Laden aufgehalten.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das stimmt!)

Jetzt gestatten Sie mir schon, in der gemeinsamen Struktur auch auf die Argumente einzugehen, die hier vorgebracht wurden. Aber vorher will ich noch ein paar Fragen stellen, weil die Inhalte ja nicht angesprochen wurden.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, bevor Sie Ihre Fragen stellen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Binder?

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wo ist der Kollege Binder?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Abg. Binder von der SPD, links von Ihnen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ja.

Abg. Sascha Binder SPD: Ich werde es Ihnen nachsehen, dass Sie erst in die falsche Richtung geschaut haben.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Bei Ihnen habe ich ja nur Unterstützung erwartet. Deshalb habe ich auf die rechte Seite geschaut.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Kollege Reinhart, nachdem die Regierungsfraktion der Grünen am Montag von dieser Nebenabrede Kenntnis erlangt hat, würde mich interessieren, wann Sie als Person und Ihre Fraktion in Gänze davon Kenntnis erlangt haben, ob sich die CDU-Fraktion an diese Nebenabreden gebunden fühlt und ob das gestern in der Fraktionssitzung der CDU-Fraktion noch einmal zum Ausdruck gekommen ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE zur SPD: Was habt ihr gestern in der Fraktion diskutiert?)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrter Herr Kollege Binder, ich kann Ihnen zunächst versichern, dass hier zu Recht gesagt wurde – – Wenn ich mir den Katalog der Inhalte anschau, stelle ich fest: Ich habe die letzten zwei, drei Monate eigentlich ständig Inhalte, auch aus der Koalitionsvereinbarung, gelesen, die exakt diesen Vorhaben entsprechen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war nicht die Frage!)

Ich behaupte, es sind nicht nur 60 %, sondern es sind 70, 80 %, die längst kommuniziert wurden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das war nicht die Frage! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

– Ich komme gleich darauf. – Wir befassen uns nicht nur bei Parteitagen, sondern regelmäßig auch bei Fraktionssitzungen mit Inhalten und wichtigen Vorhaben.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Jetzt will ich einmal auf die Vorhaben eingehen, weil ständig sozusagen eine Kurve darum gemacht wird.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Antwort fehlt noch!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sind Sie gegen eine Verbesserung der Werkrealschule? Sind Sie gegen ein Gebäudesanierungsprogramm, das abhängig sein wird vom Bund?

(Abg. Peter Hofelich SPD: Die Antwort! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Flughafen!)

Sind Sie gegen Ressourceneffizienz, Wohnraumförderung oder – es wurde vom Kollegen Schwarz angesprochen – –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Flughafen! – Abg. Gabi Rolland SPD: Bundesmittel! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ja, ich komme jetzt auf landespolitische Vorhaben zu sprechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Sehen Sie, da steht: Wohnraumförderung – natürlich oft auch in Kofinanzierung vom Bund abhängig.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Natürlich!)

Soll ich Ihnen einmal etwas sagen? Herr Gabriel trifft sich in Berlin regelmäßig mit Frau Merkel,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Tengelmann! – Zurufe von der SPD)

mit Herrn Seehofer, trifft Absprachen, übrigens – völlig richtig dargestellt – oft auch im Vermittlungsausschuss, und dann wird erst am Sitzungstag des Bundesrats mit Protokollerklärung das bekannt gegeben,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Es wird immer schlimmer!)

was man vorher geheim besprochen hat. Das gehört zum Handwerk der Politik.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie Fragen stellen, dann sollten Sie auch zuhören, wenn die Antworten gegeben werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Wir haben zugehört, aber er hat keine Antworten gegeben!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Ich will jetzt schon einmal darauf eingehen. Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Aber zuerst die Antwort! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD: Genau! – Abg. Sascha Binder SPD: Ich habe immer noch keine Antwort gekriegt!)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Wenn Sie sich einmal die Daten vor Augen halten und wissen, dass diese Verhandlungen zwischen den Parteien mit diesen Absichtserklärungen logischerweise vor dem 10. Mai abgeschlossen und unterzeichnet wurden, und sich bewusst machen, dass der Fraktionsvorsitzende erst deutlich danach gewählt wurde, merken Sie, dass ich zu dieser Zeit persönlich nicht den Inhalt gekannt haben konnte. Das hat etwas mit Logik zu tun.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Es geht um die Zeit danach!)

– Auch danach, kann ich Ihnen versichern, Herr Kollege Stoch; seien Sie ganz beruhigt. – Nicht nur jetzt und nicht nur in den Fraktionssitzungen, auch die kommenden fünf Jahre werden wir uns über jedes einzelne Thema

(Zuruf von der SPD: Wieder keine Antwort!)

in aller Ruhe unterhalten, entscheiden, übrigens mit dem Koalitionspartner abstimmen

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

und zum Schluss in einer politischen Abwägung zu Entscheidungen gelangen. Das ist tägliches professionelles Handeln in der Politik, und so werden wir es machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Jetzt möchte ich aber schon, weil ich doch Unruhe spüre, sagen: Zum beabsichtigten Digitalisierungspaket mit einem Volumen von 325 Millionen € habe ich kein Wort der Kritik gehört.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wolfgang Drexler: Wann haben Sie das erfahren?)

Ich gehe auch davon aus, dass Sie das nicht kritisieren, weil das eine wichtige Investition in die Zukunft sein wird. Oder nehmen wir die Ausstattung der Polizei.

(Zuruf von der SPD: War das jetzt Kritik an Ihrem Koalitionspartner? So habe ich das jetzt verstanden!)

Herr Kollege Gall schaut zu Recht ganz tief nach unten und blickt mich nicht an.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD – Unruhe)

Das ist mir klar. Denn er muss in diesem Zusammenhang natürlich geradezu Schmerz empfinden, weil er weiß: Das wäre schon zu seiner Zeit wichtig und nötig gewesen. Wir machen das jetzt. Das ist der Unterschied in diesem Punkt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Nehmen Sie die Infrastruktur – Straße, Schiene, Hochbau, Hochschulen –: 500 Millionen €.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das sind natürlich Absichten für investive Maßnahmen, die diesem Land und der Zukunft dieses Landes dienen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Deshalb haben Sie kein Wort zu den wirklichen Inhalten dieser Abrede gesagt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Wenn ich jetzt auf diese Form der ergänzenden Ergebnissicherung eingehe,

(Lachen der Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP und Sascha Binder SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Ergänzende Ergebnishilfe“!)

dann ist es nun so: Es gehört zum Handwerk, was überhaupt nicht selten ist. Es ist in einer Koalition nämlich Alltag, wenn man professionell arbeitet.

(Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

– Herr Stoch, ich habe es vorhin schon bei der Rede des Ministerpräsidenten noch einmal von ihm bestätigt bekommen. Es muss geradezu ein Trauma gewesen sein,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Ist der Ministerpräsident traumatisiert?)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

das ihn dazu bewegt hat, dieses Mal die Dinge schriftlich festzuhalten, statt nur einer mündlichen Nebenabrede zuzustimmen. Das ist für mich die Interpretation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber ich will es darüber hinaus interpretieren: Es ist natürlich ein Beitrag zum politischen Konfliktmanagement und damit auch ein Beitrag zu einer Kultur demokratischer Kompromissfähigkeit.

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

Auch das gehört zum Umgang, wenn sich Parteien unterhalten und Kompromisse finden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist aber völlig neu!)

Jetzt will ich auf diese Ängste eingehen,

(Abg. Martin Rivoir SPD: „Ängste“!)

dass das Parlament übergangen werde. Von Ängsten vor einer Missachtung des Parlaments kann wirklich keine Rede sein, schon allein deshalb nicht, weil das Parlament zum Zeitpunkt der Unterschrift am 9. Mai noch nicht einmal konstituiert war.

(Zuruf von der SPD: Stimmt!)

Betrachten Sie darüber hinaus die Abläufe: Es wurde zu Recht von den Vorrednern betont, dass dieser Koalitionsvertrag eine Vereinbarung zwischen Parteien darstellt.

(Zuruf von der SPD)

Das ist eine erste Stufe.

(Zuruf von der SPD: Aha!)

Sie haben doch auch vor fünf Jahren einen Koalitionsvertrag zwischen Parteien geschlossen, wo natürlich, ohne ihn im Landtag noch einmal parlamentarisch ratifizieren zu lassen, dann versucht wurde, ihn inhaltlich weitgehend umzusetzen. Auch das gehört zum Geschäft.

Insoweit habe ich schon den Eindruck – das hat Herr Kollege Schwarz zu Recht angesprochen –, dass hier mit einer gewissen Künstlichkeit – vor allem beim Kollegen Rülke gehört immer eine gewisse Theatralik dazu –

(Vereinzelte Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das verbindet doch!)

etwas skandalisiert wird, was einfach kein Skandal ist. Es ist das Königsrecht des Parlaments. Deshalb ist der Haushaltsgesetzgeber erst in der Folge gehalten, zu handeln, und damit auch von dieser Liste zunächst primär noch nicht berührt. Die Parlamentarier werden vielmehr in den Ausschüssen beraten, und dann wird hier ein Haushalt verabschiedet.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Daran haben wir doch zuallererst selbst, nämlich als Parlamentarier der Koalitionsfraktionen, das allergrößte Interesse.

(Zuruf des Abg. Emil Sänze AfD)

Denn klar ist: Mit dem Abschluss des Koalitionsvertrags endete ein Stück weit die Stunde der Parteien. Nun sind fünf Jahre lang die Fraktionen gefordert, vor allem die beiden Regierungsfractionen in diesem Parlament, diese Vorhaben möglichst weitgehend umzusetzen.

(Beifall des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Noch nie aber – das wollte ich damit sagen, Herr Kollege Binder – ist ein Koalitionsvertrag 1 : 1 umgesetzt worden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Hat niemand behauptet!)

Das ist ganz normal.

(Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Es ist noch nie etwas so herausgekommen, wie es hineingegangen ist. Auch das gehört zum politischen Alltag. Aber Flexibilität ist gefordert. Nun – ich habe darauf hingewiesen – kann auch je nach Situation, übrigens auch unter Führung der Parteivorsitzenden oder des Ministerpräsidenten und des stellvertretenden Ministerpräsidenten, der Koalitionsausschuss je nach Dringlichkeit auch die Prioritäten in Absprache mit den Parlamentariern, mit den Fraktionen ändern. Deshalb bin ich dankbar, dass der Ministerpräsident noch einmal klar betont hat:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

An der Schuldenbremse wird nicht gerüttelt; ohne Wenn und Aber wird daran festgehalten. Das ist für uns ein wichtiges Primat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Zurufe)

Ich füge hinzu: Wir haben im Koalitionsvertrag festgelegt, dass wir die Schuldenbremse in die Landesverfassung schreiben. Dieses Ziel steht. Dazu bekennen wir uns, und daran wird auch kein internes Arbeitspapier auch nur irgendetwas ändern.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ist das ein Arbeitspapier oder eine konkrete unterschriebene Vereinbarung?)

– Herr Kollege Drexler, Sie sprechen von „Geheimabsprachen“ und „Skandalisierung“.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Erstens: Vieles aus dem Papier – ich habe es zitiert – haben Sie längst öffentlich jeden Tag in den Zeitungen gelesen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Mit Beträgen?)

– Auch mit Beträgen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

– Natürlich.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Einen Ausschluss des Haushaltsvorbehalts haben wir auch gelesen!)

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die Summen, die wir für Straßen, Schienen oder für das Digitalisierungspaket, das ich gerade angesprochen habe – das sind die größten Brocken –, vorgesehen haben, sind überhaupt kein Geheimnis.

Zweitens: Es ist völlig normal, dass zwei politische Partner auch vertraulich Vereinbarungen treffen. Denn sie bauen erst einmal miteinander intern Vertrauen auf, um dann zu Verhandlungen zu kommen. Selbst Sie von der SPD beraten viele Fragen nicht öffentlich – politisch aus gutem Grund. Ich trage – mit Genehmigung – ein Zitat vor:

Politik braucht vertrauliche Momente.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Das ist ein kluger Satz,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! – Abg. Andreas Stoch SPD: In der Tat!)

und, wie Sie meinen, auch ein richtiger Satz.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Wissen Sie, von wem er stammt? Von Martin Schulz.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Deshalb ist er auch gut!)

Er gehört der SPD an. Er hat diesen Satz, meine ich, sehr klug formuliert.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Er meint was anderes!)

– Martin Schulz könnte immer noch Ihr Kanzlerkandidat werden. Deshalb sollte man ihn schon ernst nehmen.

(Vereinzelt Heiterkeit und Beifall bei der CDU – Zurufe)

Herr Stoch, wenn wir Sie nicht überzeugen, dann sollten Sie am besten einfach auf solche Worte von Herrn Schulz hören.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] zur SPD: Ausgerechnet Schulz, der Freund der Direktoren!)

Ich will Ihnen einfach noch einmal zurufen: Es ist wichtig, dass wir die im Parlamentarismus übliche Abfolge erkennen und dass wir das Haushaltsrecht des Parlaments hochhalten. Darum geht es; denn hier geht es zunächst um Verträge zwischen Parteien. Aber das Haushaltsrecht hat Verfassungsrang.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Unstrittig!)

Auch der jeweilige, einzeln gewählte Abgeordnete wird nach seinem Wissen und Gewissen einem Haushalt zustimmen oder ihn ablehnen. Die Schuldenbremse wird gelten.

Ich füge hinzu: Es ist fast alles öffentlich kommuniziert worden – jetzt ohnehin.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Beifall des Abg. Dr. Heiner Merz AfD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, zum Ablauf – weil Sie die Fraktionen angesprochen haben –: Die Regierung bringt zunächst einen Haushalt ein –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

das hatten wir jetzt beim Nachtragshaushalt und haben wir jetzt beim anstehenden Haushalt 2017 –, und dann beraten die Fraktionen; sie werden dem Haushalt hier im Parlament zustimmen, ihn ablehnen oder auch Änderungsanträge einbringen.

Deshalb, verehrter Herr Rülke: Ich glaube, es geht hier um etwas ganz Einfaches, nämlich um tägliches praktisches

(Zuruf: Geschäft!)

Handeln. Vor diesem Hintergrund ist es nicht angebracht, hier etwas zu skandalisieren. Vielmehr bin ich – auch nach der Erklärung des Ministerpräsidenten – davon überzeugt, dass die beiden Regierungsfractionen in den kommenden fünf Jahren daran arbeiten werden, das Beste für unser Land und damit für die Bürgerinnen und Bürger und das Gemeinwohl zu realisieren.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Fraktionsvorsitzender, es ist noch eine Zwischenfrage des Kollegen Räßle offen. – Bitte, Herr Kollege Räßle.

Abg. Stefan Räßle AfD: Herr Reinhart, danke, dass Sie die Frage noch zulassen. – Sie haben uns, die AfD-Fraktion, hier direkt angesprochen und sich negativ über unsere Art und Weise geäußert, wie wir den demokratischen Stil pflegen.

(Zuruf: Zu Recht!)

Ich halte das, was sich bei uns gerade abspielt, überhaupt nicht für ein Zeichen mangelnder Demokratie.

(Zurufe von den Grünen: Frage! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo ist die Frage?)

Vielmehr sehe ich das als Stärke.

Wie schätzen Sie es ein? Ist es Demokratie, wenn Sie als Fraktionsvorsitzender die Hand heben und alle Mann hinter Ihnen, alle 42 dann auch strecken?

(Zuruf von der CDU: Frauen gibt es hier auch! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wo sitzen die Frauen?)

– Entschuldigung. Auch die Frauen. – Oder ist es für Sie Demokratie, wenn selbst hier innerhalb der CDU auch einmal demokratische Prozesse stattfinden? Wie schätzen Sie das ein?

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Meinen Sie die Spaltung?)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Sie können davon überzeugt sein, Herr Kollege Räßle. Zunächst einmal: Die Familie der Union ist aus dem Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden. Diese CDU hat viele Erfahrungen, was innerparteiliche Demokratie angeht. Ich kann Ihnen versichern,

(Dr. Wolfgang Reinhart)

dass wir in der innerparteilichen Demokratie mit Willensbildungsprozessen immer um das sachgerechte beste Ergebnis ringen. Insoweit hat das überhaupt nichts damit zu tun, dass wir nichts davon halten, wenn Sie als neu gewählte Parlamentarier hier einziehen und sich in den ersten Wochen nur mit der eigenen Spaltung befassen. Das hat uns eher gelähmt als beflügelt. Das, was Sie hier veranstaltet haben, hat auch nichts mit innerparteilicher Demokratie zu tun.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Damit ist die Runde der Fraktionsvorsitzenden nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung beendet. Wir treten in die zweite Runde der Diskussion ein.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Was? – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Zweite Runde der Aktuellen Debatte!)

Mir liegt eine Wortmeldung des Kollegen Räßple von der AfD vor.

(Unruhe)

Abg. Stefan Räßple AfD: Herr Präsident, wie viele Minuten habe ich noch?

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Sie haben noch vier Minuten Redezeit, Herr Kollege.

Abg. Stefan Räßple AfD: Alles klar. – Herr Präsident, liebe Kollegen! Wir haben heute viel über das Königsrecht des Parlaments und von Arbeitspapieren gehört. Eine Sache ist aber heute hier völlig unter den Tisch gefallen; das ist das Wichtigste überhaupt in unserer Demokratie, nämlich die Meinung des Volkes. Was sagen denn die Bürger zu dieser Mauschelaffäre?

(Unruhe)

Was sagen die Leute da draußen dazu? Ich habe an Wahlkampfständen Wahlkampf noch und nöcher gemacht. Wir als neue Partei haben die Bürger aufklären müssen, wofür wir stehen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was? – Abg. Reinhold Gall SPD: Was denn und wie denn?)

Wir haben dabei gesehen, dass die Bürger insgesamt die Schnauze voll haben, und zwar davon, dass Politik am Volk vorbei gemacht wird.

(Beifall bei der AfD)

Dazu gehört der Lobbyismus. Dazu gehören Hinterzimmergespräche. Dazu gehören Geheimabsprachen. Dazu, was vom Volk abgelehnt wird, gehört auch die Mauschelei.

(Beifall bei der AfD)

Natürlich kann nicht alles immer zu 100 % öffentlich ausgetragen werden.

(Zuruf: Ach so?)

Aber wenn man dann von Herrn Kretschmann hört, Politik ohne Absprachen hinter den Kulissen, das gehe doch gar nicht anders, oder von ihm die Aussage hört, dass er schon immer mauschle – – Was sollen die Bürger da draußen denn dazu sagen? Was sollen sie über den parlamentarischen Stil, über die Kultur in diesem Parlament denken?

(Beifall bei der AfD – Abg. Nicole Razavi CDU: Darum versuchen Sie, Hausverbote zu erteilen!)

Er sagte auch:

Ich mauschle schon immer. Ich habe da kein schlechtes Gewissen.

Herr Kretschmann, wir von der AfD sind jetzt in diesem Parlament in der Opposition, und wir sind ab heute Ihr schlechtes Gewissen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das war cool!)

Gott sei Dank gibt es in diesem Parlament die AfD. Wer denn sonst legt einmal den Finger in die Wunde?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In die eigene!)

Wer sonst spricht die Dinge an?

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Was denn?)

Auf der Zuhörertribüne sitzen Schüler.

(Zurufe: Wo? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Die hören mir zu. Die schauen zu.

Wir haben ein Parlamentsgebäude, welches rundum verglast ist. Das hat einen Sinn. Warum ist unser Parlamentsgebäude außen verglast? Das bedeutet, dass hier höchster Wert auf Transparenz gelegt wird. Denn die Bürger, die die Steuergelder zahlen, haben ein Recht auf Transparenz in diesem Parlament und in der Regierung.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen!)

Ich schlage deshalb als Alternative vor: Wir beantragen einen Untersuchungsausschuss, und zwar den Untersuchungsausschuss „Mauschelei“.

(Vereinzelt Oh-Rufe)

Denn wenn es heißt: „Ich mauschle schon immer“, dann muss in den letzten Jahrzehnten schon sehr viel gemauschelt worden sein, dass man sich zu so einer Aussage hinreißen lässt.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Wann kommt er denn?)

Wir brauchen für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses 36 Abgeordnete bzw. zwei Fraktionen. Ich biete der FDP/DVP-Fraktion an, diese zweite Fraktion zu sein.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben ja schon zwei!)

(Stefan Räßle)

Alternativ besteht ja die Möglichkeit, dass wir hier bald mit zwei Fraktionen vertreten sind.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ist das mit Gedeon oder ohne?)

Daher können wir dann diesen Untersuchungsausschuss beantragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für den Zusammenschluss fraktionsloser Kollegen erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos): Ich fasse mich kurz. Sie sehnen die Mittagspause herbei; ich auch.

Herr Ministerpräsident, wenn Sie sich hier damit herausreden, auch andere Regierungen hätten solche Nebenabreden getroffen, ist das erstens ein mehr als dürftiges Argument, und zweitens stimmt es – wie wir in dem vorgebrachten Beispiel gehört haben – gar nicht. Das macht es noch dürftiger.

Es bleibt schon dabei: Nebenabreden mit Budgetrelevanz verletzen das Haushaltsrecht des Parlaments. Man kann das nicht deutlich genug sagen. Sie täten für meine Begriffe gut daran – Herr Reinhart, ich beziehe Sie hier ausdrücklich mit ein –, sich vor dem Hohen Haus dafür zu entschuldigen,

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

statt hier auf eine sehr hilflose Art und Weise zu verteidigen, was sich letztlich gar nicht verteidigen lässt.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Das ist keine Gesetzgebung!)

– Das ist mir bewusst. Gesetzgeberisch ist es okay. Ich fechte es nicht rechtlich an. Ich sage nur: Es verletzt den Grundsatz und den Geist von Haushaltsgrundsätzen. Und das tut es.

Ich hätte übrigens ganz gern zu all dem auch einmal die Finanzministerin gehört.

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Nein! Das ist der falsche Ansatz!)

Denn hier geht es um die Abrede auf Ausnahmen zum Konsolidierungskurs. Wenn hier Sachen ausdrücklich vom Finanzierungsvorbehalt ausgeschlossen werden sollen, dann wäre es interessant, dazu auch einmal die Finanzministerin anzuhören.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Da Frau Sitzmann dazu nichts gesagt hat, nehme ich Sie, Herr Ministerpräsident, und auch Sie, Herr Reinhart, beim Wort, dass dem alles untergeordnet ist, wie wir hier gehört haben. Wir werden sehen, ob das dann tatsächlich in den parlamentarischen Beratungen auch so Bestand hat. Ich habe Zweifel daran.

Es bleibt dabei: Außerhalb geheimdienstlicher Aktivitäten, die ausgenommen sind, hat alles Budgetgeschehen öffentlich zu sein, und zwar auch in den Planungen. Und hier geht es um Planungen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jawohl!)

In jedem Kleintierzüchterverein würde man den Vorstand vom Hof jagen, wenn solche Nebenabsprachen zur Vereinskasse ohne Beteiligung der Mitglieder ruckbar würden.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Hier geht es aber nicht um eine Vereinskasse. Hier geht es um den Landeshaushalt Baden-Württembergs. Darum werden wir sehr genau hinschauen.

Herr Schwarz, wenn Sie hier im Zustand höherer Erregung verkünden, Sie seien keine Statisten, und ich Ihre Aufregtheit dabei wahrnehme, dann kann ich nur sagen: Getroffene Hunde bellen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Da klatscht jetzt aber keiner!)

Dann kommen Sie daher und erklären wortreich, dass man den Haushalt doch in den drei parlamentarischen Lesungen durch das Parlament bringen werde und dass das alles korrekt vonstattengehe. Wie großzügig! Das haben Sie nun wortreich mehrere Minuten lang hier dargelegt. Mit Verlaub, das ist eine blanke rechtliche Selbstverständlichkeit, auf die Sie hier sehr viel Zeit verwandt haben.

Nein, meine Damen und Herren von der Koalition, es bleibt dabei: Sie haben ein unzureichendes Verständnis von Transparenz und Öffentlichkeit des Haushaltsgeschehens, jedenfalls in der Planung, und Sie scheinen sich dessen nicht wirklich bewusst zu sein. Das ist empörend, und das gebe ich hier zur Kenntnis.

Danke.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Ministerpräsident, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Neue Runde!)

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist es ein Anliegen, wirklich noch einmal klarzustellen: Koalitionsvereinbarungen und erst recht Nebenabreden dazu sind Vorentscheidungen, die von politischen Parteien getroffen werden, bevor überhaupt eine Regierung gebildet wird.

(Zuruf: So ist es!)

Dann entscheiden in der Regel die Parteitage, ob auf Grundlage eines Koalitionsvertrags eine Regierung gebildet wird. Erst dann beginnt das Regierungshandeln. Dass Vorentscheidungen getroffen werden, dass dazu Koalitionsverträge ge-

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

macht werden, die Vereinbarungen zwischen den Koalitionspartnern sind, damit sie die Gewähr bieten, dass sie auch über die Legislaturperiode hin stabil regieren können, ist seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland üblich. Das hat sich in Deutschland im Vergleich mit vielen Ländern bewährt. Wir sind dazu in der Lage. Wir waren auch in der Lage, trotz einer schwierigen Wahlentscheidung, die nicht die gewünschte Koalition, die verschiedene Lager angestrebt haben, zustande kommen ließ, eine Regierung auf die Beine zu stellen und vertraglich zu vereinbaren, was wir für das Land machen wollen. Das ist im Koalitionsvertrag festgelegt.

(Zuruf: So ist es!)

Ich kann nur noch einmal wiederholen: Die Nebenabsprachen dienen dazu, Dinge, die im Koalitionsvertrag aufgrund der Haushaltslage nicht quantifiziert sind,

(Zuruf von der SPD)

zwischen den Koalitionspartnern dahin gehend abzustimmen, was die prioritären Vorhaben im Laufe der Legislaturperiode sind. Sie stellen Größenordnungen dafür dar, was zu den einzelnen Punkten entschieden worden ist. Nur so können Sie vermeiden, dass Sie andauernd in grundlegende Konfliktsituationen kommen, und das wollen wir nicht.

Wir sehen es an der Großen Koalition in Berlin, dass es nicht gut ist, wenn sich eine Koalition unentwegt über wichtige Projekte nicht einigen kann. Dem haben wir hier entgegengewirkt.

Das heißt natürlich nicht, Herr Kollege Rülke, dass es keine Konflikte mehr geben könnte, aber es ist eine Maßnahme, um sie zu begrenzen, und zwar in der Weise zu begrenzen, dass die Koalition nicht zu einer Streitkoalition wird oder gar auseinanderbricht.

Das haben wir verantwortlich so entschieden. Ich verantworte deswegen, dass wir diese Nebenabsprachen getätigt haben. Diese Verantwortung nehme ich auf mich.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Deswegen will ich noch einmal sagen – ich habe es schon einmal erläutert –: Die Alternative dazu ist, dass man erst dann entscheidet, wenn Haushaltsberatungen oder bestimmte Anträge oder Gesetzesinitiativen anstehen, die haushaltswirksam sind. Auch das kann man machen. Wir aber haben uns anders entschieden, weil wir wussten, dass es sich um zwei fast gleich starke Partner handelt, die bisher im Gegensatz zueinander standen, dass es nicht einfach wird und dass es des Vertrauens und aller Anstrengung bedarf, um dieses Land voranzubringen, um nicht nur den kleinsten gemeinsamen Nenner zu nehmen, sondern wirklich Projekte herauszuschälen, die für dieses Land evident wichtig sind. Ich habe von Ihnen, von der Opposition, noch keine Kritik an dieser Priorisierung gehört.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Die können Sie aber vorbringen. Wir warten geradezu darauf, dass Sie sagen: „Nein, dies sind nicht die richtigen Prioritäten, wir setzen andere.“ Das erwarten wir sogar von Ihnen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das wird auch kommen!)

dass Sie der Bevölkerung von Baden-Württemberg Alternativen aufzeigen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Gern! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen wir!)

bei denen Sie die Schwerpunkte setzen, und sich hier nicht nur in Metadiskussionen ergehen. Das würde ich erwarten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Das sind Vorentscheidungen – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das hat er jetzt aber zum zehnten Mal gesagt!)

– Ja, das muss man einfach sagen, bis Sie es auch glauben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das glaube ich aber nicht!)

Deswegen hat es nichts damit zu tun, dass wir hier irgendwelche Rechte des Parlaments außer Kraft setzen oder beeinträchtigen würden oder sonst irgendetwas in dieser Art tun würden.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Das hat damit überhaupt nichts zu tun. Die parlamentarischen Verfahren sind klar festgelegt, und an diese wird sich die Regierung halten. Letztlich entscheiden die Regierungsfractionen – jedenfalls die Mehrheit im Parlament –, was hier gemacht wird und was nicht. Das ist auch ganz klar; darüber brauchen wir auch kein Wort zu verlieren.

Jetzt muss man aber Folgendes sagen: Ich wundere mich schon über die Politik mancher Profis hier.

(Heiterkeit)

Manchmal habe ich den Eindruck: So kann man wirklich nur reden, wenn man beabsichtigt, die nächsten zehn oder 20 Jahre nicht mehr zu regieren.

(Beifall bei den Grünen und der CDU! – Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Davon gehen wir aus, Herr Ministerpräsident! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das klingt aber sehr hochnäsig! – Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Hochmut kommt vor dem Fall! Der Heiligenschein hat jetzt schon einen Riss!)

Wer führt eigentlich Koalitionsverhandlungen? Koalitionsverhandlungen werden von den Führungsleuten einer Partei geführt; das waren jeweils vier Vertreter: vier Vertreter der CDU und vier Vertreter der Grünen. Dabei waren die Spitzenkandidaten, die Vorsitzenden der Parteien und die Fraktionsvorsitzenden ebenfalls anwesend. Die entscheiden das. Dann wird es entschieden und den Parteitagern vorgelegt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben nicht! Eben nicht!)

Die können dazu Ja oder Nein sagen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie haben es den Parteitagern verheimlicht!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Das, was Sie, Herr Kollege Stoch, jetzt kritisiert haben, haben wir in der KHV gemacht. In der KHV hat man schließlich entschieden: Was sind die prioritären Projekte, was kann man machen und was nicht?

(Abg. Winfried Mack CDU: Was heißt das ausgeschrieben? – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Dann kam es – wie bisher auch – genau so in die Fraktionen. Das wird hier keine Bohne anders sein.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Stimmt doch gar nicht!)

Das, was wir vorentschieden haben, kommt genau auf demselben Weg in die Fraktionen. Der einzige Unterschied ist der: Wir haben dies in einer gewissen Vorausschau auf fünf Jahre gemacht – die Begründung dafür habe ich genannt –, damit wir nicht jedes Jahr in tiefe Konflikte geraten.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das kann man so machen. Wir haben es jetzt so gemacht. Das muss man aber nicht so machen. Man kann es auch anders machen. Wir haben uns für diesen Weg entschieden, und an diesem Weg ist nichts, aber auch gar nichts skandalös.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Anders können Koalitionen überhaupt nicht erfolgreich arbeiten.

(Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Es gibt auch keine erfolgreiche Demokratie ohne Führung. Auch das muss man klar sagen. Sonst würden Koalitionsverhandlungen von ganzen Fraktionen oder Parteitagern geführt. Das machen sie aber nicht, sondern sie delegieren sie im Vertrauen an ihre Spitzenleute, die diese Verhandlungen führen. Das ist allgemein üblich. Weder die FDP noch die SPD macht das eine Bohne anders als wir.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen wäre ich einmal ein bisschen vorsichtig, jetzt so zu tun, als wäre es ausgeschlossen, dass in Fraktionen Fraktionsvorsitzende – die waren nämlich dabei – Führungsaufgaben übernehmen.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Sie müssen nämlich über die Frage, was man vereinbart und was nicht, entscheiden. Sie müssen anhand der Erfahrung, die sie mit ihren Fraktionen haben, abschätzen können, ob ihre Fraktionen dies mittragen oder nicht. Anders kann man doch überhaupt nicht erfolgreich verhandeln.

Ich will noch einmal sagen: Es ist hier wirklich nichts skandalös. Jetzt wissen Sie es übrigens ja ohnehin alle.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, warum?)

Siehe da: Außer der Tatsache an sich und irgendwelchen Quisquilien über Amtsgerichte

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

haben Sie gar nichts vorzubringen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Haushaltsvorbehalt!)

Das, was Sie über das Bildungszeitgesetz gesagt haben, ist völlig korrekt. Im Koalitionsvertrag selbst steht:

Das Bildungszeitgesetz wird ... nach zwei Jahren evaluiert und novelliert.

Das steht schon im Koalitionsvertrag. Da kann man vermuten,

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

dass wir das ändern wollen,

(Abg. Sascha Binder SPD: Aber nicht, wie!)

sonst stünde im Koalitionsvertrag ja nur „evaluieren“. In den Nebenabreden steht:

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Wenn sich bei der Evaluierung keine gegenteiligen Anhaltspunkte ergeben,

– unter dieser Voraussetzung –

werden wir die Novellierung so ausgestalten, dass bei betriebsbezogenen Fortbildungen weiterhin der volle Anspruch an Freistellungen besteht. Bei Fortbildungen ohne betrieblichen Bezug werden bis zu zwei Urlaubstage mit den Freistellungen verrechnet.

(Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD)

Das ist sozusagen die Linie, mit der die Koalition dann in Verhandlungen eintritt, wenn dies ansteht – unter der Maßgabe: „wenn sich bei der Evaluierung keine gegenteiligen Anhaltspunkte ergeben“. Sonst hätten wir in dieser Frage keinen Konsens erzielt. So einfach ist das. Man muss bei einem solchen Vorgang Kompromisse erzielen. Das ist ganz normal festgelegt, und daran ist überhaupt nichts skandalös.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Ich will noch einmal sagen: Das können Sie alles kritisieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Machen wir auch!)

Das ist Ihr gutes Recht; das ist auch Ihre Pflicht. Niemand wird einen Blumentopf gewinnen, wenn er so etwas verteidigt. Das ist mir schon klar.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das merkt man auch!)

Aber bestimmte Dinge muss man trotzdem machen, wenn man eine Regierung erfolgreich durch fünf schwierige Jahre führen wird. Das ist eben auch klar – für Sie nicht, aber für mich.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Sie, die Journalisten und die Öffentlichkeit können das ja alles kritisieren; das müssen Sie auch. Aber daraus entsteht für Sie keine Verpflichtung – für mich schon. Ich bin als Ministerpräsident mit dafür verantwortlich – neben meinem Stellvertreter –, dass diese Koalition gut arbeitet, dass die Bevölkerung davon ausgehen kann, dass die Koalition über fünf Jahre stabil und zuverlässig arbeitet. Dafür bin ich verantwortlich, und deswegen muss ich manches machen, was Ihnen und anderen nicht passt. Das verstehe ich, aber ich mache es in vollem Bewusstsein der Verantwortung trotzdem und nehme die Kritik auf mich. Aber ich nehme die Kritik zum großen Teil gar nicht an, weil ich überzeugt bin, dass das, was wir machen, korrekt ist und die Rechte des Parlaments in keiner Weise beeinträchtigt. Ich bin sicher, dass es Grundlage dafür ist, die Koalition erfolgreich zu Ende zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Mit Blick auf die Herren Fraktionsvorsitzenden haben Sie, Herr Kollege Stoch, nach § 82 Absatz 4 der Geschäftsordnung das Wort.

Abg. Andreas Stoch SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Erneut haben wir vom Ministerpräsidenten kein einziges Wort dazu gehört, warum es notwendig gewesen sein soll, angeblich notwendige Festlegungen – Vorfestlegungen, Leitplanken, wie auch immer Sie es nennen wollen

(Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Leuchttürme!)

nicht in den Koalitionsvertrag aufzunehmen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Herr Ministerpräsident, Sie sind die Antwort wieder schuldig geblieben.

Wenn wir heute über dieses Geheimpapier reden, werden wir nicht über 43 einzelne Sachbereiche sprechen. Denn viele der darin aufgeführten Punkte – da haben Sie vollkommen recht – sind für uns gute Punkte, weil sie teilweise eine Fortschreibung unserer gemeinsamen Politik sind. Wir werden uns im Detail, wenn es um die konkrete Ausgestaltung geht, sehr wohl dazu äußern, ob wir dies für richtig halten oder nicht. Ich glaube, auch die Mitglieder Ihrer Regierungsfaktionen sollten sich dann gut anschauen, ob es wirklich so ist, dass diese Investitionen das Land voranbringen, oder ob es nur um das „Wünsch dir was“, um das Bedienen von Klientelpolitik geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Aber, Herr Ministerpräsident, auf den wesentlichen Punkt sind Sie nicht eingegangen – das ist für Parlamentarier frustrierend –, nämlich auf den Punkt, bei dem ein Widerspruch besteht zwischen dem, was im Koalitionsvertrag steht, und dem, was in diesen Geheimpapieren steht. Im Koalitionsvertrag steht nämlich ganz deutlich – ich habe es vorhin bereits gesagt; Sie sind wieder nicht darauf eingegangen –:

Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wenn Sie diese Nebenabrede, dieses Geheimpapier, mit der Aussage beginnen, es handle sich um eine „Liste mit vom Haushaltsvorbehalt ausgenommenen“ Maßnahmen,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

täuschen Sie die Öffentlichkeit. Denn das, was im Koalitionsvertrag steht, ist eben nicht richtig und damit falsch.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Und, Herr Ministerpräsident, dann müssen Sie sich das hier im Parlament anhören, und das sind – mit Verlaub – auch keine Metadiskussionen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Denn ob wir Ihrer Regierung Glauben schenken dürfen, wenn Sie uns etwas sagen, ob Ihre Verhandlungspartner aufseiten des Beamtenbunds, des Gemeinde- und des Städtetags Ihnen Glauben schenken, wenn Sie ihnen die Finanzlage des Landes schildern, ist für das Land ein hohes Gut. Die Glaubwürdigkeit dieser Regierung wurde durch dieses Vorgehen nachhaltig beschädigt, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Wenn man ganz aufgeregt ist und einem in der Sache nichts mehr einfällt, wird man offensichtlich hochmütig. Denn Sie haben uns vorgeworfen, Herr Ministerpräsident, wir würden wohl offensichtlich nicht anstreben, in den nächsten zehn, 15 oder 20 Jahren zu regieren.

Wir haben den Anspruch, dies zu tun. Und wir haben den Anspruch, wenn wir zu Ergebnissen gekommen sind und auch in schwierigen Politikfeldern Kompromisse erreicht haben, dies den Menschen dann auch erklären zu können und uns nicht vor den Menschen in diesem Land verstecken zu müssen, weil Geheimpapiere existieren, die wir den Menschen erst später in homöopathischen Dosen beibringen.

Zur Glaubwürdigkeit einer Landesregierung und damit zu ihrer Handlungsfähigkeit gehört als Kapital das Vertrauen der Menschen. Und Sie sind dabei, das Vertrauen der Menschen zu verspielen, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der FDP/DVP und der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Rülke das Wort.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war schon ein bemerkenswerter Auftritt gerade, Herr Ministerpräsident. Sie haben der Opposition vorgehalten: Wer das kritisiert, was ich jetzt gemacht habe, der will vermutlich die nächsten 20 Jahre nicht mehr regieren.

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Jetzt schauen wir uns einmal ganz sachlich an, was Sie denn gemacht haben, Herr Ministerpräsident. Sie haben zunächst einmal einen Koalitionsvertrag vereinbart, diesen Koalitionsvertrag veröffentlicht, diesen Koalitionsvertrag im Parlament mit einer Regierungserklärung verteidigt und ihn anschließend mit dem Parlament diskutiert. Parallel dazu haben Sie – das haben Sie der Öffentlichkeit nicht verraten – noch ein Geheimpapier erstellt und dieses Geheimpapier vor der Öffentlichkeit, vor den Medien, vor der eigenen Partei und vor den Koalitionsfraktionen geheim gehalten. Dann wurde dieses Papier durchgestochen. Es kam an die Öffentlichkeit, und dann haben es auch die Koalitionsfraktionen erfahren. Daraufhin haben Sie in höchster Not dieses Papier veröffentlicht und müssen den ganzen Vorgang am heutigen Tag im Parlament verteidigen.

Und dann stellen Sie sich hin und sagen: „Wer es anders macht, der will die nächsten 20 Jahre nicht regieren.“ Herzlichen Glückwunsch, Herr Ministerpräsident!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Gleichzeitig sagen Sie: „Ich verantworte das.“ Natürlich. Wer denn sonst?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

An dieser Stelle frage ich Sie aber: Würden Sie das noch einmal so machen? Geheimpapier, unterschreiben, verheimlichen, dann wird es doch bekannt, dann veröffentlicht man es, und dann muss man sich ins Parlament stellen und erklären – ich zitiere Sie sinngemäß –: „Ich weiß, dass ich heute keinen Blumentopf gewinne.“ Würden Sie das noch einmal so machen, Herr Ministerpräsident?

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Oder ist es tatsächlich so, wie Sie es vorhin in etwa gesagt haben: „Das kann man wohl so machen, und wer es anders macht, der will die nächsten 20 Jahre nicht regieren“?

Dann haben Sie das als ganz normalen Vorgang beschrieben und gesagt: Parteien verhandeln dieses, und Parteien schließen diese Vereinbarungen ab, und dann wird es Parteitag vorgelegt. So waren Ihre Worte. Nein, Herr Ministerpräsident, das wurde eben nicht Parteitag vorgelegt. Weder der CDU-Parteitag noch der Grünen-Parteitag hat von Ihrem Geheimpapier erfahren.

(Zuruf: So ist es!)

Dafür muss es doch einen Grund geben, Herr Ministerpräsident, und die Begründung dafür sind Sie in der ganzen Debatte am heutigen Tag schuldig geblieben.

(Beifall bei der FDP/DVP und der SPD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Sie haben gesagt: Na ja, Sie müssten es so oft erklären, dass an den Inhalten dieses Papiers keine Kritik geübt wird, bis alle es verstanden haben.

In dieser Debatte wurde aber mindestens so oft an Sie die Frage gerichtet, warum dieses Papier verheimlicht werden musste. Offensichtlich ist es auch notwendig, das zehn- oder 20-

mal zu erklären, bis es verstanden wird. Warum haben Sie es denn nicht veröffentlicht, Herr Ministerpräsident? Dafür muss es doch einen Grund geben. Weder irgendeiner aus der Koalition noch Sie haben dies in zwei Runden erklärt. Die Öffentlichkeit und dieses Parlament verdienen eine Antwort auf diese Frage.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf: Genau!)

Ein Letztes: Es ist keineswegs so, dass wir dieses Papier nicht inhaltlich kritisieren würden. Ich habe vorhin gesagt: Dieses Papier führt zu Mehrausgaben in Höhe von 2 Milliarden €, davon über 700 Millionen € strukturell. Sie haben gegenüber der Öffentlichkeit erklärt, Sie hätten einen enormen Sanierungsbedarf des Haushalts: 2,6 Milliarden € strukturelles Defizit. Jetzt hat die geneigte Öffentlichkeit erfahren, dass sich dieses strukturelle Defizit auf ungefähr 3,3 Milliarden € ausweitet, wenn Sie nämlich Ihr Geheimpapier umsetzen.

Und was wir nicht gehört haben – weder von Ihnen noch von den Koalitionsfraktionen –, ist, wie Sie das finanzieren wollen. Man kann doch nicht einfach nur ein Märchenbuch beschließen, ein Preisschild darum hängen und anschließend nicht verraten, wie es finanziert wird. Oder gibt es vielleicht noch ein zweites Geheimpapier, Herr Ministerpräsident, in dem dann steht, wo gespart wird? Diese Antwort würden wir schon gern hören.

Wenn Sie uns dann – wie bei Haushaltsberatungen üblich – einerseits auf den Tisch legen, wo Sie das Geld ausgeben wollen, und andererseits auf den Tisch legen, wo Sie Geld einsparen wollen, dann können wir natürlich darüber diskutieren, aber doch nicht auf Basis eines halben Märchenbuchs, in dem dann die halben Märchen der Gebrüder Grimm stehen, was dann bekannt wird. So, wie Sie hier Vertrauen verspielt haben, kommt wahrscheinlich noch eine ganze Menge mehr heraus – möglicherweise die Einsparungen. Ich sage Ihnen: Legen Sie beides auf den Tisch! Dann können wir darüber diskutieren, und dann werden wir uns – das verspreche ich Ihnen – auch inhaltlich mit diesen Dingen auseinandersetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und fraktionslosen Abgeordneten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion der AfD erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Danke. – Inhaltlich ist alles gesagt.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Also dann! – Weitere Zurufe)

Inhaltlich ist alles gesagt, und ich danke auch den Vorsitzenden der anderen Oppositionsfraktionen für ihre Fragen.

Doch kann ich abschließend nur immer wieder das Thema „Politikestablishment und Vertrauen der Bürger in die Politiker“ erwähnen. Ich möchte nicht nur zufällig Parallelen zu EU-Kommissionspräsident Juncker ziehen, der sagte: „Wenn es ernst wird, dann muss man lügen.“

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

(Dr. Heiner Merz)

Das Motto der Regierung Kretschmann ist für mich: „Wenn es wesentlich und konkret und beziffert ist, dann ist das geheim.“

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte hat es gezeigt: Die Überschrift, Herr Stoch, ist wesentlich spektakulärer als der Inhalt. Die Zahlen und alle Inhalte sind transparent.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Von einem Geheimpapier kann ab sofort nicht mehr die Rede sein.

(Lachen bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Absurde Behauptung! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: „Ab sofort“! – Weitere Zurufe)

Wir haben das gut herausgearbeitet. Es ist ein Arbeitspapier, es ist eine Auslegungshilfe. Herr Kollege Reinhart – das fand ich sehr zutreffend – hat von einer „ergänzenden Ergebnissicherung“ gesprochen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, das war sehr schön!)

Mehr und weniger ist es nicht. Es lohnt sich nicht, es zu skandalisieren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Lassen Sie mich noch einige Gedanken zu Ende bringen, dann kann gern die Zwischenfrage kommen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Eine Kurzintervention?

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Das war ein Missverständnis!)

– Sie wollten sich zu Wort melden für eine weitere Runde. Entschuldigung, Herr Kollege.

Herr Kollege Schwarz, bitte fahren Sie fort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich freue mich, wenn sich der Kollege danach noch einmal meldet.

Wir haben uns im Finanzierungskorridor Projekte vorgenommen. Aber allen hier ist doch klar: Es kommen immer wieder unvorhergesehene Ereignisse, auf die wir reagieren müssen. Wir werden das diese Woche noch tun, indem wir beispielsweise darauf reagieren, dass es Unwetterereignisse gab, dass wir für den Straßenbau weitere 15 Millionen € bereitstellen müssen, dass wir der Landwirtschaft weitere 6 Millionen € und der Gemeinde Braunsbach 10 Millionen € geben müssen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Immateriell!)

Herr Stoch und Herr Rülke, diese Projekte standen in keinem Koalitionsvertrag, in keiner Nebenabsprachenliste.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Politik muss doch so flexibel sein, auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu reagieren. Dies tut die grün-schwarze Koalition mit ihrer Politik zum Wohle der Menschen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Zuruf: Genau!)

Ich bin froh, dass wir mit diesem Zahlentableau über das, was wir mit der SPD besprochen haben, hinausgehen. Mit der SPD-Fraktion haben wir uns auf die Wohnraumallianz verständigt. Aber passiert ist dann wirklich nicht viel. Nun haben wir uns darauf verständigt, dass wir dieses Thema mit Zahlen unterlegen,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Und passiert ist auch nicht viel!)

mit 250 Millionen € als Finanzierungskorridor unterlegen, um auch tatsächlich tätig werden zu können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Haushaltsvorbehalt!)

Das nenne ich eine Weiterentwicklung einer guten Idee, für bezahlbares Wohnen in Baden-Württemberg zu sorgen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Andreas Stoch SPD: Das muss erst beschlossen werden!)

Es lohnt sich gar nicht, sich so aufzuregen, Herr Kollege Stoch. Nehmen Sie beispielsweise die 1 500 Stellen bei der Polizei.

(Zurufe der Abg. Andreas Stoch und Reinhold Gall SPD)

Die Zahl, die in der Liste der Nebenabsprachen steht, ist doch lediglich die Umrechnung dieser 1 500 Stellen. Ein Teil geht in den Vollzugsdienst, ein anderer Teil in den Nichtvollzugsdienst, und dann hat man eine Summe ausgerechnet, wie viel das ausmacht. Herr Kollege Stoch, was ist daran verwerflich, dass wir die innere Sicherheit in Baden-Württemberg erhöhen? Daran ist doch nichts Verwerfliches.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Darum geht es gar nicht! – Abg. Andreas Stoch SPD: Sie haben es nicht verstanden! Warum verstecken Sie die Zahlen in den Nebenabreden?)

Ein letzter Punkt: In dieser Liste ist eine Erhöhung der Naturschutzmittel um 6 Millionen € pro Jahr vorgesehen. Ich kann mich an eine denkwürdige Veranstaltung in Radolfzell im Januar erinnern. Dort haben die damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen und der damalige Fraktionsvorsitzende der SPD mal so kurzerhand eine Erhöhung der Naturschutzmittel zugesagt. – Die Kollegin Rolland nickt. – War das denn mit Ihrer Fraktion abgesprochen?

(Zuruf von der SPD: Natürlich! – Weitere Zurufe von der SPD)

(Andreas Schwarz)

War das denn auch ein Geheimnis, was der Kollege Schmiedel da vorgetragen hat?

(Zurufe von der SPD)

Sie sehen doch an diesem Beispiel sehr wohl, dass Politik immer ein Prozess ist, ein Prozess, der auch reagieren muss. Wir regieren dieses Land zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger. Da gibt es Transparenz ab sofort,

(Lachen bei der SPD und der FDP/DVP)

und daran tun wir weiter gut.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Wir fahren fort. – Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Reinhart.

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich will die Reihe ergänzen, die Kollege Schwarz angeführt hat. Ich hätte schon gern gehört, ob Sie dagegen sind, dass man für Straßenplanungsmaßnahmen, die der Verkehrsminister dringend braucht,

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD)

17 Millionen € oder für Agrarmaßnahmen 35 Millionen € bereitstellt. Das sind ja sinnvolle Zukunftsinvestitionen.

Aber das ist nicht Gegenstand meiner Rede. Ich glaube, Sie verwechseln hier etwas und machen den dritten Schritt vor dem ersten.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Ich möchte noch einmal betonen: Kein Euro wird in diesem Parlament intransparent beschlossen werden.

(Zuruf von der AfD: Das stimmt doch gar nicht!)

Der Unterschied von Parteiüberlegungen ist folgender: Hier ist lediglich ein erster politischer Willensbildungsprozess zu Papier gebracht, und erst danach wird staatliches Handeln folgen. Sie tun so, als läge schon staatliches Handeln vor. Es liegt noch kein staatliches Handeln vor, sondern das ist sozusagen ein erster Schritt in der Willensbildung. Deshalb haut es schon vor dem Hintergrund der Argumentationsfolge nicht hin, was Sie hier einbringen.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite – deshalb habe ich mich noch einmal gemeldet –: Verehrter Kollege Räßle, ich zitiere Ihren Satz. Ich hoffe, die Gutachter, die uns kommenden Dienstag das Verfassungsgutachten zu Ihrer Spaltung vorlegen, lassen es mit einfließen. Sie haben hier fast wörtlich gesagt: „Wir sind ja künftig mit zwei Fraktionen im Parlament.“

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Aha! – Abg. Thomas Dörflinger CDU: Hört, hört!)

Daraus haben Sie sozusagen Argumentationsstärke geschlossen. Ich will Ihnen sagen: Das wird dann so nicht möglich

sein. Wenn das das Motiv ist, dann können Sie sich nicht mit zwei Fraktionen hier in diesem Parlament zu Wort melden.

(Beifall bei der CDU, den Grünen und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Das möchte ich Ihnen gleich sagen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Somit wäre die Fraktionsvorsitzendenrunde nach § 82 Absatz 4 beendet. Ich habe weitere Wortmeldungen vorliegen.

Herr Abg. Dr. Goll, bitte.

(Abg. Nicole Razavi CDU und Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sechs Sekunden!)

– 40 Sekunden.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin auch wirklich gleich fertig, aber da ich das eine oder andere Mal angesprochen worden bin, nehme ich doch die Gelegenheit wahr, einmal ganz klar zu sagen: Ich war in der Tat über drei Legislaturperioden an der Erarbeitung und Umsetzung von drei Koalitionsvereinbarungen beteiligt, und ich kann Ihnen versichern: Ein ähnliches Papier hat es nie gegeben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Aha!)

Und da aus Ihren Worten, Herr Ministerpräsident, hervorgeht, dass dies in der letzten Legislaturperiode auch nicht der Fall war, habe ich den Eindruck, dass es das noch gar nie gegeben hat. Also das, was Sie hier als notwendiges Instrument, um zu regieren und eine Koalition zusammenzuhalten, darstellen, hat man in der gesamten Vergangenheit jedenfalls noch nicht gebraucht. Das ist die erste Bemerkung.

Die zweite Bemerkung ist, dass ich mich während der ganzen Debatte gefragt habe – das ist die entscheidende Frage, und sie ist bis jetzt nicht beantwortet –, warum Sie das alles nicht einfach in die Koalitionsvereinbarung hineingeschrieben haben.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Da kann man nur zu einer Antwort kommen: weil Sie darüber nicht öffentlich diskutieren wollten.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nein!)

Das passt natürlich überhaupt nicht zu dem Anspruch, den Sie bisher wie eine Monstranz vor sich hergetragen haben. Sie sind ein Fall für Frau Erler; das ist vorhin richtig festgestellt worden.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Meuthen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es ist doch schon alles gesagt!)

Abg. Dr. Jörg Meuthen (fraktionslos): Ich gebe Ihnen völlig recht: Es ist so gut wie alles gesagt. Ich glaube, die Argumente drehen sich auch im Kreis.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Kreisläufer Meuthen!)

Manches hier erinnert mich an die Zeitdiebe aus dem Roman „Momo“.

Nur eines möchte ich kurz anfügen. Was Herr Schwarz jetzt hier zu Braunsbach und Ähnlichem bringt – mit Verlaub, da weiß ich nicht, was das überhaupt noch soll. Das hat mit der Debatte, die wir hier führen, nichts, aber auch wirklich gar nichts zu tun.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Denn da redet man über Ergänzungs- und Nachtragshaushalte, und wir reden hier von Haushaltsvorabfestlegungen und nicht über Nachtragshaushalte, die sich im parlamentarischen Betrieb selbstverständlich ergeben, wie das in jeder Budgetperiode üblich ist. Darum geht es also nicht. Ich möchte Sie doch bitten, aufzuhören, hier einfach Nebelkerzen zu zünden. Das ist ziemlich erbärmlich.

Sie haben es einfach nicht – das bleibt am Ende dieser Diskussion für mich bestehen – mit der Transparenz Ihres Haushaltsgebarens. Das hat die Diskussion hier leider eindrucksvoll bestätigt, und das finde ich empörend.

Ein letzter Satz zu dem, was Sie, Herr Reinhart, jetzt zu dem angemerkt haben, was der Abg. Räßle zu den zwei Fraktionen gesagt hat. Ich will darauf jetzt hier nicht im Detail eingehen. Aber gehen Sie getrost davon aus, dass das, was er gesagt hat, auch meine Missbilligung findet, und fragen Sie sich vielleicht einfach einmal nach den Motiven.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und Ihr Bundesvorstand, was hat der entschieden?)

Denn darum geht es in der ganzen Diskussion – das darf ich Ihnen ausdrücklich versichern – ganz und gar nicht.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Seid ihr euch schon wieder nicht einig?)

Dafür gebe ich Ihnen mein Wort.

(Zuruf von der SPD: Das zählt nicht viel!)

Danke schön.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 2 der Tagesordnung erledigt.

Bevor wir in die Mittagspause eintreten, gebe ich noch folgenden Hinweis: Das Parlamentarische Kontrollgremium trifft sich zehn Minuten nach Eintritt in die Mittagspause – es darf auch früher sein – zu seiner Sitzung. Die Einladung ist Ihnen bereits zugegangen.

Wir setzen die Plenarsitzung um 15:30 Uhr fort.

(Zurufe: Erst? – 15 Uhr!)

– Wir brauchen die Zeit wegen des Kontrollgremiums.

(Unterbrechung der Sitzung: 14:06 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 15:33 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Bevor wir mit der Tagesordnung fortfahren, weise ich darauf hin: Es ist heute wirklich sehr warm. Daher sei es gestattet, dass die Jacketts bei Bedarf abgelegt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Allerdings müssen die Damen darauf achten, dass die Schultern bedeckt sind.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Die Männer aber auch! – Abg. Gabi Rolland SPD: Die Männer auch!)

– Die Männer natürlich auch. Aber ich habe jetzt noch keine schulterfreien Hemden gesehen.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Reinhold Gall SPD: Rein vorsorglich!)

Wer also das Jackett ablegen will, darf dies gern tun.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

(Unruhe)

– Die Nebengeräusche sollten bitte eingestellt werden, nachdem wir der Hitze Abhilfe geschaffen haben.

Ich rufe das erste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der CDU:

Ausbildungssituation in Baden-Württemberg

Ich darf das Wort Herrn Abg. Dörflinger erteilen.

Abg. Thomas Dörflinger CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eine attraktive duale Ausbildung bietet beste Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Sie steigert das Potenzial qualifizierter Fachkräfte, und sie hilft zudem, die Herausforderungen des demografischen Wandels zu lindern.

Uns, der CDU-Fraktion, ist es sehr wichtig, die Entscheidung junger Menschen für eine duale Ausbildung zu unterstützen.

Deswegen frage ich die Landesregierung:

Erstens: Frau Ministerin, am vergangenen Montag hat das Ausbildungsbündnis Baden-Württemberg, das bereits seit über zehn Jahren erfolgreich tätig ist, getagt. Wie schätzen Sie, wie schätzt die Landesregierung und wie schätzen die Bündnispartner die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt ein?

(Thomas Dörflinger)

Und die zweite Frage, die ich anschließen darf: Die Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit hat für September 2016 7 000 unbesetzte Ausbildungsplätze prognostiziert. Was tun Sie, die Regierung, und was tun die Bündnispartner, um diese Betriebe bei der sehr wichtigen Funktion der Nachwuchsgewinnung zu unterstützen?

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die Beantwortung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die aktuelle Situation am Ausbildungsmarkt wird schon seit 2004 im Ausbildungsbündnis mit den entsprechenden Akteuren, die diesen Bereich beeinflussen, zweimal im Jahr diskutiert. Vertreten sind die Arbeitgeber, die IHKs und Handwerkskammern, die freien Berufe, die Bundesagentur für Arbeit, die kommunalen Landesverbände, die Gewerkschaften und das Land.

Am Montag wurde unter meiner Leitung dieses Spitzengespräch durchgeführt. Wir haben uns ausgetauscht über die aktuelle Situation. Ich habe diese Art des Austauschs als sehr positiv wahrgenommen, weil in diesem Rahmen vertrauensvoll gemeinsam diskutiert werden kann und wir gemeinsam mit den Bündnispartnern für die duale Ausbildung – das geht eben auch nur im Team – hier Potenziale erarbeiten und diese auch entsprechend angehen.

Zur Situation im Jahr 2015 konnten wir positive Nachrichten verkünden. Der Rückgang bei der Zahl der neuen Ausbildungsverträge konnte gestoppt werden. 73 821 neue Ausbildungsverträge wurden zum 30. September abgeschlossen. Das bedeutet ein Plus von 0,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Der Ausbildungsmarkt 2015 war dennoch nach wie vor gekennzeichnet durch ein sogenanntes Mismatch, eine Lücke von 6 131 Ausbildungsstellen, die trotz ca. 9 000 noch auf Ausbildungsplatzsuche befindlichen Bewerbern – ein Teil Unversorgte, nämlich 866, ein Teil alternativ Verbliebene, die wieder weiter beschult werden – nicht besetzt werden konnten. Dieses Mismatch gilt es auch anzugehen. Darauf werde ich nachher eingehen.

Grundsätzlich wird es immer eine gewisse Divergenz geben. Wir können nie alle Interessen und alle Angebote aufeinander abstimmen, aber wir haben hier Maßnahmen im Sinn und gehen diese auch an, um diesen Gap zu schließen.

Für das Jahr 2016 prognostiziert die Bundesagentur für Arbeit eine leichte Zunahme der Zahl der Bewerber in der Größenordnung von ungefähr 1 000 und eine starke Zunahme bei den gemeldeten Ausbildungsplätzen in der Größenordnung von etwa 5 000. Im Ergebnis wird dies voraussichtlich dazu führen, dass am Stichtag 30. September 2016 eine höhere Zahl von unbesetzten Ausbildungsplätzen entstehen wird. Derzeit geht man von ca. 7 000 aus.

Wir befinden uns hier auf einem Bewerbermarkt und haben deshalb die Aufgabe, vonseiten des Landes Aktionen zu unterstützen und mit den Bündnispartnern weiter voranzutreiben.

Erfreulicherweise – das ist ein sehr gutes Signal – wird die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge steigen. Die IHK meldet einen Anstieg um ca. 2 % und das Handwerk – das freut mich besonders – einen Anstieg um 7 %.

Für bemerkenswert halte ich auch die Tatsache, dass im vergangenen Jahr die Zahl der jungen Menschen mit Abitur, die eine Ausbildung begonnen haben, um 7 % angestiegen ist.

(Beifall des Abg. Daniel Rottmann [fraktionslos])

Es ist also die Tendenz festzustellen, dass die duale Ausbildung wieder attraktiver wird und vermehrt auch junge Menschen mit Abitur diesen Weg ins Berufsleben wählen.

Nun zu den Maßnahmen, die von den Bündnispartnern angestrebt und auch umgesetzt werden:

Erstens wollen wir die Wertschätzung der dualen Ausbildung weiter steigern. Derzeit sind schon Ausbildungsbotschafter aktiv; sie sind in den Schulen unterwegs, um den jungen Menschen dort direkt zu vermitteln, was es bedeutet, einen Ausbildungsberuf zu ergreifen. Unternehmen entsenden Azubis, und diese berichten vor Ort in den Schulen direkt den jungen Menschen von ihren Erfahrungen und versuchen, bei diesen die Begeisterung für Ausbildungsberufe zu wecken.

Weiter gibt es die Kampagne „gut-ausgebildet.de“. Diese Kampagne wird vom Wirtschaftsministerium unterstützt. Wir posten in diesem Rahmen Videos auf YouTube. Dabei konnten wir vor Kurzem eine Klickzahl von einer Million erreichen. Die neuen Medien gilt es auch zu nutzen, um junge Menschen für eine Berufsausbildung zu begeistern; auch hier können wir sie direkt erreichen.

Wir machen verstärkt Informationsveranstaltungen und Werbung an den Gymnasien. Vorhin wurde schon erwähnt, dass die Zahl der Abiturienten, die eine duale Ausbildung gewählt haben, gestiegen ist; das freut uns sehr.

Zweitens: Wir wollen die Berufsorientierung vor allem an den Realschulen und an den Gymnasien weiter verbessern. Das wird uns durch das neue Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ gelingen. Außerdem laufen begleitend Tandems an den Schulen. Das heißt, Berufsberater und Berufsorientierungslehrer arbeiten hier zusammen, um den jungen Menschen Rat zu geben und um die Vorteile der dualen Ausbildung entsprechend zu vermitteln.

Weiter läuft die Initiative „Pro Beruf“. Das heißt, junge Menschen können in Werkstätten von Bildungszentren ganz praktisch erproben, welche Arten von Ausbildungen sie wählen können. Es ist quasi Learning by Doing; es wird ihnen etwas gezeigt, und sie können selbst Hand anlegen. Sie können quasi direkt Mechatroniker an Maschinen arbeiten sehen und erfahren somit, was in diesem Ausbildungsgang auf sie zukommt.

Der dritte Ansatzpunkt ist, die direkten Übergänge von der Schule in den Beruf weiter zu fördern. Für Jugendliche mit Förderbedarf gibt es den neuen Bildungsgang „AV Dual“. Auch in meinem Wahlkreis gibt es eine Modellregion, die das eingeführt hat. Der Bildungsgang „AV Dual“ wird sehr gut angenommen. Diese Art der Beschulung basiert auf zusätzli-

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

chen Praktikumstagen. Die jungen Menschen haben zwei Praktikumstage pro Woche. Hiermit will man die Menschen, die einen gewissen Förderbedarf haben, für den Arbeitsmarkt gewinnen, sie an die Ausbildung heranführen, unterstützen und an unserer Gesellschaft teilhaben lassen. Dadurch stärken wir aber natürlich auch die Unternehmen in unserem Land, indem wir auch diese jungen Menschen als Fachkräfte ausbilden können. Dies gelingt uns auch ganz gut; die Zahlen sind positiv und steigen. Wir können hier zunehmend Erfolge verzeichnen. Das freut mich ganz besonders.

Viertens: Wir haben eine neue Zielgruppe im Fokus, und zwar die Studienabbrecher. Auch hier gibt es ein großes Potenzial für die duale Ausbildung. Wir versuchen, dort direkt anzusetzen. Derzeit läuft eine gemeinsame Studie von Wissenschaftsministerium und Wirtschaftsministerium, u. a. um dieses Potenzial näher zu analysieren und einen guten Zugang zu finden, um diese jungen Menschen direkt abzuholen und ihnen entsprechende Möglichkeiten aufzuzeigen. Der Abbruch eines Studiums ist, denke ich, immer eine schwere Entscheidung. Wenn man diese jungen Menschen direkt erreicht, dann kann man ihnen helfen. Gleichzeitig wird dadurch unser Anliegen, die duale Ausbildung weiter zu fördern, erfüllt.

Die fünfte große Aufgabe ist es, Flüchtlinge in Ausbildung zu bringen. Es gibt hier ein großes Potenzial von jungen Menschen. Wir haben auch bereits einige Maßnahmen eingeleitet: Es gibt VABO-Klassen zur Sprachvermittlung an den beruflichen Schulen, und wir haben seit Beginn dieses Jahres sogenannte Kümmerer eingesetzt, die Flüchtlinge dahin gehend beraten, ein Praktikum oder eine Ausbildung aufzunehmen. Das ist keine ganz triviale Aufgabe, weil es die duale Ausbildung, wie sie in Deutschland angeboten wird, in anderen Ländern nicht gibt. Man kennt sie in anderen Ländern in dieser Form nicht. Man muss die jungen Menschen erst einmal aufklären.

Man muss ihnen auch den Mehrwert der dualen Ausbildung aufzeigen, dass dadurch zwar der Einstieg ins reguläre Berufsleben später erfolgt – man muss anfänglich verzichten –, man aber danach die Perspektive hat, auf ein anderes Einkommensniveau zu kommen und interessante Aufgaben übertragen zu bekommen. Das gilt es diesen jungen Menschen zu vermitteln. Diese Aufgabe wird Schritt für Schritt angegangen. Wir versuchen hier nach und nach Fortschritte zu erzielen.

Weiter gibt es die neue Initiative „ProBeruf für Flüchtlinge“, bei der Flüchtlinge in Werkstätten geschult werden und ihnen praktisch aufgezeigt wird, welche Berufe es gibt.

Eine weitere Perspektive ist

(Der Rednerin wird das Ende ihrer Redezeit angezeigt.)

– ich muss jetzt zum Ende kommen; hier wird „Sprechzeit beendet“ angezeigt – das neue Integrationsgesetz, das jetzt auf Bundesebene verabschiedet wurde. Das gibt natürlich auch in diesem Bereich sehr viel mehr Sicherheit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Gibt es weitere Fragen? – Herr Abg. Paal.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD meldet sich.)

– Es geht nach der Fraktionsstärke.

(Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Ich weiß!)

Daher ist alles in Ordnung. Ich bitte, die Fragen kurz zu stellen und so, dass auch die Antwort kurz ausfallen kann. Dann können mehr Fragen gestellt werden. – Vielen Dank.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, ich mache es sehr kurz. – Frau Ministerin, Sie hatten „AV Dual“ erwähnt, ein Modellprojekt in vier Regionen in Baden-Württemberg. Eigentlich ist es schon kritisch, wie viele Jugendliche im System sind und Hilfe oder Unterstützung brauchen. Kann man heute schon sagen, ob das Modellprojekt, wenn es ausläuft, verstetigt oder ausgeweitet wird, oder ob es bei einem Modellprojekt bleibt, das verlängert wird? Können Sie dazu schon Aussagen machen? Oder ist es für das Thema zu früh, und es kommt erst bei den Haushaltsberatungen auf den Tisch? Denn es muss ja auch finanziert werden.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir unterstützen die AV-Dual-Begleiter mit 1,4 Millionen € über zwei Jahre hinweg. Derzeit weiten wir das Angebot aus. Wenn sich das weiterhin bewährt, dann wird das mit in die Beratungen eingebracht und diskutiert.

Ich kann aber jetzt an dieser Stelle keine Versprechungen machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. – Jetzt hat sich noch Herr Abg. Röhm gemeldet.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das hat sich erübrigt!)

– Das hat sich erübrigt.

Dann darf ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort erteilen.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, vielen herzlichen Dank für die sehr positive und faire Darstellung, weil vieles in den letzten fünf Jahren auf Initiative unseres Ministers Nils Schmid vorangeschritten ist. Ich denke, wir haben eine gute Tradition, gemeinsam für die Fortentwicklung des dualen Systems in Baden-Württemberg einzustehen.

Zu zwei Aspekten, der YouTube-Werbung und dem Kampf gegen hohe Studienabbrecherquoten: Haben Sie Rückmeldungen aus den Betrieben, aus den Kammern, wie zufrieden diese mit den Maßnahmen sind? Vorhin verwiesen Sie auf die allgemeinen Zugriffszahlen. Das betrifft aber mehr die Jugendlichen, die Nachfragenden. Welche Rückmeldungen haben Sie denn von den Kammern und aus den Betrieben?

Die zweite Frage kurz im Anschluss; Sie sprachen vorhin von einem Gap, von einer Lücke, zwischen dem, was verlangt werde, und dem, was nachgefragt werde. Es gibt spezielle Lücken im Bereich der sozialen Berufe, der technischen Berufe, der gastronomischen Berufe. Welche Vorstellungen haben Sie, um diese Lücke zwischen Angebot von und Nachfragen nach Ausbildungsplätzen zu schließen?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Die Spitzengespräche über die Ausbildungssituation finden schon seit 2004 statt. Das ist eine sehr gute Einrichtung, die sich auch bewährt hat. Es geht ja auch um Schulpolitik, um Bildungspolitik an den beruflichen Schulen. Hier besteht allgemeiner Konsens. Hier gibt es einen Frieden. Das freut mich sehr.

Die langfristig angelegten und nachhaltig wirkenden Maßnahmen gilt es natürlich auch weiterzuführen. Das nun einer Regierungsperiode zuzuordnen wird, denke ich, schwierig. Da hat jeder die Verantwortung, hier zu unterstützen. Das macht auch durchaus Sinn.

Viele Maßnahmen, wie sie jetzt gerade auch mit YouTube-Videos durchgeführt werden, wurden zusammen mit den Kammern ins Leben gerufen. Das geschah in Abstimmung. Ob uns Zahlen vorliegen zu Zusammenhängen, wer durch das Anschauen dieser Videos letztlich in Ausbildung kommt, könnte ich erfragen. Das werde ich auch tun.

Hinsichtlich der sozialen Berufe und bestimmter Berufsgruppen – ich denke dabei auch an das Handwerk, an Bäckereien, an Metzgereien, an die Gastronomie – unterstützen wir die Wirtschaftsorganisationen. Wir haben jetzt beispielsweise den DEHOGA mit einem Millionenprogramm unterstützt, um die Qualität der Ausbildung in diesem Bereich zu verbessern und hier aktiv zu werden.

Natürlich werden wir hier aber auch versuchen, ein Bewusstsein zu schaffen; das ist allerdings auch eine gewisse gesellschaftliche Entwicklung. Da erhoffen wir uns natürlich auch, ein gewisses Potenzial in anderen Bereichen zu schöpfen, dass wir mehr junge Menschen, eventuell auch Flüchtlinge, für diese Bereiche gewinnen. In der Gastronomie arbeiten jetzt schon viele Menschen mit Migrationshintergrund. Das müssen wir sehen.

Ich denke, das ist insgesamt eine Aufgabe, die sich schon seit vielen Jahren stellt. Wir gehen das an durch Einzelmaßnahmen, durch Unterstützung der Wirtschaftsorganisationen, die natürlich speziell in ihren Branchen das Wissen und die Kenntnis über die Bedingungen haben. Da sind wir, das Wirtschaftsministerium, unterstützend tätig.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Als Nächste erhält Frau Abg. Reich-Gutjahr das Wort.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Vielen Dank für die Ausführungen. – Ich habe noch eine Frage zur Entwicklung des Anteils der jungen Menschen, die sich im dualen System ausbilden lassen. Sie sprachen eingangs davon, dass dieser rückläufig ist. Haben Sie zufälligerweise auch Zahlen, wie sich der Anteil der dual ausgebildeten jungen Menschen an den Gesamtausbildungszahlen in den letzten Jahren entwickelt hat?

Und das Zweite: Gibt es vonseiten der Regierung eine Zielsetzung, wie sich die Anteile entwickeln sollen? Ich frage das auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dann natürlich der Entwicklung unserer Bildungseinrichtungen.

Das ist für heute vielleicht ein bisschen komplex. Ich wäre aber dankbar, wenn wir dazu eine Antwort bekommen.

Danke.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie gern wüssten, wer in einem Jahrgang eine duale Ausbildung eingetht bzw. wer ein Hochschulstudium eingetht.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Genau. Duale Ausbildung würde ich jedoch inklusive der Dualen Hochschule verstehen. Denn das ist im Grunde genommen auch ein Ausbildungsgang, bei dem eine duale Ausbildung stattfindet, bei dem Praxis und Theorie miteinander vereint sind, während alle anderen Ausbildungsgänge den Schwerpunkt auf die Theorie legen. Wenn es dazu Zahlen gäbe, wie sich das über die letzten Jahre entwickelt hat, würde ich diese gern kennen.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Was ich heute feststellen kann, ist, dass der Anteil der jungen Menschen, die ein Abitur haben und an einer dualen Ausbildung teilnehmen, um 7 % gestiegen ist. Dieser Anteil fällt dann quasi im Hochschulbereich automatisch weg.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Klar!)

Das ist eine Tendenz, die derzeit besteht.

Wir haben bei uns im Land einen Fachkräftemangel. Wir haben hier einen großen Bedarf bei den beruflich Auszubildenden. Es gilt hier jetzt, große Anstrengungen zu unternehmen, um diesen Fachkräftemangel zu decken.

Auch der demografische Wandel ist natürlich eine Erklärung dafür. Es gibt auch gezielt Maßnahmen, um junge Menschen aus dem Ausland für eine Ausbildung bei uns zu gewinnen. Das ist aber nicht einfach. Hier wurden auch große Bundesprogramme aufgesetzt. In Baden-Württemberg konnten über vier, fünf Jahre jährlich ungefähr 280 Personen gewonnen werden. Dies waren vor allem junge Spanier und Spanierinnen.

Da gibt es auch große Hürden. Es gibt sprachliche Hürden. Wir haben auch die „Vier Motoren“. Wir haben Kooperationen. Es ist aber nicht ganz einfach, weil die jungen Menschen erstens die Sprachbarriere haben und zum Zweiten, wenn sie in jungen Jahren ins Ausland gehen,

(Abg. Winfried Mack CDU: Heimweh!)

auch Heimweh haben. Das ist eine Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Es ist nicht ganz trivial. Wir wissen, dass die Jugendarbeitslosigkeit in anderen EU-Ländern sehr hoch ist. Wir können die jungen Menschen aber nicht einfach so zu uns nach Deutschland holen. Aber wir unternehmen da auch Anstrengungen und versuchen hier auch im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter voranzukommen.

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort erhält nun Herr Abg. Räßple.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Wurde sich vonseiten der Regierung eine Zielsetzung gegeben? Das ist die zweite Frage, die noch nicht beantwortet war!)

– Einen Moment bitte, Herr Räßple.

Gibt es noch eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Ich hatte jedenfalls noch keine Antwort zu meiner zweiten Frage gehört, ob sich die Regierung eine Zielsetzung gegeben hat, wie sich der Anteil der im dualen System Ausgebildeten an den Schulabgängern entwickeln soll. Da ist eine Ja- oder Nein-Antwort ausreichend. Ich brauche jetzt keine Ausführungen im Detail.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Zahlen wurden hier nicht festgelegt, aber wir haben uns eine eindeutige Richtung vorgegeben

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Mehr duale Ausbildung!)

– ja – im Interesse von Baden-Württemberg. Wir benötigen einfach mehr Fachkräftenachwuchs.

Ich versuche, auch Studienabbrecher – da geht es nicht um die Abbrecherquoten, sondern um die jungen Menschen, die sich anders entscheiden – hierfür zu gewinnen. Dies ist auch psychologisch für die jungen Menschen wichtig. Es handelt sich hierbei um keine leichte Entscheidung, ein Studium abzubrechen, wenn man festgestellt hat, dass es nicht das ist, was man sich für sein Leben vorgestellt hat. Dort sehen wir ein größeres Potenzial, die jungen Menschen direkt beraten zu können und für die duale Ausbildung zu gewinnen. Hier können wir beiden Seiten einen Gefallen tun; das ist also eine Win-win-Situation.

(Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Danke!)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Räßle.

Abg. Stefan Räßle AfD: Frau Ministerin, eine Frage im Zusammenhang mit der verbindlichen Grundschulempfehlung, die im Jahr 2012 eingeführt wurde.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Abgeschafft!)

– Abgeschafft wurde. Entschuldigung! – Welche Risiken für die duale Ausbildung sehen Sie aufgrund des dadurch eingetretenen Riesenansturms auf die Gymnasien? Und wie wollen Sie dem entgegenwirken?

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Es gibt keinen Riesenansturm!)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Herr Räßle, einen Riesenansturm gibt es derzeit nicht. Die Quoten sind natürlich gestiegen. Wir haben – das habe ich bereits erwähnt – bewusst Informationen an die Gymnasien gegeben. Es wird das neue Schulfach „Wirtschaft/Berufs- und Studienorientierung“ eingeführt, im Rahmen dessen man den jungen Menschen direkt Informationen zukommen lässt. Es gibt bereits an den Gymnasien die Praktikumswoche, die von den jungen Menschen absolviert werden muss. Sie ist fester Bestandteil im System der Gymnasien.

Ich denke, dass es sich hierbei auch um eine gesellschaftliche Einstellung einer Tendenz hin zu einem Hochschulstudium handelt – ich möchte nicht sagen: weg von der dualen Ausbildung. Die Eltern beraten ihre Kinder bei deren Entscheidungen. Sie haben hierbei den größten Einfluss auf die jungen

Menschen. Auch hier haben wir geplant, mehr Aktivitäten zu starten, bzw. wir führen diese bereits durch. So gibt es z. B. die Senior-Ausbildungsbotschafter, bei denen Eltern mit Eltern sprechen.

Ich denke, dass man hier auch mit Fakten und Zahlen kommen muss, um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten eine duale Ausbildung bietet. Auch eine duale Ausbildung eröffnet sehr gute Verdienstmöglichkeiten. Das Handwerk hat z. B. eine Marketingkampagne gestartet und hat darin auch Zahlen genannt. Der Anteil der Menschen mit einer Berufsausbildung, die in Führungsverantwortungen kommen, ist ähnlich hoch wie bei Hochschulabgängern. Ich denke, man muss auch mit solchen Zahlen überzeugen. Ich sehe hier keinen direkten Zusammenhang mit dem Wegfall der verbindlichen Grundschulempfehlung. Es handelt sich eher um eine gesellschaftliche Entwicklung.

Ich möchte noch hinzufügen: Wir vergleichen uns immer auch mit anderen Ländern. Diese duale Ausbildung ist sehr deutschlandspezifisch; es gibt sie in anderen Ländern in dieser Form nicht. Es ist eine qualitativ sehr hochwertige Ausbildung mit einem sehr großen Potenzial. In anderen Ländern gibt es diese Möglichkeit nicht. Deswegen gibt es dort auch höhere Abschlussquoten an den Hochschulen. Das kann man nicht 1 : 1 vergleichen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Frage von Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Frau Ministerin, der Ansatz von Ihnen, auch in den Gymnasien für die duale Ausbildung zu werben, ist richtig.

Ganz kurz ein Beispiel aus Mannheim: Die IHK Rhein-Neckar hat berichtet, dass sie ein Angebot gemacht hat, in die Gymnasien in Mannheim zu gehen und die duale Ausbildung vorzustellen. Es gab kein einziges Gymnasium bzw. – so der Präsident – nur durch persönliche Kontakte ein einziges, das das Angebot wahrgenommen hat. Es wurde zurückgemeldet: „Das ist nicht unsere Zielrichtung, das ist nicht unser Klientel.“ Wie wollen Sie ein solches Denken bei den Lehrkräften aufbrechen?

Sie haben zu Recht geschildert: Wir setzen viel Hoffnung in das neue Fach. Dies allein wird es allerdings nicht bringen, wenn es eine solch pauschale Denkweise gibt: „Wir bilden für die Universitäten aus und nicht für die duale Ausbildung.“ Was sind Ihre Ansätze dazu?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Bei den Tandems von Berufsberatern und Lehrkräften, die hier auch wirken, haben wir schon jetzt eine relativ hohe Abdeckung. Bis 2018 sollen an 100 % der allgemeinbildenden Schulen die jungen Menschen direkt entsprechend beraten werden.

Man kann natürlich niemanden zu etwas zwingen. Aber man kann die entsprechenden Informationen auch in die Schulen hineintragen. Ich habe mich deswegen auch ganz besonders gefreut, dass Frau Eisenmann persönlich bei dem Spitzengespräch zur Ausbildungssituation dabei war; denn wir arbeiten hier ja auf Landesebene zusammen. Auch das Sozialministerium und das Wissenschaftsministerium waren vertreten.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Wir sehen diesen Ansatz ganzheitlich. Ich denke, es muss auch ein Prozess sein. Das hängt vielleicht auch von einzelnen Schulleitern ab, möchte ich jetzt sagen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig! Aufgeschlossene Schulleiter!)

– Oder Schulleiterinnen. – Allein durch die Praktikumswoche ist diese Information den jungen Menschen schon direkt gegeben. Wir versuchen einfach, hier mehr aufzuklären, und sind auf die Kooperation angewiesen. Das ist ganz klar. Aber wir können niemanden zwingen, etwas zu tun.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Damit sind 30 Minuten der Regierungsbefragung vorbei. Das erste Thema ist somit abgehandelt.

Wir kommen zum zweiten Thema:

Zukunft des Konzepts „sicherer Herkunftsländer“ unter Grün-Schwarz (vgl. auch Drucksache 16/151)

Dieses Thema wurde von der Fraktion der FDP/DVP angemeldet.

Ich erteile Herrn Abg. Dr. Goll das Wort.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In der „Süddeutschen Zeitung“ vom 10. Juni 2016 war zu lesen, dass Ministerpräsident Kretschmann ein Modell für ein Gesetz erarbeiten lässt, das das Konzept der sicheren Herkunftsländer überflüssig machen soll. Es war davon die Rede, Asylanträge aus Ländern mit niedriger Anerkennungsquote sofort in ein beschleunigtes Verfahren gehen zu lassen und Abschiebungen beschleunigt vorzunehmen und im umgekehrten Fall – bei steigenden Anerkennungsquoten – praktisch wieder zum längeren Verfahren zurückzukehren.

Das hat sich alles ganz interessant angehört. Deshalb haben wir auch schon einmal mit einem Antrag nachgefragt, sind aber leider ohne konkrete Antwort geblieben. Daher erlauben wir uns, die Landesregierung hier an dieser Stelle zu fragen: Arbeitet die Landesregierung an einem Konzept oder gar am Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Konzept der sicheren Herkunftsländer abgelöst werden soll? Falls das der Fall sein sollte, falls die Antwort also Ja lautet, interessiert uns: In welchem Ministerium wird das erarbeitet? Inwieweit sind die Fraktionen von Grünen und CDU beteiligt und über die Inhalte informiert? Wann soll der Gesetzentwurf oder das Konzept vorliegen?

Sollten Sie aber ein solches gar nicht haben, wenn die Frage also mit Nein zu beantworten wäre, interessiert uns, ob die Berichterstattung in der „Süddeutschen Zeitung“, die das entsprechend behauptet hat, falsch war, ob Sie das Ganze gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“ dementiert haben und ob Sie vor diesem Hintergrund dann bereit sind, das Konzept der sicheren Herkunftsländer zu unterstützen.

Danke schön.

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Strobl das Wort.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, Herr Abg. Professor Dr. Goll! Niemand anders als der Verfassungsgesetzgeber räumt die Möglichkeit ein, sich gegen massenhaften und ungerechtfertigten Zuzug durch die Möglichkeit der sicheren Herkunftsstaaten zu wehren. Das ist in Artikel 16 a Absatz 3 unseres Grundgesetzes direkt so beschrieben.

Das ist nach Auffassung der Landesregierung ein wichtiges Instrument, auch weil es hilft, zu vermeiden, dass bei Menschen, die aus asylfremden Gründen zu uns kommen, eine Illusion entsteht. Da wir nicht nur die Globalisierung, sondern auch die Digitalisierung haben, spricht es sich schnell herum, wenn man dahin, woher man kommt, zurückgeführt worden ist und – lassen Sie es mich einmal so formulieren – die gefährliche und teure Reise nach Deutschland umsonst gemacht hat.

Selbstverständlich ist die Herkunft aus sicheren Herkunftsstaaten kein Persilschein, um pauschal Asylverfahren abzulehnen, sondern es bleibt in jedem Einzelfall bei einem individuellen Verfahren, in dem die Asylgründe dargelegt werden können. Sie müssen im Übrigen nicht nachgewiesen werden; eine Glaubhaftmachung reicht aus. Es ist schon bisherige Verwaltungspraxis, auf individuelle Verfolgungsgründe, etwa die sexuelle Orientierung betreffend, ein Auge zu haben.

Im Augenblick gibt es zu diesem Thema eine Debatte in mehrere Richtungen. Zunächst einmal gibt es ein verabschiedetes Bundesgesetz mit drei weiteren sicheren Herkunftsstaaten: Marokko, Tunesien, Algerien. Dieses Bundesgesetz ist im Deutschen Bundestag verabschiedet. Ich will mal sagen, aus politischen Gründen ist es bisher im Bundesrat noch nicht aufgerufen worden.

Dieses Gesetz ist aus Sicht der Landesregierung ein notwendiges Gesetz. Die Zahl der Menschen aus diesen Staaten, die in Deutschland einen Asylantrag gestellt haben, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. 2012 waren es noch 1 500, 2015 schon knapp 5 000 Antragsteller. Das ist eine Zunahme um über 250 %. Diese Tendenz setzt sich in diesem Jahr fort. Im ersten Halbjahr haben bereits 3 800 Menschen aus diesen drei Staaten einen Asylantrag gestellt. Die ganz aktuelle Anerkennungsquote liegt zwischen 0,7 % und 2,3 %. Damit ist sie sehr niedrig, niedriger als die Anerkennungsquote bei den Balkanstaaten, die wir erfolgreich zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt haben mit der Folge, dass ab Oktober 2015 die Antragstellungen von Menschen aus dem Balkan, die vorher unser größtes Thema waren, in einem statistisch marginalen Bereich liegen. Das ist das eine Thema.

Zum anderen gibt es im politischen Raum eine Debatte über ein Modell, das vorsieht, dass beim Unterschreiten bestimmter Schutzquoten gewissermaßen automatisch der Status eines sicheren Herkunftsstaats eintritt. Diese Debatte spielt auf europäischer Ebene eine Rolle. Ein konkreter Vorschlag der Europäischen Kommission möchte den Nationalstaaten die Anwendung eines EU-weit verbindlichen Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten vorschreiben.

Jetzt gilt es, diese europarechtlichen Entwicklungen hin zu einem EU-weiten System der sicheren Herkunftsstaaten konstruktiv zu begleiten. Das würde eines Tages bedeuten, dass die nationalen Listen durch europäische Herkunftsstaatenlis-

(Minister Thomas Strobl)

ten ersetzt werden. Einen solchen Vorschlag der Europäischen Union gibt es bereits. Wenn man sich auf diese Lösung verständigen könnte, wäre das nach meiner persönlichen Auffassung ein ganz entscheidender Schritt.

Wir brauchen uns, Herr Abg. Professor Goll, nicht im materiellen Gehalt auf ein gemeinsames Asylrecht zu verständigen. Das haben wir Gott sei Dank, weil überall der materielle Gehalt des Asylrechts in Wahrheit auch in Deutschland nicht über Artikel 16 a des Grundgesetzes definiert wird, sondern über die Genfer Flüchtlingskonvention, die nicht nur die Staaten der Europäischen Union, sondern 150 weitere in dieser Welt unterzeichnet haben. Das ist der materielle Teil.

Wenn es uns gelänge, in den Verfahren eine europaweite Vereinheitlichung zu erreichen, möglicherweise bis hin zu vergleichbaren sozialen Leistungen, dann würde Europa diese europäische Herausforderung sozusagen annehmen und eines Tages auch auf eine richtige Art und Weise lösen. Die sicheren Herkunftsstaaten europaweit zu definieren wäre aus meiner Sicht ein erster wichtiger und richtiger Schritt.

Daneben gibt es von Vertretern der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus Bund und Ländern die sogenannte Initiative „Fast and Fair – Aktionsplan Maghreb“, mit der sie das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten ablösen wollen. Nach meiner Kenntnis waren die baden-württembergischen Grünen daran nicht beteiligt. Dieser Aktionsplan sieht im Wesentlichen eine ganz umfangreiche Altfallregelung, also eine Bleiberechtsregelung für Asylantragsteller, die länger als ein Jahr im Verfahren sind, sowie vieles andere mehr vor.

Um es Ihnen kurz und knapp zu sagen: Dieser Aktionsplan ist aus meiner Sicht strikt abzulehnen. Dieses Maßnahmenpaket ist im Grunde genommen im Kern darauf ausgerichtet, unter dem Deckmantel der Beschleunigung der Asylverfahren weitgehende Bleiberechtsregelungen hier zu generieren, mit weitgehenden Effekten in die ganze Welt hinaus. Faktisch käme dieser Plan einer Öffnung der Außengrenzen gleich, und wir hätten im Grunde genommen keinerlei Steuerungsmöglichkeit mehr. Deswegen ist dieser Aktionsplan kein guter Plan.

Konkret wird an entsprechenden Gesetzgebungsverfahren in der Landesregierung und im Innenministerium nicht gearbeitet. Darüber, was eine nationale Regelung mit einem Automatismus angeht, dass sozusagen bei Unterschreitung von bestimmten Anerkennungsquoten ein Land zu einem sicheren Herkunftsstaat wird – das wäre ein Automatismus, bei dem es, sagen wir mal so, auch bestimmte verfassungsrechtliche Hürden zu überwinden gälte –, haben wir im Innenministerium einmal in einer ersten Runde nachgedacht. Wir sind aber weit davon entfernt, konkret gesetzgeberisch etwas vorzubereiten, weil wir vor allem sehr genau beobachten und im Grunde genommen auch konstruktiv das begleiten wollen, was auf der europäischen Ebene, insbesondere von der Europäischen Kommission, zu diesem Thema im Augenblick erarbeitet wird.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. Gibt es weitere Fragen? – Herr Abg. Dr. Goll.

Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Abgesehen davon, dass ich mir die Vorbemerkung, dass ich mit allem, was Sie gesagt haben, einverstanden bin, erlauben darf, stelle ich fest: Es gibt kein Papier in der Landesregierung – auch nicht in der Schub-

lade mit den Nebenabreden –, das ein solches Konzept beinhaltet.

In der „Süddeutschen Zeitung“ stand, Ministerpräsident Kretschmann lasse ein Papier erarbeiten. Jetzt stelle ich also nüchtern fest: Er lässt kein Papier erarbeiten, und falls er sich mit seiner Bemerkung auf den Vorschlag der Grünen bezogen haben sollte, wäre der Innenminister des Landes dagegen.

Habe ich Sie richtig verstanden?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich vermute einmal, Sie haben mich schon ganz richtig verstanden, aber es ist natürlich Ihr bestes Recht, das noch einmal auf charmante Art und Weise nachzufragen.

Falls es sich um das Papier der Grünen auf Bundesebene handeln sollte, kann ich Ihnen versichern, dass das Innenministerium dazu keine Beiträge geleistet hat und dass, jedenfalls nach meiner Kenntnis, auch die baden-württembergischen Grünen daran nicht beteiligt waren.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja!)

– Das wird durch den allseits kundigen Abg. Sckerl soeben bestätigt.

(Heiterkeit der Abg. Sascha Binder und Martin Rivoir SPD – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das ist nicht unser Konzept!)

Präsidentin Muhterem Aras: Gibt es weitere Fragen? – Dann bitte, Herr Abg. Dr. Merz.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Herr Minister, schönen Dank für Ihre Ausführungen. – Ich habe eine Klärungsfrage. Sie sagten, der materielle Gehalt des Asylrechts werde nicht über Artikel 16 a des Grundgesetzes, sondern über die Genfer Flüchtlingskonvention gesteuert. Ich verstehe das Wort „materieller Gehalt“ nicht. Könnten Sie uns das einmal erklären?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Das ist ganz einfach und sehr gern zu erklären, Herr Abgeordneter. Das ist im Grunde genommen der Inhalt, worum es beim Asylrecht geht, und das andere, das bei meinen Ausführungen in Parenthese dazu steht, ist sozusagen das reine Verfahren.

Zur Erläuterung. Was den Inhalt der Asylgründe betrifft, warum wir in Deutschland Asyl gewähren: Legen Sie mich jetzt bitte nicht auf plus/minus ein paar Prozent fest, aber weit über 90 % derer, die bei uns Asyl bekommen, bekommen dieses nicht nach Artikel 16 a unseres Grundgesetzes, sondern sie bekommen es materiell, vom Inhalt her wegen der Genfer Flüchtlingskonvention.

Oder, Herr Abgeordneter, um es andersherum zu sagen: Wenn jemand auf die Idee kommen würde, das Asylproblem etwa dadurch lösen zu wollen, dass wir den Artikel 16 a in unserem Grundgesetz abschaffen, und dieser Artikel würde – ganz theoretisch – abgeschafft werden, dann würde sich in der Bundesrepublik Deutschland bei den anerkannten Flüchtlingen nichts, aber auch gar nichts ändern – also nur ganz wenig.

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt noch eine Zusatzfrage.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Ich bin juristischer Laie, aber Sie verstoßen gegen das Grundgesetz. Ist das okay?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Wenn Sie sagen, es werde nicht über Artikel 16 a des Grundgesetzes gesteuert, sondern über die Flüchtlingskonvention, dann verstehe ich das als juristischer Laie so, dass Sie bewusst gegen Artikel 16 a des Grundgesetzes verstoßen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das verstehen Sie nicht, Herr Kollege! Das widerspricht doch nicht dem Grundgesetz! – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ahnungslos!)

Könnten Sie das erklären? Was hat denn Vorrang?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Die Genfer Flüchtlingskonvention wurde von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet. Insofern ist sie ein Stück weit auch ein höherrangiges Recht.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

– Das kann man so nicht sagen, das kommt auf den konkreten Fall an. Aber Sie können da ganz beruhigt sein. Das ist sicher alles andere als ein Verstoß gegen das Grundgesetz.

(Zuruf des Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt liegt mir eine Wortmeldung von Herrn Abg. Berg vor.

Abg. Lars Patrick Berg (fraktionslos): Herr Minister, ich möchte Sie fragen, welche Maßnahmen Sie als realistisch ansehen, damit Länder, die sich weigern, ihre Staatsbürger wieder zurückzunehmen, dies aber dann tatsächlich tun. Was könnte man da machen? Welche Maßnahmen sehen Sie als realistisch an?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ich will zunächst damit beginnen: Einen ähnlichen Weg sind wir ja mit der Türkei gegangen, indem wir mit der Türkei ein Abkommen getroffen haben, wonach Flüchtlinge, die auf eine unkontrollierte Art und Weise aus der Türkei in Europa ankommen, in einem sehr unkomplizierten und schnellen Verfahren wieder zurückgeführt werden und Aufnahme in einer sicheren Einrichtung, also insbesondere in einer Einrichtung, in der keine politische Verfolgung stattfindet, in der Türkei erhalten.

Bis heute jedenfalls hat sich das als außerordentlich erfolgreich erwiesen. Die Zahlen sind in sehr starkem Maß zurückgegangen. Deshalb könnte das auch ein Modell für Nordafrika, für die Mittelmeerregion sein. Wir wissen nicht, wie sich die Zahlen der über das Mittelmeer Flüchtenden entwickeln. Wir werden ganz sicher Menschen, die in Booten über das Mittelmeer kommen, nicht ertrinken lassen können – aus einer christlichen Überzeugung oder, wenn Ihnen das nicht gefällt, weil uns das internationale Seerecht dazu verpflichtet.

Wir sind aber nach Seerecht nicht verpflichtet, sie alle nach Europa zu bringen. Wenn wir sie zurück nach Afrika bringen, dann können wir sie nur an einen Ort bringen, wo es keine po-

litische Verfolgung gibt und wo sie nicht an Leib und Leben bedroht sind. Dies wird man im Zweifel nur dadurch erreichen können, dass wir mit den entsprechenden Ländern und deren Regierungen zu solchen Abkommen kommen. Das ist sicher ein außerordentlich schwieriger Prozess, aber es ist kein aussichtsloser Prozess. Ich jedenfalls würde dafür plädieren, dass wir so etwas versuchen.

(Abg. Lars Patrick Berg AfD [fraktionslos]: Vielen Dank!)

Präsidentin Muhterem Aras: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie haben ja begründet, dass Artikel 16 a des Grundgesetzes eingehalten werden würde angesichts der großen Zahl derer, die in die Bundesrepublik Deutschland gekommen sind.

Nun legt Artikel 16 a des Grundgesetzes ja fest, dass Menschen, die aus sicheren Drittländern kommen, einschließlich der Staaten der Europäischen Union und auch anderer Staaten, die die Genfer Flüchtlingskonvention und ähnliche Regularien unterschrieben haben, keinen Anspruch auf Asyl haben. § 18 des Asylverfahrensgesetzes, das sich dann ja auf diejenigen erstreckt, die nicht unbedingt asylberechtigt sind, sondern die als Flüchtlinge zu gelten haben, macht die gleiche Einschränkung. Wie bringen Sie das in Einklang mit der tatsächlich momentan gehandhabten Handlungsweise, dass dann Menschen eben trotzdem bundesdeutschen Boden betreten und sich hier dann aufhalten können?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Dr. Fiechtner, es mag an mir liegen, aber ich habe Ihre Frage schlichtweg nicht verstanden.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Niemand hat sie verstanden!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie haben ja gesagt, die Genfer Flüchtlingskonvention würde für Sie die überragende Rolle spielen.

(Zuruf: Nein!)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Nein, ich habe nicht gesagt, sie spielt für mich die überragende Rolle, sondern ich habe gesagt, in der Anwendung des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland bekommen über 90 % der Flüchtlinge nicht nach Artikel 16 a des Grundgesetzes einen Asylgrund, sondern nach der Genfer Flüchtlingskonvention.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Einen Aufenthaltstitel.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Das ist nicht ein Wunsch oder eine Meinung von mir, sondern eine Realität.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Einen Aufenthaltstitel nach der Genfer Flüchtlingskonvention, ist das richtig?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Ja, einen Status als – –

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Genau. Aber den bräuchten sie gar nicht; denn wenn wir die Regularien der Gesetze ernst nehmen, müssten diese Leute ja gar nicht auf bundesdeutschem Boden sein,

(Zuruf von der SPD: Wie?)

zumal die Genfer Flüchtlingskonvention ja für alle anderen Anrainerländer ebenfalls gilt.

Präsidentin Muhterem Aras: Wo ist jetzt Ihre Frage?

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich würde gern wissen, wie der Minister dann den Aufenthalt der Menschen hier auf bundesdeutschem Boden begründet.

(Zuruf von der SPD: Sie sollen die Frage stellen!)

Präsidentin Muhterem Aras: Okay. Das war jetzt nicht wirklich eine Frage.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sie halten Schengen ja nicht ein; das Schengen-Abkommen wird hier nicht eingehalten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, wir sind in der Regierungsbefragung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Gut.

Präsidentin Muhterem Aras: Da geht es darum, dass Sie kurze Fragen stellen, damit die Regierung auch antworten kann.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wie sorgen Sie dafür, dass – –

Präsidentin Muhterem Aras: Moment! Jetzt rede ich, bitte. Warten Sie, bis Sie dran sind.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Entschuldigung.

Präsidentin Muhterem Aras: Sie haben keine Frage gestellt, sondern trotz mehrfacher Nachfrage Feststellungen gemacht. Haben Sie jetzt eine Frage? Dann stellen Sie sie konkret. Ansonsten bitte ich Sie, sich hinzusetzen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wie sorgen Sie dafür, dass das Schengen-Abkommen hier eingehalten wird?

(Zurufe: Schengen?)

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich kann beim allerbesten Willen zwischen der Debatte, die wir soeben geführt haben, und Schengen den Zusammenhang nicht erkennen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Schengen spielt bei der Genfer Flüchtlingskonvention keine Rolle! – Abg. Sascha Binder SPD: Vielleicht ging es um Dublin!)

Aber ich bin gern bereit, bei anderer Gelegenheit und wenn Sie mir den Hintergrund Ihrer Frage nahebringen, auch diese zu beantworten.

Vielen Dank.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Er soll sie mal aufschreiben! – Minister Thomas Strobl geht in Richtung Regierungsbank.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Minister, entschuldigen Sie bitte. Herr Minister, die Beantwortung dieser Frage war zwar zu Ende, aber ich habe noch eine Wortmeldung. Wir sind noch in der Zeit.

(Minister Thomas Strobl: Selbstverständlich! Ich bitte um Entschuldigung!)

– Nein, es ist alles gut. Wir sind noch in der Zeit, und deshalb lasse ich die Frage noch zu, und zwar von Herrn Abg. Dr. Gedeon. – Bitte.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Minister Strobl, selbst wenn die Maghreb-Staaten jetzt als sichere Herkunftsstaaten anerkannt werden, wenn noch 20 weitere Staaten als sicher anerkannt werden, gibt es genügend – Millionen, Hunderte Millionen – Menschen, die potenziell als Flüchtlinge infrage kommen. Haben Sie sich von Regierungsseite denn etwas ausgedacht, wie Sie auf diese Herausforderung reagieren? Da reichen die bisherigen Maßnahmen sicherlich nicht aus.

Sie haben das Seerecht angedeutet. Gibt es z. B. Initiativen über den Bundesrat oder anderweitig vonseiten der Bundesrepublik aus, dass man das Seerecht in diesem Sinn ändert, dass man die Flüchtlinge zurück an die Orte bringen kann, von denen aus sie gestartet sind? Oder gibt es irgendwelche weiteren Ansätze, Denkansätze, Vorstellungen?

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Dr. Gedeon, das internationale Seerecht würde uns nicht daran hindern, im Mittelmeer aufgebrachte Flüchtlinge wieder nach Nordafrika zurückzubringen. Wir können sie allerdings dorthin nur zurückbringen, wenn wir sie an einen – in Anführungszeichen – „sicheren Ort“ bringen, wo sie nicht an Leib und Leben bedroht sind und wo sie nicht politisch verfolgt sind. Deswegen müssen wir – ich sage es einmal umgangssprachlich – solche Orte dort schaffen. Das werden wir nur hinbekommen, wenn wir mit den entsprechenden Ländern entsprechende Abkommen schließen.

Im Übrigen teile ich Ihre Auffassung nicht, dass Maßnahmen wie die Ausweisung sicherer Herkunftsstaaten ohne Wirkung sind. Ich wiederhole es gern: Über einen Zeitraum von anderthalb, zwei Jahren waren die meisten aller Asylbewerber, die nach Deutschland kamen, solche, die vom Westbalkan kamen. Das war die größte Gruppe. Mit Inkrafttreten des Gesetzes, den gesamten Westbalkan zu einer sicheren Herkunftsregion zu machen, sind ab September, Oktober 2015 die Zahlen auf nahe null zurückgegangen.

Vor diesem Hintergrund so leichter Hand zu sagen, das sei doch ein Instrument, das überhaupt nichts nütze, finde ich, ehrlich gesagt, angesichts der ja gar nicht zu bestreitenden zahlenmäßigen Entwicklung eine gewagte These, der ich heftig widerspreche. Deswegen wäre es im Übrigen auch wichtig, in der nächsten Bundesratssitzung zu einer Mehrheit dafür zu kommen – an Baden-Württemberg liegt es nicht –, die in Rede stehenden drei nordafrikanischen Staaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären, um sicherzustellen, dass sich die Zahlen der Ankömmlinge von dort nicht nach oben entwickeln.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank, Herr Minister. – Damit sind alle Fragen beantwortet. Die Zeit für die Regierungsbefragung ist auch abgelaufen.

Punkt 3 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Bildungszeitgesetzes Baden-Württemberg (BzG BW) – Drucksache 16/54

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau – Drucksache 16/226

Berichterstatter: Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion und eine Redezeit von fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter festgelegt.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich nun das Wort für die Fraktion GRÜNE Frau Abg. Lindlohr.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE unterhält sich mit Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP.)

– Frau Lindlohr!

(Minister Franz Untersteller: Das ist doch ein FDP/DVP-Gesetzentwurf! – Gegenruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: In der zweiten und dritten Lesung geht es nach der Fraktionsstärke, Herr Minister! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ich schicke Ihnen mal eine Geschäftsordnung, Herr Minister!)

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wenn gerade der Fraktionsvorsitzende Dr. Rülke ein Anliegen hat, muss ich diesem ja auch entsprechen.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind hier bei der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der FDP/DVP-Fraktion, die heute noch Änderungsanträge vorgelegt hat. Wir haben in der ersten Lesung und im Ausschuss dazu beraten. Der Inhalt des Gesetzentwurfs der FDP/DVP-Fraktion ist weiterhin, die politische Bildung aus dem Katalog der Bildungszeit zu streichen und die Qualifizierung zum Ehrenamt als Zweck der Bildungszeit zu beschränken. Der Gesetzentwurf war etwas unglücklich formuliert. Die Kolleginnen und Kollegen haben jetzt Nachbesserungen vorgelegt. Das ist auch in Ordnung.

Weiterhin gilt, wie wir hier schon bei der ersten Lesung besprochen haben, dass dieser Gesetzentwurf nicht die eigentliche Meinung der FDP darlegt. Bei der ersten Lesung hatten wir hier kurz auf das Wahlprogramm hingewiesen. Aber es hat sich jetzt – und darum geht es ja hier – auch bei der parlamentarischen Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs gezeigt. So sagte der Kollege Schweickert in der ersten Lesung, man wolle diesem Spuk ein Ende bereiten.

Sie können dem Bericht, der Ihnen heute zu den Ausschussberatungen vorliegt, auch entnehmen, dass die FDP/DVP-Fraktion sich dort geäußert hat, dass sie vom Grundsatz her

gegen die Bildungszeit an sich gewesen sei. So kennen wir Sie auch; das ist auch in Ordnung. Es ist weiterhin so, dass Sie einen taktischen Gesetzentwurf vorlegen. Das können Sie gern machen. Der Meinung der FDP entspricht dies nicht, und daran ändern auch die jetzt vorliegenden Änderungsanträge nichts.

Es ist Ergebnis der Anhörung, dass Verbände aller Seiten mit dem Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion nicht zufrieden sind. Diejenigen, die für die Bildungszeit waren, sind dies weiterhin, und diejenigen, die dagegen waren, sind dies auch weiterhin.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP-Fraktion, denken Sie einfach noch einmal über das Bildungszeitgesetz nach. Sie haben, glaube ich, Ihre Position dazu noch nicht gefunden. Denn eigentlich möchten Sie es abschaffen.

(Zurufe der Abg. Andreas Glück und Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Ich nehme an, dass Sie dazu im Lauf der Legislaturperiode noch einmal tätig werden. Hier haben Sie einfach nur eine taktische Variante vorgelegt, die uns in den Beratungen leider nicht weiterbringt.

Auch wir denken darüber nach. Das ist in der Sache fair. Das Bildungszeitgesetz gilt erst seit einem Jahr, und die Verordnung zur Qualifizierung im Ehrenamt ist erst zum 1. Januar dieses Jahres in Kraft getreten. Das Land – so ist es festgelegt – wird das Gesetz zur Gänze nach zwei Jahren evaluieren. Ich erhoffe mir von dieser Evaluation verschiedene Erkenntnisse, z. B. über die Nutzung der Bildungszeit, verteilt über die drei Felder, und über die Wirkung der Kataloge, die wir, das Parlament, in der letzten Legislaturperiode beschlossen haben, um die Qualität der Maßnahmen in der Bildungszeit sicherzustellen. Das sind im Bereich der politischen Bildung der Negativkatalog und im Bereich der ehrenamtlichen Qualifizierung der Positivkatalog.

Das Bildungszeitgesetz enthält auch ein Verfahren, das regelt, welche Trägerinnen und Träger überhaupt Bildungszeit anbieten dürfen. Dazu hat das Regierungspräsidium Karlsruhe eine Zertifizierung entwickelt. Sicherlich wird auch Gegenstand der Evaluation sein, ob das ein vernünftiges Verfahren ist und wie wir dabei weiterkommen.

Daraus folgen dann Ideen aus der Koalition, die mit den Betroffenen und im Parlament diskutiert werden. Das Ergebnis kann jetzt noch nicht vorliegen.

Das, was Sie jetzt in der Liste der Nebenabreden vorgefunden haben, eine mögliche Eigenbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Form von Urlaubstagen, ist ein möglicher Vorschlag, der hieraus hervorgehen kann. Aber die Evaluation hat noch gar nicht begonnen. Dazu muss das Bildungszeitgesetz erst zwei Jahre gelten. Welche Themen die Evaluation haben kann, habe ich Ihnen vorhin aufgeführt.

Uns, der grün-schwarzen Koalition, ist es wichtig, die Weiterbildung im Land Baden-Württemberg voranzubringen. Es gibt hier viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die zwar berufstätig, aber formal gering qualifiziert sind. Der große technologische Wandel macht es zu einer besonderen Aufgabe im Land Baden-Württemberg, zu mehr Weiterbildung bei den Ar-

(Andrea Lindlohr)

beitnehmerinnen und Arbeitnehmern beizutragen. Das ist eine gemeinsame Aufgabe der Sozialpartner und der öffentlichen Hand, die wir mit der Allianz für Fachkräfte unterstützen und voranbringen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur zur Klarstellung: Wir sind in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs. Deshalb richtet sich die Reihenfolge der Rednerinnen und Redner nach der Fraktionsstärke und beginnt nicht automatisch mit der Fraktion, die den Gesetzentwurf eingebracht hat. Insofern war die Reihenfolge richtig.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bloß auf der Regierungsbank gab es etwas Schwierigkeiten!)

Wir fahren fort.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abg. Paal das Wort.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Claus, gib alles!)

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute findet die Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der FDP/DVP zum Bildungszeitgesetz statt. In der ersten Lesung hatte ich schon ausgeführt, was die Meinung der CDU dazu ist.

Zwischenzeitlich fand die Ausschussberatung zu dem Gesetzentwurf statt. Diese hat unserer Ansicht nach nichts wesentlich Neues ergeben. Wir haben dort vor allem – Kollegin Lindlohr hat es gerade erwähnt – die schriftlich durchgeführte Anhörung analysiert und besprochen. Das Ergebnis war eigentlich eindeutig. Wie sich die Verbände und Organisationen geäußert haben, war auch nicht überraschend. Etwa die Hälfte war klar gegen das Bildungszeitgesetz, die andere Hälfte wollte es so belassen, wie es ist; relativ wenig Begeisterung war im Grunde für den Gesetzentwurf der FDP/DVP vorhanden, wenn ich das so zusammenfassen darf.

Die Haltung der CDU zum Bildungszeitgesetz habe ich in der ersten Lesung dargestellt. Ich möchte hier nur noch kurz darauf eingehen. Wir haben dieses Gesetz immer für unnötig gehalten. Das Gesetz gibt es jetzt nun einmal, und wir gehen damit um. Wir sehen es vor allem ordnungspolitisch kritisch. Fakt ist auch: Die Unternehmen im Land sind beim Thema Weiterbildung hier in Baden-Württemberg mit an der Spitze, wenn nicht sogar die Spitze. Das heißt aber, dass „Freiwilligkeit vor Zwang“ immer erfolgreicher ist. Die Unternehmen in Baden-Württemberg tun beim Thema Weiterbildung schon heute sehr viel freiwillig. Vor allem muss man immer auch die Belastungen der Unternehmen im Blick haben; denn – ich glaube, das wissen wir alle – Sünden begeht man in guten Zeiten.

Mein Tipp an die Tarifpartner von dieser Stelle aus ist deshalb: Sie sollten das im Grunde selbst lösen. Dafür haben wir die Tarifpartnerschaft. Wenn das von ihnen geregelt werden sollte, ist wichtig, dass in der Tat beim Thema Weiterbildung die Digitalisierung ins Auge gefasst werden muss. Wir alle ha-

ben hier Weiterbildungs- und Nachschulungsbedarf. Die Digitalisierung ist ein Megathema, um das niemand herumkommen wird.

Wie geht es weiter? Grün-Schwarz hat die Evaluierung und Novellierung – wie der Ministerpräsident heute Morgen zu Recht gesagt hat – im Koalitionsvertrag vereinbart. In der Detailvereinbarung, die Sie alle jetzt auch kennen, steht auch ein möglicher Novellierungsweg. Aber jetzt geht es erst einmal darum, Daten zu sammeln und diese dann auszuwerten.

Die FDP ist im Grunde nicht bekannt für Schnellschüsse, und das im Gesetzentwurf enthaltene Vorgehen wäre ein Schnellschuss. Deshalb verwundert es mich, dass Sie dieses Gesetz so eingebracht haben, zumal Sie im Wahlkampf dessen Abschaffung gefordert haben – die CDU übrigens nicht. Wir machen das, was wir im Wahlkampf zugesagt haben. Wir gehen eine Evaluierung und dann eine Novellierung an.

Von dieser Stelle noch ein Aufruf an die Landfrauen, die sich immer noch melden; wir haben dafür auch Verständnis. Baden-Württemberg hat das Ehrenamtsgesetz, und genau für die Landfrauen ist es auch da; es wurde für sie geschaffen.

Fazit: Es bleibt beim beschlossenen Verfahren, nicht nur weil es im Koalitionsvertrag steht, sondern weil es richtig ist und Sinn macht. Der Ausschuss empfiehlt Ablehnung. Die CDU-Fraktion wird dieser Empfehlung folgen und natürlich in letzter Konsequenz die Änderungsanträge der FDP/DVP ablehnen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Dr. Fulst-Blei das Wort.

Abg. Dr. Stefan Fulst-Blei SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es wird heute klar und seit heute Morgen wissen wir: Nicht nur in Abgrenzung zur CDU, sondern auch in Abgrenzung zu den Grünen halten wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Bildungszeitgesetz Baden-Württemberg für eine echte Errungenschaft in unserem Land.

(Beifall bei der SPD)

Denn es geht gerade in diesen Zeiten um nichts anderes – wer will das bestreiten? – als um die Förderung von lebenslangem Lernen und um einen Push, wie man neudeutsch sagt, für die berufliche und für die persönliche Bildung und sicherlich auch um die lang geforderte Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.

Ich habe es schon in der ersten Lesung gesagt: Dass ausgerechnet die FDP/DVP gleich am Anfang der Legislaturperiode mit einem solchen Gesetzesvorschlag ins Haus fällt, ist nicht überraschend gewesen. Überraschend ist vielleicht das Ausmaß, dass man die ehrenamtliche Qualifikation gleich um 40 % zusammenstreichen will. Wie es sich mit der Tradition einer liberalen Partei verträgt, dass man in solchen Zeiten von „Brexit“, von Rechtspopulismus in ganz Europa dann ausgerechnet die politische Bildung zur Disposition stellt, das muss die Partei für sich selbst diskutieren.

(Dr. Stefan Fulst-Blei)

Für mich ist im Rahmen der Debatte auch die Frage aufgenommen, welche Rolle Sie, liebe Frau Ministerin, hier selbst einnehmen wollen. Sie haben auf meine ausdrückliche Frage hin, wie Sie denn zu einer Streichung der ehrenamtlichen Qualifikation stehen, ob Sie sich eine Streichung der politischen Bildung vorstellen können, geantwortet, Sie ließen dies ausdrücklich offen. Seit dem Wochenende wissen wir: Nichts ist offen. Es ist im Grunde der Hammer der Nebenabrede. Das Ergebnis ist klar vorweggenommen dort definiert.

Auch Ihnen gestehe ich die Schonfrist der ersten hundert Tage zu. Deswegen halte ich mich mit meiner Kritik noch im Rahmen. Allerdings muss man schon sagen: Aufpassen in Sachen Glaubwürdigkeit, in Sachen Stil! Das betrifft jetzt nicht Sie, aber wer Mäuscheln als Stilprinzip nennt, macht auch jede Evaluation zur Witznummer. Denn das beschädigt die Grundlage jeder Evaluation. Ich war in dem Beruf lange genug tätig, habe sechs Jahre lang die Fremdevaluation und die Eigenevaluation einer Schule gesteuert. Wenn Sie mit einer Nebenabrede hineingehen, die öffentlich wird, sodass bekannt wird, dass es schon ein vorweggenommenes Ziel gibt, dann beschädigen Sie alles.

(Abg. Claus Paal CDU schüttelt den Kopf.)

Wie wollen Sie es mir bzw. wie wollen Sie es sich übrigens selbst darstellen, wenn Sie in zwei Jahren zu einem Ergebnis kommen, das sich dann zufälligerweise oder nach Ihren methodischen Ausführungen auch tatsächlich mit dem Ergebnis deckt? Wie wollen Sie denn in zwei Jahren den Verbänden erklären, dass das dann nun einmal so ist und man genau den Weg gehen muss, den Sie in der Nebenabrede vereinbart haben? Sie beschädigen das Prinzip der Evaluation. Das ist heute Morgen sehr deutlich geworden. Damit beschädigen Sie hier auch einen parlamentarischen Prozess.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Kollege Paal, zu den Äußerungen der Landfrauen – sie sind keine sozialdemokratische Vorfeldorganisation; das dürfte Ihnen bekannt sein –: Die Mails, die mich in den letzten Tagen erreicht haben – sie sind nicht bestellt –, sprechen schon Bände. So hat beispielsweise Frau Sonja Leyghdt, die stellvertretende Vorsitzende, wörtlich geschrieben – ich darf es zitieren –:

Die Arbeitsgemeinschaft der Landfrauen ist sehr bestürzt über diese Entwicklung.

Geschäftsführerin Beate Krieg hat mir hierzu geschrieben:

Unsere ehrenamtlichen Aktiven können es nicht fassen. Wir gehen davon aus, dass nach der Evaluation entschieden wird. Wenn Ehrenamt im Land gestärkt werden soll, dann kann Baden-Württemberg mit den Qualifizierungen für das Ehrenamt über das Bildungszeitgesetz Zeichen setzen.

Ihre Nebenabrede bedeutet genau das Gegenteil. Sie reden hier in Sachen Ehrenamtsförderung von Einschränkung, von Rückbau. Ich halte das für völlig kontraproduktiv und die Landfrauen in Baden-Württemberg offensichtlich auch.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole meine Aussage aus der ersten Lesung: Ihr Vorschlag – ob es jetzt Ihre Nebenabrede ist; wie gesagt, beim Entwurf der FDP/DVP habe ich nichts anderes erwarten können – ist ein Hohn, ein Nackenschlag für die Landfrauen, für die Feuerwehren, für die Volkshochschulen als Anbieter, für die Sportvereine als Nachfragende in Sachen Ehrenamtsqualifikation, für die Gewerkschaften und viele, viele mehr.

Merken Sie eigentlich nicht, dass Sie hier potenziell drauf und dran sind, mit voller Wucht in ein Wespennest hineinzustoßen? Ich verstehe es nicht. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Finger weg vom Bildungszeitgesetz! Sie werden an dieser Stelle harten Widerstand nicht nur der SPD-Fraktion hier im Landtag erwarten können.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Schweickert.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Verehrte Zuhörer, Sie befinden sich hier im dritten Akt des Regierungstheaters zum Bildungszeitgesetz.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie reden zu uns, Herr Kollege!)

Wenn Sie die ersten Akte nicht mitverfolgen konnten: Da gibt es eine Ministerin, die etwas öffentlich macht und abweichend von der Regieanweisung im Koalitionsvertrag das Thema Bildungszeitgesetz aufruft; die erste Ankündigung kommt kurz nach dem Amtsantritt. Sie sagt die bis dato geheimen Nebenabreden exakt voraus. Das heißt, entweder handelt es sich um eine hoch talentierte Hellseherin – wir müssen einmal über die Lottozahlen sprechen; ich komme mal zu Ihnen –,

(Abg. Reinhold Gall SPD: Da komme ich auch mit!)

oder vielleicht hat auch die zweite Geige, die selbst unterzeichnet hat, die geheime Nebenabsprache eingeflüstert, meine Damen und Herren.

Frau Kollegin Lindlohr, wir, die Opposition, haben einen Vorschlag vorgelegt, der nicht unserem Wahlprogramm entspricht; das ist richtig. Aber ich finde es schon ein starkes Stück, dass Sie als Abgeordnete einer Regierungsfraktion uns das Wahlprogramm vorhalten; das können wir in den nächsten fünf Jahren gern umgekehrt machen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ich habe Ihnen auch die Beratung hier im Haus vorgehalten!)

Wir haben einen Kompromiss vorgelegt, der zustimmungsfähig ist; aber diesen möchten Sie ja nicht.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Ende Juni wird im zweiten Akt, in der ersten Lesung wieder behauptet, es handle sich um einen taktischen Gesetzentwurf. Meine Damen und Herren, was gibt es denn Taktischeres, als eine Evaluierung in den Koalitionsvertrag hineinzuschreiben und in der Nebenabrede schon vorwegzunehmen, was nachher passieren wird?

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

(Dr. Erik Schweickert)

Wenn Sie vor der Evaluierung – da gebe ich dem Kollegen Fust-Blei recht – schon die Handlungsoption vorwegnehmen, werden Sie es nicht mehr schaffen, eine offene Evaluierung durchzuführen. Dass das Ganze in Ihren Nebenabsprachen steht, zeigt doch, wohin die Reise gehen soll.

Dann ist es aber meines Erachtens auch nicht in Ordnung, dass man die Ehrenamtlichen – das wird ihnen nicht gerecht – zwei Jahre lang in eine Situation hineinrennen lässt und man es dann, nachdem zwei Jahre geplant wurde, wie man sich fortbildet, doch so macht, wie es in den Nebenabreden steht. Meine Damen und Herren, das ist für die Ehrenamtlichen schlimmer, als jetzt zu sagen, wie der Weg in Zukunft sein wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Ihnen der Gesetzentwurf der FDP/DVP nicht gefällt, kann ich Ihnen sagen, dass wir zwei Änderungen aufgenommen haben, die in den schriftlichen Rückmeldungen, die wir erbeten hatten, enthalten waren. Die Frau Ministerin hat selbst darauf hingewiesen, dass etwas unklar formuliert war; man hätte dies auch anders interpretieren können. Wir haben kein Ministerium im Rücken, das uns das Ganze auf alle Möglichkeiten durchprüft. Wir haben die Anregung übernommen. Stimmen Sie dem Änderungsantrag zu!

Wenn Sie eine Klarstellung wollen, wie sich Ehrenamtliche in Zukunft fortbilden – man kann das über einen gewissen Zeitraum tun –, haben Sie eine Möglichkeit, diese zu erhalten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Schweickert, lassen Sie eine Zwischenfrage der Abg. Lindlohr zu?

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Wenn sie kurz ist, ja. Ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit.

Präsidentin Muhterem Aras: Das wird nicht auf Ihre Redezeit angerechnet.

(Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Aber die Antwort schon!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Die Antwort schon; das ist das Problem.

(Abg. Claus Paal CDU: Die Antwort wird ja kurz sein! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dann antworten Sie nicht! – Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Kollege, vielen Dank. – Möchte die FDP/DVP-Fraktion die Bildungszeit abschaffen, ja oder nein?

(Abg. Dr. Ulrich Goll FDP/DVP: Ja!)

– Danke, Kollege Goll hat die Frage beantwortet.

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Dann brauche ich nicht mehr zu antworten. – Die FDP/DVP steht klar dafür, dass das Bildungszeitgesetz, das Sie von den Grünen zusammen mit der SPD eingeführt haben, für die Betriebe in Baden-Württemberg nicht notwendig ist.

(Zuruf: Also abschaffen!)

Sie bilden ihre Mitarbeiter fort.

Wir haben Ihnen hier einen zustimmungsfähigen Kompromiss vorgelegt, den wir eingegangen sind, um Klarheit zu schaffen für die Ehrenamtlichen; aber selbst dazu sind Sie nicht bereit.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Im dritten Akt, meine Damen und Herren, wird das Einstellen auf die Bildungszeit zu genau diesen Problemen führen.

Wenn der Schlussvorhang von diesem Regierungstheater fällt, dann werden Sie feststellen, dass Sie, die Regierungskoalition, am Ende nicht von allen Seiten, wie Sie es sich erhoffen, Applaus bekommen. Dafür wird es keinen Oscar geben, meine Damen und Herren. Sie werden nämlich von allen Seiten Buhrufe erhalten, und Ihnen wird maximal eine Goldene Himbeere verliehen, Frau Wirtschaftsministerin, weil Sie mit diesem Vorhaben weder den Unternehmen, die zwei Jahre umsonst dafür bezahlen mussten, noch den Ehrenamtlichen, die Sie damit einer unsicheren Situation ausliefern, gerecht werden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was ist umsonst? Es ist gar nichts umsonst!)

Aus diesem Grund haben Sie heute in der zweiten Lesung noch einmal die Chance, diesem Kompromissvorschlag der Opposition, der von der FDP/DVP eingebracht wird, zuzustimmen. Wenn nicht, dann werden wir sehen, was in zwei Jahren bei Ihrer Evaluierung herauskommt und was Ihre geheimen Nebenabreden wert sind, meine Damen und Herren. Ich sage Ihnen nur: Wenn dann der Vorhang fällt, ist das schlechter Stil, und Sie werden nichts gewinnen, sondern viel verlieren.

Vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der AfD erteile ich Herrn Abg. Klos das Wort.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, wertere Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben uns bereits einmal mit dem Bildungszeitgesetz beschäftigt. Kollegin Carola Wolle hat den Standpunkt der AfD dazu klargemacht. Der Standpunkt ist weiterhin: Wir werden dem Gesetzentwurf der FDP/DVP zustimmen.

Ich will allerdings nicht verhehlen, dass wir mit dem Bildungszeitgesetz prinzipiell unsere Schwierigkeiten haben, denn Sie greifen in das Verhältnis von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ein und sind der Meinung, dass diese beiden Parteien nicht in der Lage seien, das allein zu klären. Das ist vom Prinzip her eigentlich kein guter Ansatz. Ich finde, wir sollten erst dann Regelungen ergreifen, wenn wir der absoluten Überzeugung sind: Es ist notwendig; es muss Rechtssicherheit geschaffen werden.

Aufgrund der Unterlagen, die mir vorliegen, konnte ich nicht erkennen, dass der Gesetzesbeschluss, der aus der 15. Wahlperiode datiert, absolut notwendig gewesen ist. Was mir ins-

(Rüdiger Klos)

besondere Schwierigkeiten macht – mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, darf ich zitieren –, ist § 1 Absatz 4 des Bildungszeitgesetzes:

Politische Weiterbildung dient der Information über politische Zusammenhänge und der Mitwirkungsmöglichkeit im politischen Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss Sie wirklich fragen: Ich denke, politische Willensbildung ist Teil der Aufgabe der politischen Parteien. Was hat das mit dem Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu tun?

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf: Bildung!)

Das muss man mir einmal erklären.

Das zweite Problem, das ich hier ganz klar erkenne, ist: Sie führen eine Kostenstrukturbelastung ein. Sie führen diese Belastung auf Kosten des Arbeitgebers ein. Im Endeffekt führt dies zu einem Standortnachteil, weil Sie eine Kostenbelastung einführen, die in anderen Ländern nicht gegeben ist.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Fragen Sie andere Bundesländer! Wo sollen denn die Nachteile sein?)

– Der Nachteil liegt darin, dass, wenn Arbeitgeber plötzlich für politische Bildung bezahlen müssen – –

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das gibt es doch schon in anderen Bundesländern!)

– Das ist trotzdem ein Nachteil. Das Land befindet sich im internationalen Vergleich. Baden-Württemberg hat grenznahe Regionen. Ich wüsste nicht, dass in anderen grenznahen Regionen solche Regelungen existieren.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Dann machen Sie sich doch erst mal kundig!)

Daher würden wir diese Regelung ablehnen und folgen insoweit dem Gesetzentwurf, den die FDP/DVP vorgeschlagen hat.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einen Kritikpunkt anmerken, und zwar zum Ehrenamt. Das Ehrenamt ist eine sehr wichtige Sache. Viele Vereine würden ohne das Ehrenamt nicht existieren. Was wir aber benötigen, ist auch hier eine andere Wertschätzung des Ehrenamts – nicht über ein Bildungszeitgesetz, sondern über ein Gesetz, das sich nur mit dem Ehrenamt beschäftigt. Machen Sie eine Steuerentlastung, gehen Sie über die steuerliche Komponente. Dann haben Sie einen Erfolg für das Ehrenamt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das können Sie doch mit Fortbildung auch machen! – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Zum Schluss möchte ich noch auf zwei Dinge eingehen. Einmal wird von einer Evaluation nach zwei Jahren, dann von einer Evaluation nach vier Jahren gesprochen.

Meine Damen und Herren, es rollt eine Lawine auf uns zu, und die heißt Industrie 4.0. Was da an Herausforderungen auf

uns hier in diesem Hohen Haus zukommen wird, das können sich einige noch nicht einmal ansatzweise vorstellen.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Wir werden Strukturänderungen haben, insbesondere bei den unteren und mittleren Einkommensschichten. Wir werden einen Wegfall von Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte haben.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau darum brauchen wir die Bildungszeit!)

Dafür brauchen wir keine fünftägige Bildungsveranstaltung, denn Sie machen in fünf Tagen aus einem Lagerhaltungsspezialisten keinen Informatiker, sondern wir brauchen eine stringente, logische Politik, die strategisch darauf ausgerichtet ist, diese Probleme zu lösen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Präsidentin Muhterem Aras: Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich das Wort Frau Abg. Wolle.

Abg. Carola Wolle (fraktionslos): Wo geht das Pult runter?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Am silbernen Knopf oben!)

Ich bin zwar groß, aber doch nicht ganz so groß.

(Die Rednerin fährt das Redepult nach unten. – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ein bisschen höher!)

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach wie vor unterstützen wir selbstverständlich den Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion zum Bildungsplan-gesetz ausdrücklich.

(Zuruf von den Grünen: Bildungszeitgesetz!)

Wie ich bereits in meiner Rede vom 29. Juni ausgeführt habe, geht uns dieser Gesetzentwurf nicht weit genug. Denn nach wie vor dürfen gerade kleine und mittlere Unternehmen, wie ich bereits beschrieben habe, in ihrer wirtschaftlichen Existenz nicht durch ein solches Gesetz gefährdet werden.

(Beifall des Abg. Udo Stein [fraktionslos])

Deutschland liegt bei den Arbeitskosten deutlich über dem Durchschnitt anderer EU-Länder. Im Vergleich zu Polen, zur Slowakei und zu Tschechien, um nur einige Länder zu nennen, liegt Deutschland bei den Arbeitskosten um den Faktor 3 höher.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Schweden!)

Das heißt, die Arbeitskosten pro Stunde betragen z. B. im Jahr 2014 in den genannten Ländern zwischen 10 und 11 €, in Deutschland lagen sie hingegen deutlich höher, nämlich bei 32 €.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

(Carola Wolle)

Meine Damen und Herren, die kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland stehen im direkten Wettbewerb zu diesen Unternehmen, z. B. aus Polen, der Slowakei und Tschechien.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Wie ich bereits aufgezeigt habe, beträgt bei den Arbeitskosten die Differenz zu diesen Ländern ca. 20 €. Eine Ablehnung des Gesetzentwurfs der FDP/DVP wäre daher aus unserer Sicht grob fahrlässig.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Diese Korrektur des Bildungszeitgesetzes wäre dringend notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in Baden-Württemberg weiter zu stärken.

Durch die Korrektur des Bildungszeitgesetzes wäre es allen, insbesondere älteren Arbeitnehmern, die oft bei der betrieblichen Weiterbildung vernachlässigt werden, weiterhin möglich gewesen, Bildungsurlaub zu nehmen und sich für ihren Beruf fit zu halten.

Auch die Qualifizierung zur Wahrnehmung ehrenamtlicher Tätigkeit stand in diesem Gesetzentwurf überhaupt nicht zur Disposition. Im Wesentlichen ging es bei diesem Gesetzentwurf darum, dass das Bildungszeitgesetz auf die im Betrieb notwendige Bildung konzentriert wird.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Denn dadurch, dass das Unternehmen die Mitarbeiter für Bildung freistellt, erhöhen sich die Arbeitskosten pro Stunde. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen gegenüber den Unternehmen in den bereits genannten europäischen Ländern leidet stark darunter.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Wegen des Bildungszeitgesetzes?)

– Genau, wegen des Bildungsplangesetzes.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Sie haben schon wieder „Bildungsplangesetz“ gesagt! Würden Sie sich bitte einmal darauf konzentrieren, worüber Sie sprechen!)

Dadurch sehen wir die Sicherung heimischer Arbeitsplätze stark gefährdet.

Danke schön.

(Beifall bei den fraktionslosen Abgeordneten und der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Dr. Hoffmeister-Kraut das Wort.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten den Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion heute zum zweiten Mal im Plenum.

Die FDP/DVP-Fraktion hat bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfs nicht sehr sorgsam gearbeitet, wie sich inzwischen gezeigt hat. Dies haben wir bereits in der Ersten Beratung ausführlich dargelegt. Dies bestätigen auch die Stellungnahmen der Wirtschaftsorganisationen im Rahmen des schriftlichen Anhörungsverfahrens.

Diese Punkte haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP/DVP-Fraktion, offensichtlich mittlerweile erkannt und nachgearbeitet. Mit den gestern versandten Anträgen zur Änderung Ihres eigenen Gesetzentwurfs sollen nun die deutlichen handwerklichen Fehler korrigiert werden.

Doch eines, meine Damen und Herren, gilt auch heute wie gestern: Die im Anhörungsverfahren vorgetragene Positionen aller angehörten Organisationen und Verbände sind hinlänglich bekannt.

Auch die Erste Beratung im Landtag am 29. Juni und die Befassung des Wirtschaftsausschusses mit dem Thema am 6. Juli haben aus meiner Sicht keine neuen Erkenntnisse gebracht. Schon insofern hält die Landesregierung an der im Koalitionsvertrag verankerten Vereinbarung fest, das Bildungszeitgesetz nach zwei Jahren zu evaluieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP)

Das bedeutet, dass wir das Evaluierungsverfahren einleiten werden, und wenn die Ergebnisse vorliegen, dann wird auf dieser Basis mit validen Zahlen zur Inanspruchnahme, zu Kosten und zum Nutzen des Bildungszeitgesetzes operiert. Wir werden anschließend mit allen Betroffenen und Verantwortlichen die Erfahrungen mit dem Bildungszeitgesetz diskutieren. Auf dieser Basis werden wir entscheiden, ob und gegebenenfalls in welcher Form wir dem Landtag eine Änderung des Bildungszeitgesetzes vorschlagen werden.

Nichts anderes steht in den Nebenabreden zum Koalitionsvertrag, die bewusst auf das Ergebnis der Evaluierung Bezug nehmen und dieses Evaluierungsergebnis als Entscheidungsgrundlage auch definieren. Ich zitiere:

Wenn sich bei der Evaluierung keine gegenteiligen Anhaltspunkte ergeben, ...

Deshalb gilt hier das Primat der Evaluierung. Wir werden hier nichts über das Knie brechen, wir werden alle Interessengruppen einbeziehen, und damit ist aus meiner Sicht alles gesagt, was zu sagen ist.

Aus Sicht der Landesregierung ist der Gesetzentwurf der FDP/DVP-Fraktion weiterhin abzulehnen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, in der Allgemeinen Aussprache liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/54. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau, Drucksache 16/226. Der Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen in der Beschlussempfehlung Drucksache 16/226, den Gesetzentwurf abzulehnen.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Zu dem Gesetzentwurf liegen zwei Änderungsanträge der Fraktion der FDP/DVP, Drucksachen 16/333-1 und 16/333-2, vor. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, dass ich den Gesetzentwurf im Ganzen sowie zuvor die beiden Änderungsanträge getrennt zur Abstimmung stelle. – Dies ist der Fall.

Wer dem Änderungsantrag der FDP/DVP-Fraktion, Drucksache 16/333-1, der eine Neufassung von Artikel 1 Nummer 1 Buchstabe a fordert, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Nicole Razavi CDU hebt zusammen mit der FDP/DVP die Hand. – Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Das war ein freudliches Abstimmungsverhalten! – Gegenruf der Abg. Nicole Razavi CDU)

Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dieser Änderungsantrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Zuruf: Knapp!)

Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/333-2, der eine Neufassung von Artikel 1 Nummer 2 Buchstabe a begehrt, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Änderungsantrag der Fraktion der FDP/DVP mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf Drucksache 16/54. Wer diesem Gesetzentwurf zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Gesetzentwurf mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 4 der Tagesordnung ist erledigt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich darf Sie bitten, mehr Ruhe zu bewahren und die Nebengespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlagern. Es geht nachher immerhin um eine Abstimmung.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13 – Drucksache 16/167

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/301

Berichterstatter: Abg. Sascha Binder

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat festgelegt, dass in der Zweiten Beratung keine Aussprache geführt wird.

Wir kommen daher in der Zweiten Beratung gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/167. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/301. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Gesetzes zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes und anderer Gesetze

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Artikel 2 ist damit mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juli 2016 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 3. Juli 2014 in der Rechtssache C-524/13“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist dem Gesetz mehrheitlich zugestimmt.

Punkt 5 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes – Drucksache 16/275

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 16/297

Berichterstatter: Abg. Dr. Bernd Grimmer

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich darauf verständigt, in der Zweiten Beratung keine Aussprache zu führen.

Wir kommen daher gleich zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/275. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 16/297. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Artikel 1 bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten

Wer Artikel 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch Artikel 2 ist bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Juli 2016 das folgende Gesetz beschlossen“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Untersuchungsausschussgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist bei einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist auch Punkt 6 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP – Einsetzung und Auftrag des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“ – Drucksache 16/311

b) Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses

Das Präsidium hat folgende Redezeiten festgelegt: für die Begründung fünf Minuten, für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion und fünf Minuten für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter. Die antragstellenden Fraktionen sind übereingekommen, die Begründung des Antrags in ihre Ausführungen zu integrieren.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Filius das Wort.

Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Bereits im Oktober des vergangenen Jahres, also noch während der 15. Legislaturperiode, waren die Mitglieder des Untersuchungsausschusses „NSU“ der festen Überzeugung, dass es notwendig und richtig ist, einen zweiten Untersuchungsausschuss einzusetzen. Der damalige Vorsitzende, Wolfgang Drexler, hatte auch unter dem Datum 3. März 2016, also noch während der 15. Legislaturperiode, einen Vorschlag für den heute einzubringenden Antrag gemacht. Auf dieser Basis haben die vier Fraktionen ihren Antrag mit erstellt. Der Auftrag, der uns für den neuen Landtag mit erteilt worden ist, ist somit schon eingelöst.

Nun gibt es eine Besonderheit. Der Vorsitz fällt der Fraktion GRÜNE zu. Das ist wohl ein Novum in der Konstellation, dass nunmehr ein Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE dahin ergeht, dass Wolfgang Drexler, der den damaligen Untersuchungsausschuss geleitet hat, diesen weiter führt. Das ist mit Kompetenz und Kontinuität mehr als gerechtfertigt. Ich denke, ich spreche für die vier Fraktionen der Antragsteller.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Im Gegenzug – so kann man es dann auch wieder sehen – wird die SPD Petra Häffner als stellvertretende Vorsitzende vorschlagen können.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der SPD)

In diesen Bereichen geht es also durchaus, dass man sich auch zwischen Fraktionen verständigen kann.

Zurück: Es geht um die rechtsextrem motivierte Mordserie, die das ganze Land erschüttert hat, ja verunsichert hat. Die Sicherheitsbehörden gingen zunächst davon aus, dass kein rechtsextremistischer Hintergrund vorgelegen hätte, Stichwort „Döner-Morde“. Faktisch wurden damals Tätergruppen gebildet. Wir sind es den Opfern und auch den Angehörigen schuldig, hier weiter umfassend aufzuklären, soweit es möglich ist.

Rechtspopulismus ist in erschreckender Weise aktueller denn je, und die Antragsteller nehmen gemeinsam das Ziel auf, mit Nachdruck gegen die Verunsicherung in der Gesellschaft, gegen Angst, aber auch gegen Verschwörungstheorien zu wirken. Wir sehen uns in der Pflicht zur umfassenden Aufklärung und insbesondere zur Aufarbeitung des damaligen Versagens der Sicherheitsbehörden, die rechtsextremen Straftaten zu erkennen. Aber haben nicht auch wir als Gesellschaft versagt? Wir waren damals nicht aufmerksam genug, wir haben die Stimmung in der Gesellschaft nicht richtig erkannt, lange bagatellisiert, weggeschaut. So konnten aus Einzelpersonen Gruppierungen werden.

Das spätere NSU-Trio hat sich bei gewalttätigen Aktionen gegen Asylsuchende gefunden und war zu entsetzlichen Gewalttaten bereit. Das damalige Klima – ich darf als Stichworte nochmals Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen nennen – ist mit dem heutigen durchaus vergleichbar. Damals wie heute brannten und brennen Asylbewerberheime. Der Hass auf alles Fremde war mit das einigende Band des NSU und der Unterstützerszene. Der Verfassungsschutzbericht von Baden-Württemberg legt in erschreckender Weise den Anstieg der Zahl der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten von 23 im Jahr 2014 auf 71 im Jahr 2015, also auf das Dreifache, dar. Allein in Baden-Württemberg werden über 800 gewaltorientierte Rechtsextremisten dokumentiert.

(Zuruf: Aha!)

Der Rechtspopulismus greift um sich und findet selbst in Parlamenten Platz.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD schüttelt den Kopf.)

Eine ganz zentrale Bedeutung unserer Arbeit im Ausschuss muss die Bearbeitung der folgenden Fragen sein: Welche Leh-

(Jürgen Filius)

ren können wir aus diesen schrecklichen Vorgängen für die Zukunft ziehen? Wie bringen wir wieder gemeinsam unsere Werte in die Mitte der Gesellschaft? Wie können wir radikales Gedankengut, das die Gesellschaft vergiftet, bekämpfen?

Die Untersuchungsausschussarbeit findet ihre Fortsetzung, da wichtige Fragen im vorherigen Ausschuss aus Zeitgründen nicht mehr geklärt und abgearbeitet werden konnten. Auch neue Gesichtspunkte sind mit zu berücksichtigen. Erst kürzlich wurden ein Handy und SIM-Karten des verstorbenen V-Manns „Corelli“ im Bundesamt für Verfassungsschutz gefunden. Hier gilt es noch zu untersuchen, ob für Baden-Württemberg neue Erkenntnisse gewonnen werden konnten. Untersucht werden soll auch, ob der Gründer der Klan-Gruppe EWK KKK in Baden-Württemberg Kontakte zum V-Mann „Primus“ des Bundesamts für Verfassungsschutz hatte.

Diese Vorgänge zeigen deutlich auf, dass selbst nach langer Zeit noch Spuren und wichtige Hinweise entdeckt werden. Aber wir werden uns auch mit den Fragen beschäftigen: Hatten die Täter insbesondere in Heilbronn Helfer? Hatte der NSU Unterstützer in Baden-Württemberg? Welche Rolle spielte der Verfassungsschutz insgesamt?

Ich möchte an dieser Stelle betonen, dass dieses Thema keine Parteipolitik verträgt. Bei den unterschiedlichen politischen Positionen, die man haben kann – beispielsweise zum Einsatz von V-Leuten –, war sich der letzte Ausschuss – und ich hoffe, das ist auch hier wieder der Fall – einig, die gesamte Konzentration und Leistung in die Aufklärung und insbesondere in die Aufarbeitung des damaligen Versagens der Sicherheitsbehörden zu legen.

Der Fokus liegt in der Zielsetzung mit den Schwerpunkten „Verbesserung der Zusammenarbeit und Struktur der Justiz- und Sicherheitsbehörden“, „Transparenz des Verfassungsschutzes“ und insbesondere „Zusammenarbeit mit anderen Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern“. In der Fortsetzung dessen gilt es, das politische Signal zu setzen, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in unserem Land keinen Platz haben und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Staat, die Polizeiarbeit und den Verfassungsschutz wieder gefestigt wird. Das sind wir den Opfern und den Angehörigen des NSU-Terrors schuldig.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Heinrich Kuhn [fraktionslos])

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die SPD-Fraktion erlaube ich das Wort dem Kollegen Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Landtag beschließt heute über die Einsetzung eines zweiten NSU-Untersuchungsausschusses mit dem Ziel der weiter gehenden parlamentarischen Aufklärung des NSU-Terrors mit Bezug zu Baden-Württemberg.

Als die Polizei im Jahr 2011 in Eisenach in einem brennenden Wohnwagen die beiden Leichen von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos entdeckte, konnte niemand ahnen, dass dies das Ende der größten rechtsextremistischen Mordserie in der Bundesrepublik gewesen ist.

Über 13 Jahre lang hat der sogenannte NSU aus dem Untergrund heraus und von den Ermittlungsbehörden unerkannt Menschen ermordet, Bomben gelegt und Banken überfallen. Die blutige Spur der rechtsextremistischen Mörderbande zog sich quer durch die ganze Republik. Acht türkischstämmige und ein griechischstämmiger Kleinunternehmer sowie eine Polizistin wurden vom NSU auf hinterhältigste Art und Weise erschossen. Der Schrecken der Morde wurde noch dadurch erhöht, dass die Opfer in Alltagssituationen in völliger Ahnungslosigkeit überrascht und – man muss es so sagen – hingerichtet wurden. Nach diesen schrecklichen Taten – darin müssten wir uns alle einig sein – darf nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

Die Untersuchungsausschüsse zum NSU-Terror dienen daher nicht nur der politischen Aufklärung der Taten, sondern sind auch unser aller Beitrag, den Opfern ein ehrendes Andenken zu bewahren und solche Taten zukünftig zu verhindern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der Grünen, der CDU und der FDP/DVP)

Mit dieser Zielsetzung wird der Ausschuss auf die gute Arbeit des Untersuchungsausschusses „NSU I“ in der vergangenen Legislaturperiode aufbauen können. Es wurden binnen kürzester Zeit über 30 Beweisaufnahmen durchgeführt und dabei 136 Zeugen vernommen. Zudem hat der Ausschuss in kurzer Zeit 18 Sachverständige gehört. Ergebnis dessen ist ein 1660-seitiger Untersuchungsbericht, der sich detailliert mit dem NSU-Komplex und dessen Verbindungen nach Baden-Württemberg auseinandersetzt, Thesen und Theorien aufgreift, Handlungen und Verhalten staatlicher Behörden reflektiert sowie Ermittlungsspannen aufdeckt.

Alle weiter gehenden Untersuchungen sollten im Lichte dieses Berichts vorgenommen werden. Wir sollten vermeiden, durch den Ausschuss in der vergangenen Legislaturperiode geklärte Sachverhalte einer neuen Untersuchung zu unterziehen. Eine abermalige Bewertung sollte nur dann erfolgen, wenn sich hierfür aus den neuerlichen Beweisaufnahmen valide Hinweise ergeben. Wir werden uns gemeinsam auf die noch ungeklärten Aspekte der NSU-Terrorserie mit Bezug auf Baden-Württemberg fokussieren müssen.

Der Ausschuss „NSU I“ benennt diese Punkte in seinem Abschlussbericht sehr klar. Sein Fazit ist im Wesentlichen Grundlage des heute zu beschließenden Untersuchungsgegenstands. Erlauben Sie mir, aus Zeitgründen lediglich auf zwei Fragestellungen näher einzugehen.

Aus der Sicht der SPD-Fraktion müssen insbesondere der Mord an der jungen Polizistin Michèle Kiesewetter und der Mordversuch an ihrem Kollegen im Jahr 2007 auf der Heilbronner Theresienwiese weiter gehend untersucht werden. Zweifelsfrei nachgewiesen wurde aus unserer Sicht, dass die Tat durch den NSU begangen wurde. Auch die Motivlage wurde zwischenzeitlich zumindest insoweit erhellt, dass mit guter Begründung davon ausgegangen werden kann, dass der Mordanschlag keinen personenbezogenen Hintergrund hatte, sondern die Opfer gezielt als Repräsentanten des demokratischen Rechtsstaats ermordet wurden bzw. ermordet werden sollten.

Unklar ist hingegen immer noch, ob die Mörder hierbei zumindest bei der Vorbereitung der Abläufe im Nachgang zu den

(Dr. Boris Weirauch)

Morden über Unterstützung aus der baden-württembergischen Neonaziszene verfügten.

Eine Frage, der in diesem Zusammenhang nachgegangen werden muss, ist die schwer erklärbare Fluchtroute, welche die Täter im Anschluss an den Mord gewählt haben. Warum wurde nicht versucht, den Tatort auf schnellstem Weg über einen naheliegenden Autobahnanschluss zu verlassen, sondern der Weg über eine Landesstraße in Richtung Remshalden gewählt? Hier muss Anhaltspunkten nachgegangen werden, ob diese Entscheidung beispielsweise in Zusammenhang mit Wohn- oder Arbeitsorten bzw. Lebensmittelpunkten von Unterstützern stehen könnte.

Darüber hinaus bestehen trotz jahrelanger Aufklärungsarbeit immer noch weitgehend blinde Flecken über das Leben und den Aktionsradius der NSU-Terroristen. Insbesondere Zeit und Anlässe von Aufenthalten in und strukturelle Verbindungen nach Baden-Württemberg müssen weiter untersucht werden. Hier gilt es, insbesondere die rechtsextreme Musikszene und deren Vertriebsstrukturen noch stärker in den Mittelpunkt zu rücken, zumal der NSU entsprechende Lieder in seinen Bekenner-DVDs verwendet hat.

Auch vor dem Hintergrund, dass umfangreiches Daten- und Fotomaterial, beispielsweise aus der Zwickauer Wohnung des NSU, noch nicht vollständig ausgewertet werden konnte, besteht berechtigte Hoffnung, dass der Untersuchungsausschuss hier weiter Licht ins Dunkel bringt und ein tiefer gehendes Bewegungsprofil erstellt, welches es ermöglicht, gegebenenfalls weitere Mordpläne und mögliche Unterstützer aufzudecken.

Lassen Sie mich abschließend betonen, dass es auch im Rahmen des zweiten Untersuchungsausschusses zu diesem Themenkomplex nicht um die Klärung individueller Schuld im Rahmen strafrechtlicher Verantwortung gehen kann, sondern vielmehr um die Klärung tatsächlicher Zusammenhänge, die eine politische Bewertung der Geschehnisse zulassen und es ermöglichen, behördliches Handeln oder Unterlassen parlamentarisch zu überprüfen und – falls geboten – eine Änderung dessen in Zukunft einzufordern.

Es liegt wohl in der Natur der Sache, dass wir nicht auf jede unserer dringenden Fragen eine Antwort bekommen werden. Wir müssen gleichwohl alle dem Ausschuss zustehenden Instrumente nutzen, um Licht in das Dunkel des NSU-Terrors zu bringen.

Unser Anspruch sollte dabei auch sein, das Vertrauen der Bevölkerung, insbesondere auch das der Angehörigen der Opfer – die ich hier nicht unerwähnt lassen möchte –, die viel Leid erfahren mussten und teilweise auch falschen Verdächtigungen ausgesetzt wurden, in staatliches Handeln zu stärken oder das Vertrauen teilweise – auch das muss leider gesagt werden – zurückzugewinnen.

Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen, Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen von Eyb.

Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU: Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, geehrte Kollegen! Uns gelingt heute etwas, was alles andere als selbstverständlich ist: Wir setzen zum zweiten Mal in Folge einen Untersuchungsausschuss im Konsens ein. Ich bin sehr froh, dass es geglückt ist, hier wieder eine einheitliche Meinung zu finden.

Lassen Sie mich kurz rekapitulieren. Der erste Untersuchungsausschuss begann im November 2014. Da war eigentlich schon fast Wahlkampfstimmung, und trotzdem ist es uns gelungen, zusammenzuarbeiten. Das Parlament stand in der vergangenen Legislaturperiode zusammen, weil es darum ging, eine unglaubliche Mordserie – soweit sie Baden-Württemberg betraf –, mit einer Brutalität ausgeführt, aufzuklären, soweit es uns parlamentarisch möglich war. Insgesamt haben neun Kleinunternehmer – davon acht aus der Türkei stammende Menschen und ein Grieche – ihr Leben verloren. Es war gut, dass wir dabei das Parteipolitische außen vor gelassen haben, um zu fragen: Wie können wir gemeinsam zu einer Aufklärung beitragen?

Das zeigt sich schon daran, dass es – der Kollege Filius hat es bereits erwähnt – ein Novum sein dürfte, dass die Grünen, die jetzt mit dem Ausschussvorsitz an der Reihe gewesen wären, darauf verzichten, um den früheren Ausschussvorsitzenden wieder in das Amt zu bringen. Hier gleich ein herzlicher Dank an Sie, Herr Kollege Drexler. Sie haben in der letzten Legislaturperiode den Ausschuss souverän geführt, und wir gehen davon aus – ich will jetzt nicht vorgehen, weil ja hier erst entschieden wird, aber ich gehe davon aus, dass es wieder so kommt –, wir haben eine gute Wahl getroffen, zumindest eine gute Anregung von hier aus gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen, der SPD und der FDP/DVP)

Es war ein großer persönlicher Einsatz unter einer bemerkenswerten zeitlichen Drucksituation. Der Kollege Drexler hat es einfach meisterlich gemacht.

Lassen Sie mich kurz zu dem Arbeitsprogramm kommen. Aber bevor ich dazu komme, will ich noch eine kleine Bemerkung zur persönlichen Wahrnehmung machen. Wir mussten in dem ersten Ausschuss eine ganze Reihe von Verschwörungstheorien abarbeiten. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen.

Michèle Kiesewetter soll selbst Teil der rechtsextremistischen Szene gewesen sein oder jedenfalls Kontakte zu dieser Szene gehabt haben. Davon ist nichts wahr.

Der Kollege von Michèle Kiesewetter – nicht der, auf den dann auch geschossen wurde –, der Jahre zuvor beim KKK war, soll irgendwie an der Tat beteiligt gewesen sein. Auch dafür haben wir keine Anzeichen gefunden.

Bereits kurz nach der Tat auf der Theresienwiese in Heilbronn sollen Rechtsextremisten im Friseursalon von Nelly R. versucht haben, Informationen über den Gesundheitszustand des angeschossenen Polizisten herauszufinden. Der Verfassungsschutz soll davon gehört und es ignoriert haben. Wir haben nichts in dieser Richtung gefunden.

(Arnulf Freiherr von Eyb)

Torsten O. soll bereits 2003 gegenüber dem Landesamt für Verfassungsschutz auf einen NSU und auf einen Mundlos hingewiesen haben. Das Landesamt soll das ignoriert haben. Auch darüber haben wir nichts gefunden.

Florian H., der sich auf so schlimme Art selbst das Leben genommen hat, soll an der Tat auf der Theresienwiese beteiligt gewesen sein oder von ihr gewusst haben. Es gibt keine Anzeichen dafür.

Jetzt, da wir diese spektakulären Verschwörungstheorien nicht mehr haben, geht es eigentlich um die Kärnerarbeit. Wir wollen Folgendes versuchen: Wir wollen uns mit den rechtsextremistischen Strukturen im Land beschäftigen, mit radikalen Musikgruppen, mit Gruppierungen wie Blood & Honour, mit Rockergruppen und der organisierten Kriminalität, mit Szenetreffs rechtsextremistischer Gruppen und herausgehobenen Einzelpersonen. Wir wollen untersuchen, ob diese Strukturen als Unterstützerumfeld für die Rechtsterroristen des NSU gedient haben könnten, wie oft und wann die Rechtsterroristen sich in Baden-Württemberg aufgehalten haben, ob es möglicherweise noch weitere Anschlagpläne gab und ob es eventuell sogar konkret Beteiligte aus der extremistischen Szene an dem Mordanschlag auf der Theresienwiese gegeben haben könnte.

Der zweite Ausschuss wird nicht mehr so spektakulär. Das gibt uns vielleicht auch die Möglichkeit, in Ruhe und nicht mehr so unter Zeitdruck zu arbeiten.

Wer den jüngsten Jahresbericht des Landesamts für Verfassungsschutz studiert hat – er wurde vor wenigen Tagen hier ausgeteilt –, der weiß, dass rechtsextremistische Gewalt leider nach wie vor ein hochaktuelles Thema ist. Wir haben uns dieser Aufgabe zu stellen. Ich bin der festen Überzeugung und die CDU-Fraktion auch, dass wir mit unserer Arbeit das Bewusstsein für die Gefahr von Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus schärfen können, und das nicht nur bei den Parlamentariern, sondern vor allem auch in der Öffentlichkeit. Wenn es uns gelingt, ein klein wenig Licht ins Dunkel zu bringen, dann haben wir das getan, was wir parlamentarisch machen können.

Vor allem – das ist gerade eben auch schon erwähnt worden – haben wir auch eine Verpflichtung gegenüber den Menschen, die bei dieser Mordserie Angehörige verloren haben. Sie müssen wissen, dass wir mit der Kraft, die wir haben, die uns parlamentarisch zur Verfügung steht, alles daransetzen, um hier möglichst viel herauszubekommen und möglicherweise dann unseren Behörden für die Zukunft auch Möglichkeiten zu eröffnen, in gewisser Weise sensibler zu werden. Wir haben das eine oder andere auch bei dem ersten Untersuchungsausschuss erkannt, was nicht so ganz optimal gelaufen ist. Vielleicht können wir ein bisschen mithelfen, dass es zukünftig besser wird. Das wäre in unserem Sinn.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie der Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort dem Kollegen Weinmann zu seiner ersten Rede.

(Zuruf: Keine Zwischenrufe!)

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Eindrücke, der Schrecken des 25. April 2007, der feige Mord an der Polizistin Michèle K. und der brutale Mordversuch an ihrem Kollegen auf der Heilbronner Theresienwiese, das Entsetzen über die menschenverachtenden und erbarmungslosen Taten, aber auch – mit Verlaub – die unglücklichen Ermittlungsmaßnahmen sind nicht nur, aber insbesondere in meiner Heimat, meinem Wahlkreis Heilbronn, stark präsent.

Der Mord an Michèle K. stellt dabei einen weiteren entsetzlichen Höhepunkt einer unvorstellbaren Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds dar, die auch infolge von Säumnissen und Ermittlungsspannen zur Einsetzung des ersten Untersuchungsausschusses führte. Da auch ein Untersuchungsausschuss der Diskontinuität unterliegt, hat er Mitte Februar dieses Jahres seine Ergebnisse dem Parlament präsentiert, wohl wissend, dass diese Ergebnisse trotz eines straffen Programms nicht abschließend waren und wohl auch nicht abschließend sein konnten.

Daher ist die wichtigste Handlungsempfehlung der Kolleginnen und Kollegen der vergangenen Legislaturperiode gewesen, dem heutigen Parlament die Einsetzung eines weiteren Untersuchungsausschusses in dieser Sache zu empfehlen. Ich freue mich über die Kontinuität in der Diskontinuität, dass mit dem Vorsitzenden Wolfgang Drexler die Arbeit, so das Gremium diesem auch zustimmt, fortgesetzt werden kann.

Gründlichkeit und Transparenz sind dabei auch weitere wichtige Handlungsmaximen. Gerade die Erkenntnisse, die der Ausschuss im Todesfall des Florian H. erlangt hat, haben gezeigt, dass es sich lohnt, bei Zweifeln genauer oder im Zweifelsfall auch ein zweites Mal hinzuschauen. Es hat sich gezeigt, dass Gründlichkeit in der Ausschussarbeit wichtiger ist als Schnelligkeit. Dies führte eben dazu, dass der Ausschuss in der vergangenen Legislaturperiode andere Komplexe wie beispielsweise die Frage, ob ausländische Dienste am 25. April 2007 in Heilbronn gewesen seien, nicht abschließend untersuchen konnte.

Mit dem neuen Untersuchungsausschuss knüpfen wir an die Ergebnisse des vorangegangenen Ausschusses an, schließen noch offene Komplexe ab und befassen uns mit noch offenen Fragen. So ist es beispielsweise im letzten Untersuchungsausschuss nicht gelungen, den Gründer des Schwäbisch Haller Ku-Klux-Klans zu befragen, da sich Achim S. im Ausland aufhielt und nicht nach Deutschland kommen konnte. Da es sich nach Auffassung des letzten Ausschusses und auch nach meiner persönlichen Auffassung um einen wichtigen Zeugen handelt, dessen Aussage von besonderem Interesse ist, ist jetzt zu klären, ob inzwischen seine Hinderungsgründe gelöst wurden und er nun im Ausschuss befragt oder gegebenenfalls eine andere Lösung der Befragung gefunden werden kann.

Überdies haben wir uns im interfraktionell erarbeiteten Einsetzungsbeschluss auferlegt, die Aktivitäten und Vernetzungen der ehemaligen V-Männer „Corelli“ und „Primus“ zu beleuchten.

Unser Interesse gilt zudem den rechtsextremen Musikbands und deren Vertriebsstrukturen. Die rechtsextreme Szene ist gerade in diesem jugendaffinen Bereich stark vernetzt und reisefreudig. Da sich die Reisefreude nicht auf die Grenzen unseres Bundeslands Baden-Württemberg beschränkt, ist es auch

(Nico Weinmann)

ein Anliegen, die Zusammenarbeit mit den Untersuchungsausschüssen des Bundestags bzw. den entsprechenden Ausschüssen anderer Bundesländer zu fördern. Sich gegebenenfalls hieraus ergebende Erkenntnisse tragen zu einer effizienteren, effektiveren und mitunter auch Ressourcen schonenden Aufklärungsarbeit bei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich wird es aufgrund des zeitlichen Ablaufs bei realistischer Betrachtung nur eingeschränkt möglich sein, neue Erkenntnisse zu gewinnen. Wir sollten uns stets in Erinnerung rufen, dass es bei einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss nicht in erster Linie darum geht, in diesem Fall die Mörder der Polizistin Michèle K. rechtssicher und zweifelsfrei zu überführen, sondern vielmehr darum, ob bei den polizeilichen Ermittlungen alles unternommen wurde, um genau diese Frage zu beantworten, oder ob andere involvierte Behörden wie beispielsweise das Landesamt für Verfassungsschutz Fehler gemacht haben.

Gerade in Bezug auf den Verfassungsschutz wird es im Ergebnis auch darum gehen, das in vielen Kreisen unserer Gesellschaft beeinträchtigte Vertrauen in unsere grundsätzlich wertvolle Arbeit leistenden Dienste durch eine weitgehende Klärung wiederherzustellen.

Und nicht zuletzt sind wir es den Opfern des unsäglichen und abscheulichen Terrors des NSU sowie deren Angehörigen schuldig, neben einer möglichst weit reichenden und lückenlosen Aufklärung die Lehren aus den Versäumnissen, den Fehleinschätzungen und der – rückblickend betrachtet – auch im Einzelfall vielleicht vorherrschenden Indifferenz zu ziehen, um mögliche Wiederholungen in jedwedem extremistischen Spektrum zu verhindern.

(Beifall bei der FDP/DVP, Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD sowie des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

Es gilt – damals und erst recht heute –, gemeinsam unsere demokratische und rechtsstaatliche Kultur mit aller Entschlossenheit gegen Extremismus und Fremdenhass zu verteidigen.

Insoweit freuen wir uns, der guten Sitte des letzten Untersuchungsausschusses folgend, auf eine fraktionsübergreifende Zusammenarbeit. Denn wir sollten tunlichst vermeiden, die Brisanz dieses Themas zum Spielball parteipolitischen Kaliküls werden zu lassen.

Insoweit: Legen wir los!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD und der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Frau Kollegin Dr. Baum.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Gerhard Kleinböck SPD)

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen! Ein Nachrichtendienst, insbesondere wenn er zur Gefahrenabwehr im Inneren eingesetzt ist, benötigt das Vertrauen der Bevölkerung. Er bewegt sich notwendigerweise im Geheimen unter uns. Seine Aufgabe soll es sein, unsere Gesellschaft vor verdeckten Gefahren zu schützen.

Herr Minister Strobl hat uns in der 7. Sitzung des Landtags von seinem Besuch im Landesamt für Verfassungsschutz erzählt. Er berichtete davon – Zitat –,

dass es dort sehr viel Expertise gibt, dass ein sehr hohes Engagement vorhanden ist, dass dort eine erstklassige Arbeit geleistet wird und dass dieses Amt unser aller Unterstützung und auch die Unterstützung dieses Hohen Hauses in der Tat und wirklich verdient.

Das möchten wir Herrn Minister Strobl sehr gern glauben. Es ist aber auch kein Geheimnis, dass das Vertrauen in den Verfassungsschutz im Rahmen der NSU-Affären in großen Teilen der Bevölkerung beschädigt wurde. Es wäre daher die Aufgabe der Politik gewesen, das Ansehen des Amtes wiederherzustellen.

Einen Beitrag dazu sollte der NSU-Untersuchungsausschuss in der letzten Legislaturperiode leisten. Der vorgelegte Abschlussbericht jedoch bietet viel mehr Raum für Spekulationen, als dass er Fragen beantwortet. Es ist schon sehr eigenartig, dass die mysteriösen Hintergründe einer Bande von Mördern, die sich über Jahre angeblich unbemerkt in unserem Land bewegen konnte, noch immer nicht aufgedeckt sind. Unmöglich ist es aber, wenn die Politik Ergebnisse vorlegt, die zu Teilen vermuten lassen, dass sie nach dem Motto „Das wird schon so gewesen sein“ zustande gekommen zu sein scheinen.

Meine Damen und Herren, wenn wie in diesem Fall eine solche Reihe von Pannen auftaucht, dann muss es doch Ihr Ziel sein, die Bevölkerung restlos davon zu überzeugen, dass hier kein falsches Spiel gespielt wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Wir sagen Ihnen ganz klar, dass so mancher Punkt im Abschlussbericht unsere Fragen nicht beantwortet. Der Fall Michèle Kiesewetter ist für uns nicht geklärt. Der Fall Florian H. ist für uns nicht geklärt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Was?)

Der Fall um Aktenvernichtungen beim Verfassungsschutz ist für uns nicht geklärt. Gibt es Zusammenhänge mit dem Todesfall Melisa M. und dem neuesten von Sascha W.? Auch diese Fragen sind nicht geklärt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Bis heute wissen wir nicht, welche Rolle der NSU in Baden-Württemberg gespielt hat und von wem er gefördert wurde. Es ist nicht die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses, ein Gefälligkeitsgutachten zu erstellen.

(Vereinzelt Lachen)

Wenn Sie es ernst meinen mit der Absicht, das Ansehen des Verfassungsschutzes zu stärken, dann müssen Sie auch bereit sein, Fehler der Behörden bei der Aufklärung klar zu benennen. Wir werden es uns nicht nehmen lassen, nachzufragen, welche Rolle die Politik in der ganzen Angelegenheit gespielt hat.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Christina Baum)

Es wird daher auch zu prüfen sein, inwieweit die Politik Einfluss auf gewisse Vorgänge genommen hat oder bewusst versuchte, solche nicht abschließend aufzuklären.

Nicht zuletzt aufgrund der importierten Gefahren werden wir einen funktionierenden Inlandsgeheimdienst auch künftig noch brauchen. Seiner Aufgabe kann er aber nur dann nachkommen, wenn er vom Volk als legitimer Dienst anerkannt ist und nicht von den herrschenden Politikern dazu missbraucht wird, den politischen Gegner zu denunzieren.

(Beifall bei der AfD)

Erfreulicherweise haben Sie ja selbst erkannt, dass der Fall NSU noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann. Wir unterstützen deshalb ebenfalls den Antrag und werden ein kritischer Teil des Ausschusses sein. Und, lieber Herr Drexler, ich bin überzeugt davon, dass wir sehr gut zusammenarbeiten werden.

(Vereinzelt Lachen)

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Für den Zusammenschluss fraktionsloser Abgeordneter erteile ich dem Kollegen Dr. Fiechtner das Wort.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Aus gutem Grund hatten wir eigentlich vorher beim Untersuchungsausschussgesetz gefordert, dass man einen Passus streicht, nämlich die Berechtigung, Vorurteile abzugeben. Leider haben Dr. Weirauch und Herr von Eyb hier schon bestimmte Dinge genannt. Eigentlich steht die Täterschaft derjenigen, die den Mord an Frau Kiesewetter und den Mordversuch an ihrem Kollegen begangen haben, ja noch gar nicht fest, und das müssen wir hier schlicht und ergreifend auch festhalten.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich? Rechtsextremismus wird vom Verfassungsschutz folgendermaßen definiert:

... die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse entscheide über den Wert eines Menschen. Dieses rechtsextremistische Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum Grundgesetz, welches die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Ich bin mir sicher, dass wir hier in diesem Parlament keine rechtsextreme Partei haben.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Aber lassen Sie mich einmal zwei Wörter in der Definition abändern: Die Zugehörigkeit zu einer Partei entscheidet über den Wert eines Menschen. Dieses Werteverständnis steht in einem fundamentalen Widerspruch zum parlamentarischen Gedanken.

Liebe Grüne, liebe CDU, liebe SPD und liebe FDP/DVP,

(Zurufe von der SPD)

Sie können uns bei solchen Anträgen natürlich ausgrenzen, aber dann dürfen Sie sich auch nicht beschweren, wenn sich die Opfermasche der AfD nicht nur als Masche herausstellt, sondern eine simple Tatsache ist.

(Zuruf: Ihr seid doch gar nicht die AfD!)

Herr Meuthen hat es vorhin so schön auf den Punkt gebracht: Wir müssen lernen, in wichtigen Punkten über die Parteizugehörigkeit hinaus zu handeln. Gerade der Kampf gegen Extremismus ist hier ein elementares Thema, bei dem wir geschlossen zusammenstehen müssen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Lassen Sie uns unsere Streitigkeiten auf diesem Gebiet vergessen und für ein sicheres Deutschland gemeinsam – gemeinsam! – an einem Strang ziehen.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Mysteriöse Todesfälle, ein Handy, das erst nach der fünften Durchsuchung auftaucht, und später auch noch unbekannte SIM-Karten – der Fall NSU zeigt auf, welche gravierenden Mängel es in Deutschland leider immer noch gibt.

Herr Drexler, ich weiß, Sie wollen mir nicht die Hand geben.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Dennoch spreche ich Ihnen – Sie wurden in der Zeitung so zitiert, aber sei's drum; die Zeitungen zitieren ja so allerlei – meinen Respekt aus. Es ist u. a. Ihrer Ermittlungsarbeit zu verdanken, dass wichtige Indizien gefunden wurden.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Was Frau Baum bezweifelt!)

Auch dem Bundestag gegenüber sind Sie hartnäckig geblieben. Ich befürworte ausdrücklich, dass Sie Vorsitzender des nächsten Untersuchungsausschusses zu diesem Themenkomplex werden.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten – Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Wer würde sich besser eignen als ein Mann, der 1980 unter Polizeischutz stand, weil eine rechtsradikale Zelle einen Anschlag auf ihn plante?

Wer sich für die Bibel interessiert oder sein soziales Umfeld erweitern will, geht nicht in den Ku-Klux-Klan, sondern in den Kirchenchor. Deswegen bin ich froh, dass der Untersuchungsausschuss auch die zwei verschleppten Disziplinarverfahren aufdecken konnte.

Interessant ist auch die Kritik von „NSU Watch“ – das kennen Sie wahrscheinlich –; diese sollten wir uns in einem neuen Untersuchungsausschuss mehr zu Herzen nehmen, um noch effizienter zu agieren.

(Dr. Heinrich Fiechter)

Es darf nicht sein, dass das Innenministerium – wo ist der Minister denn? –

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

versucht, den Ausschuss zu behindern. Auch darf es nicht sein, dass große Teile der entscheidenden Akten stark geschwärzt sind oder erst gar nicht geliefert werden. Gerade in Bezug auf die Klan-Strukturen des Ku-Klux-Klans wurde hier viel vor-enthalten.

Auch dass mehrmals geheime Daten nach außen gegeben wurden, ist ein absolutes No-Go, das wir uns nicht erlauben können. Dass ein Polizeibeamter eine Abmahnung bekommt, nachdem er einen vertraulichen Brief an den Ausschuss geschrieben hat, in dem er Zweifel am Aufklärungswillen der Behörde äußert, ist erschütternd und wirft die Frage auf, inwieweit Teile des alten Gremiums überhaupt ein Interesse an einer Aufklärung hatten.

Was mich aber besonders stört, ist die Tatsache, dass der Untersuchungsausschuss erst bis zum 31. Oktober 2018 eine Strategie ausarbeiten soll, wie genau solche Taten verhindert werden sollen. In einer Zeit, in der so viele Flüchtlingsheime brennen, ist das unverantwortlich. Selbst wenn man die Anzahl der Flüchtlingsheime abzieht, die durch Asylbewerber angezündet wurden: Jedes brennende Heim ist eines zu viel.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Unser Ziel muss es nicht nur sein, den Fall lückenlos aufzuklären, sondern auch, so schnell wie möglich eine Strategie zu entwickeln, um so etwas in der Zukunft zu verhindern.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten und Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Gedeon.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, einen solchen Ausschuss einzurichten und den NSU-Terror entsprechend abzuklären.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Dabei Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus zu vermeiden ist nicht nur intellektuell, sondern auch moralisch die unterste Schublade, Herr Filius.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Ja! Bravo!)

Das Hauptproblem bei dieser Sache ist allerdings noch ein anderes, nämlich die ideologische Fehl- bzw. Übergewichtung durch den Begriff „Kampf gegen rechts“. Auf der einen Seite wird der Islamismus verharmlost. Es wird vom schweren Schicksal der Täter gesprochen. Da werden die Täter zu Opfern gemacht. Auf der anderen Seite gibt es den Rechtsterrorismus, von dem nicht die Gefahr ausgeht, wie dargestellt. Wenn Sie Zahlen von mir wissen wollen, werde ich diese sagen: 80 % der Terrorgefahr geht vom Islamismus aus, 15 % vom Linksterrorismus. Ich spreche hier von Überfällen auf

die Polizei, von Attacken auf Polizeistationen, von verletzten Polizisten, von brennenden Polizeiautos. Und 5 % sind vielleicht – –

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Wo gab es denn Attacken auf Polizeistationen? – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Im Osten, in Dresden – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Herr Kollege, wollen Sie eine Zwischenfrage stellen?

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er beantwortet sie schon!)

– Das machen wir in Zukunft anders.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Er beantwortet sie nicht! Entschuldigung!)

Wir halten uns an das gängige Verfahren. – Herr Abg. Dr. Gedeon, fahren Sie fort.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Das ist meines Erachtens die geistige Hauptgefahr, nämlich die Umorientierung. Der islamistische Terror ist die Hauptgefahr. Wenn man weiterhin den Kampf gegen Rechtsterrorismus, der auch da ist, zum Hauptproblem macht, dann vernachlässigt man objektiv, politisch, polizeilich und auch rechtlich die viel größere Gefahr des islamistischen Terrorismus.

Daher empfehle ich, dass wir einen Ausschuss gründen, der untersucht, ob wir ausreichend gerüstet sind, ob die Regierung ausreichende Maßnahmen getroffen hat, der islamistischen Gefahr, die immer größer wird, entsprechend zu begegnen.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/311. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Antrag wurde einstimmig zugestimmt.

(Beifall bei fraktionslosen Abgeordneten)

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder, der/des Vorsitzenden und der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Dem Untersuchungsausschuss gehören zwölf ordentliche und zwölf stellvertretende Mitglieder an. Ein gemeinsamer Wahlvorschlag der Fraktionen liegt Ihnen vor (*Anlage 1*).

Herr Kollege Gall, ein Antrag zur Geschäftsordnung, bitte.

Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Präsident, wir beantragen getrennte Abstimmung über die Wahlvorschläge der Fraktionen.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Kollege Gall beantragt getrennte Abstimmung über die Anträge der Fraktionen. Findet dieser Antrag Zustimmung?

(Zurufe: Ja!)

Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dem Antrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf: Das schadet euch nicht!)

Zunächst habe ich aber noch die Frage, ob Sie damit einverstanden sind, dass wir die Wahlen trotzdem offen durchführen. –

(Zurufe: Ja!)

Das ist der Fall. Deshalb lasse ich zuerst über den Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP abstimmen. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen.

(Abg. Udo Stein [fraktionslos]: Halt! Getrennt nach Fraktionen!)

– Der Antrag des Kollegen Gall bezog sich darauf, über den Vorschlag der vier genannten Fraktionen getrennt vom Vorschlag der Fraktion der AfD abzustimmen.

Wir fahren mit der Abstimmung fort. Noch einmal: Wer dem Wahlvorschlag der Fraktion GRÜNE, der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD und der Fraktion der FDP/DVP zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem gemeinsamen Vorschlag von diesen vier genannten Fraktionen wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Wahlvorschlag der Fraktion der AfD. Wer diesem Wahlvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diesem Vorschlag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zur Wahl des Vorsitzenden. Nach § 6 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes steht der Fraktion GRÜNE das Vorschlagsrecht für die Wahl des Vorsitzenden zu. Die Fraktion GRÜNE schlägt den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW“ der 15. Legislaturperiode als Vorsitzenden vor.

Sind Sie damit einverstanden, dass auch diese Wahl offen durchgeführt wird? – Dies ist der Fall.

Wer Herrn Abg. Wolfgang Drexler zum Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählt, den bitte ich um das Handzei-

chen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit ist Herr Abg. Wolfgang Drexler mehrheitlich zum Vorsitzenden gewählt.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD, der FDP/DVP und der AfD sowie fraktionslosen Abgeordneten)

Herr Kollege Drexler, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja, ich nehme die Wahl an.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Vielen Dank. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich zu dieser Wahl und wünsche Ihnen für diese sehr wichtige Aufgabe weiterhin viel Erfolg.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Wir auch!)

Wir haben nun noch die stellvertretende Vorsitzende des Untersuchungsausschusses zu wählen. Das Vorschlagsrecht dafür steht der Fraktion der SPD zu. Sie schlägt hierfür Frau Abg. Petra Häffner vor.

Sind Sie damit einverstanden, diese Wahl ebenfalls offen durchzuführen? – Dies ist der Fall.

Wer Frau Abg. Petra Häffner zur stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses wählen will, den bitte ich auch hier um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Frau Abg. Petra Häffner ist damit einstimmig zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen, der CDU, der SPD, der FDP/DVP, der AfD und fraktionslosen Abgeordneten)

Ich frage Sie, Frau Kollegin Häffner, ob Sie die Wahl annehmen.

Abg. Petra Häffner GRÜNE: Ja, ich nehme die Wahl an.

Stellv. Präsident Wilfried Klenk: Auch Ihnen gratuliere ich herzlich zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen viel Erfolg bei der anstehenden Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit ist Punkt 7 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, damit sind wir auch am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, 21. Juli 2016, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:51 Uhr

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP/DVP und
der Fraktion der AfD

Wahl der Mitglieder des Untersuchungsausschusses „Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“

GRÜNE

CDU

SPD

FDP/DVP

AfD

Mitglieder:

Bay
Filius
Häffner
Salomon

Blenke
von Eyb
Gentges
Neumann

Drexler
Dr. Weirauch

Weinmann

Dr. Baum

Stellvertreter/-innen:

Erikli
Lösch
Maier
Sckerl

Epple
Felder
Lorek
Zimmermann

Binder
Gruber

Dr. Aden

Dr. Grimmer

20.07.2016

Andreas Schwarz und Fraktion
Dr. Reinhart und Fraktion
Stoch und Fraktion
Dr. Rülke und Fraktion
Dr. Merz und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion GRÜNE

**Wahl der/des Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses
„Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in
Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags
auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Drexler

19.07.2016

Andreas Schwarz und Fraktion

Wahlvorschlag

der Fraktion der SPD

**Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses
„Das Unterstützerumfeld des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in
Baden-Württemberg und Fortsetzung der Aufarbeitung des Terroranschlags
auf die Polizeibeamten M. K. und M. A. (Rechtsterrorismus/NSU BW II)“**

Zur Wahl wird vorgeschlagen:

Abg. Häffner

19.07.2016

Stoch und Fraktion